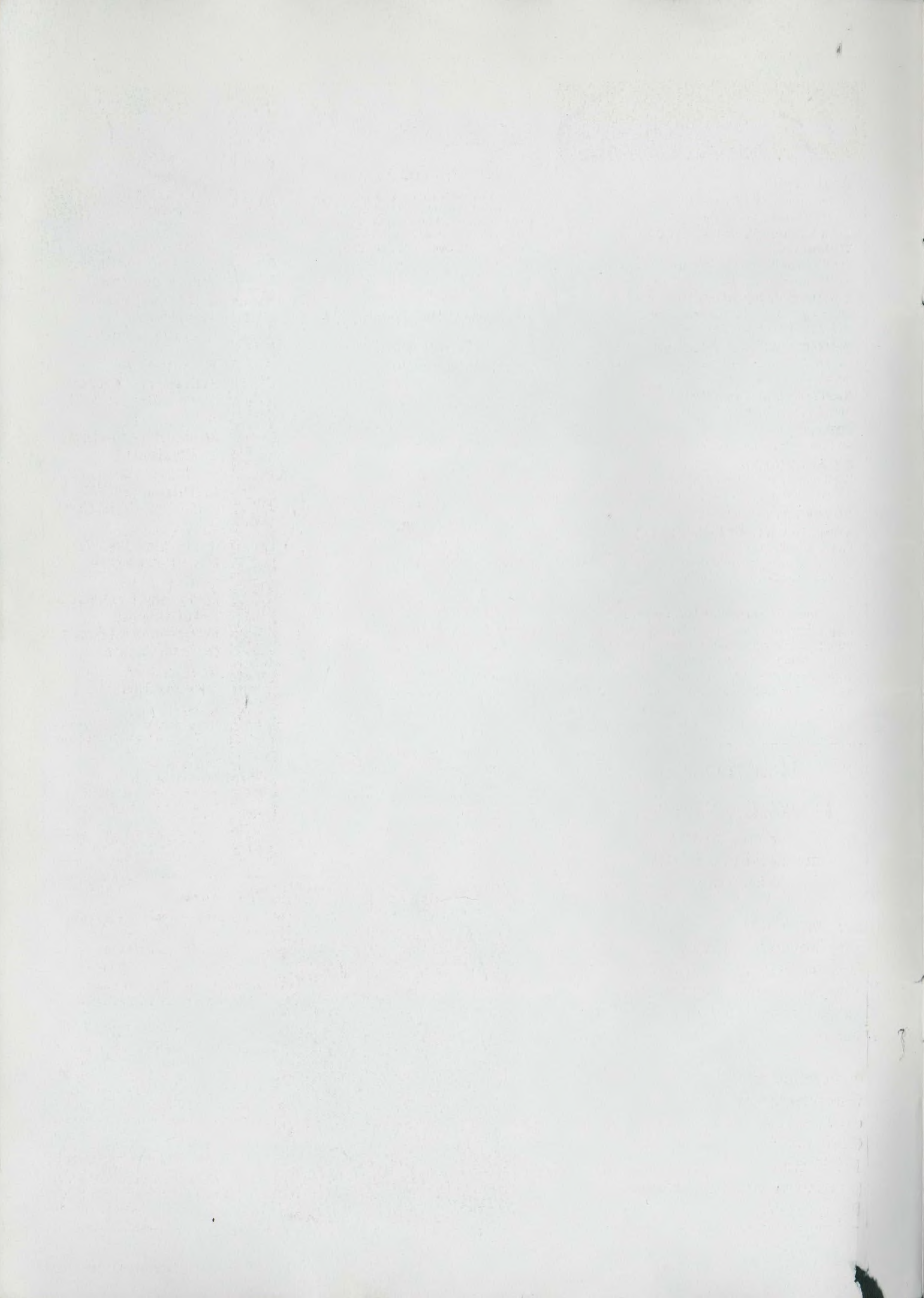


Das Ende der Blockade:

Sieg des Anti-Antifaschismus

Italien und Deutschland zwischen
Nationalisierung und Faschismus



Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.1/94 (Nr.48) enthält u.a.:

Herby Sachs:
Aufstand in Chiapas Augenzeugenbericht 1.1.-3.1.

★

Michael Wilk:
Staatlichkeit als Okkupation Teil 2

★

Gregor Dill:
Masse und Mythos Kritik an G. Sorel

★

Ronald Ofteringer:
Über Krieg und Befreiungskampf in Kurdistan

★

Agentur BILWET:
Medien oder Barbarei

★

Interview mit Agentur BILWET

★

Manon Tuckfeld/J.C. Müller:
Zur Kritik an der Rosa Luxemburg-Nostalgie

★

Ferner: Fußball und die extreme Rechte, Die Rolle von Krankheiten im Ausbau von Disziplinierung und sozialer Kontrolle, Bremer Anarchosyndikalisten vor 1933, Rezensionen, Die Unregierbaren, Kongreß- und Tagungsberichte etc. 72 S., 7.-

Trotzdem ★ Verlag

Kurzfristig im Programm (Mai)

Noam Chomsky
Clintons Vision –
die neue Außenpolitik der USA

ca. 80 S., 10.-

Trotzdem ★ Verlag + SF-Redaktion
PF 1159, D-7043 Grafenau/Württ.
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264

BEHÖRDEN-UND UNTERNEHMER-UNDFREUNDLICH

telegraph

Schwerpunkt-Themen sind:
Antifa, Stasi, Kriegsdienstverweigerung, Strukturen von Unten, wirtschaftliche- und politische Machenschaften der neuen (alten) "Herren" im Lande.

Aber auch kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen politischen Strukturen.

Der "telegraph" erscheint monatlich, ist zu erhalten über Infoläden und ausgesuchte Buchhandlungen, oder im Abo über: Redaktion "telegraph", Schliemannstr.22, O-1058 Berlin (ab 1.7.93: 10437)

Einzelhandelspreis: 04 DM
Jahresabo: 45 DM
Halbjahresabo: 23 DM
Probeabo (2 Ausg.) 06 DM
Auslandsabo: 60 DM
Förderabo: 70 DM



Nr. 1/1994

"Krisis" am Ende
Von Marx zu Kurz & Klein
Die Verwandlung einer Theorie in eine postmoderne Mysterienlehre

Abschaffung von Arbeit und Geschlecht ?
Zum Verhältnis von Arbeit(steilung) und Geschlecht
Sinnlichkeit, Geschlecht und Kapital

Ontologie und Geschichte
Schwierigkeiten, Kapitalismuskritik und Menschenbild des Karl Marx zusammenzudenken

Thesen und noch mehr Fragen zur Arbeit
evolutive Genese der Arbeit
Ist Dienstleistung wertproduktiv
Abstrakte Arbeit auch im Sozialismus?

Einzelpreis: DM 10.- zzgl. Porto DM 4.-

Bestellungen bei:
Hamburger Studienbibliothek (HSB)
Thadenstr. 118
22767 Hamburg

Berappung entweder als Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto:
I. Schwensen - Sonderkonto
Kto.Nr. 67 32 57 - 204
BLZ 200 100 20 (Postgiroamt Hamburg)

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift 2-94

Die Erweiterung der EU
Eine neue Etappe im Kampf um ein deutsch definiertes Europa

Vom GATT zum WTO
Instrumente und Szenarien für einen Weltwirtschaftskrieg neuen Typs

So frei ist der Welthandel
Die amerikanisch-japanische Partnerschaft

Die Schneider-Pleite
und die sachfremden Entgleisungen der öffentlichen Moral
Was ist ein gescheiterter Kredit gegen die funktionierende Macht der Banken

Bilanz der Tarifrunde 1994
Tarifverträge über Beschäftigungssicherung: Standortgemäße Lohnsenkung

Die Pflegeversicherung
Der Sozialstaat stockt seine Finanzquellen auf

Die geistige Führuzng wird aktiv
Widerwärtige Orientierungshilfen fürs nationale Gemüt

Die 4 Seiten des Kurden-Problems
Zwei Bürgerkriegsparteien, ein deutsches Ordnungswesen und ganz viel Humanität

„Friedensprozeß" im Nahen Osten

Nordkorea

Italien nach der Wahl

ISSN 0941-5831 DM 20,- /Abo 80,-- erhältlich im Buchhandel oder beim GEGENSTANDPUNKT-Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München, Tel: (089) 272 16 04 Fax: (089) 2721605

ROTE HILFE 2/94

Die neue Dimension des Terrors: Kurdenverfolgung in der Türkei und der BRD; Urteile im Düsseldorfer Kurdenprozeß; staatliche Verfolgung von AntifaschistInnen; Bad Kleinen-Nachlese; England auf dem Weg ins Mittelalter; u.v.m.

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
Fax: 0431/ 7 51 41



Editorial

Maggie Thatcher positiv in dieser Zeitschrift zu zitieren, muß verwirren. Es geht um ihre Einschätzung der Rolle Francois Mitterrands bei der Wiedervereinigung. Sein unbeirrbarer Glaube, Deutschland durch Zustimmung zur Vereinigung und die gleichzeitige Einbindung in Bündnisse zu zähmen, käme dem Versuch gleich, "Gulliver zu fesseln", schrieb sie 1993 in ihren Erinnerungen. Mitterrands und Kohls "deutsch-französischer Block" werde sich "zunehmend in einen deutschen Block verwandeln."

Er kann es nicht lassen. Weil "cher Helmut" wegen der Nichteinladung zu den D-Day-Feierlichkeiten in der Normandie beleidigt war, holte der "liebe Francois" zu einer Versöhnungsgeste aus. Er lud das neue, nachfaschistische Deutschland indirekt ein, als Teil des neuen deutsch-französisch-spanischen Eurokorps am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, an einer Parade in Paris teilzunehmen. Die deutschen Medien reagierten, als sei Mitterrand der neue Marschall Pétain. "Seit fünfzig Jahren zum ersten Mal marschieren wieder deutsche Truppen über die Champs Elysées", triumphierten sie.

*

Wer immer noch von der "Invasion in der Normandie" spricht, dokumentiert Tradition im Blick auf die Geschichte. Europa wurde demnach nicht vom Nationalsozialismus befreit, es wurde von Invasoren, von Eindringlingen überfallen. Fünfzig Jahre später hat die Geschichte gottlob alles wieder ins deutsche Lot gebracht. Der "große Europäer", der das deutsche Europa meint, wenn er vom europäischen Deutschland spricht, dankte zeitgemäß. Versöhnung, liebe Franzosen, aber bitte. Wenn zum fünfzigsten Mal die Befreiung von Paris am 14. Juli gefeiert wird, dann schlägt der promovierte Historiker Kohl eine Bresche in die "Geschichtslosigkeit", der "viele bei uns leider verfallen sind". Denn: "Als zum letzten Mal deutsche Soldaten über die Champs Elysées gezogen sind, waren das die Gefangenen nach dem Fall von Paris, sie wurden bespuckt und beschimpft." (Kohl in "Neue Westfälische", 12.6.94) Vergessen hat er zu erwähnen, daß damals das undankbare Franzosenpack die Niederlage der deutschen Besatzer mit einem "Kriegskarneval" in Paris feierte, wie Sartre die Siegesfeiern 1944 beschrieb.

"Invasion", "der Fall von Paris", das ist Goebbels Sprachgebrauch. Der Kanzler aller Deutschen hat nie die Seiten gewechselt, er vergißt nicht die Leiden der deutschen Niederlage. Es sind nur die Zeiten, die gewechselt haben und ihn immer deutlicher werden lassen. Immerhin sind wir politisch schon wieder so weit, daß damalige Gegner und heutige Verbündete Versöhnung als Wiedergutmachung für die deutsche Niederlage und für die "schlechte Behandlung" der Besatzer leisten müssen.

*

Sein Bundespräsident scheint ihm nachzueifern, wenngleich weniger bewußt (er ist ja auch kein Historiker), dafür instinktiv deutsch. Als Präsident Lech Walesa, Bittsteller für Eurogelder, den Repräsentanten der benachbarten europäischen Großmacht als "Versöhnungsgeste" zum fünfzigsten Jahrestag des Warschauer Aufstands der polnischen Heimatarmee gegen die deutschen Besatzer einlud, verwechselte er diesen mit dem Aufstand der Juden im Warschauer Getto 1943. Daß Roman Herzog geglaubt habe, die Polen wollten sich für Auschwitz entschuldigen, ist ein unbestätigtes Gerücht.

*

Dabei wissen sie, was sie tun. Wenn Militär-Generalinspekteur Naumann osteuropäischen Staaten mit wirtschaftlichen "Daumenschrauben" droht, sofern sie nicht die Dienstgrade der deutschen Wehrmacht auf Gräbern der in ihren Ländern gefallenen deutschen Soldaten akzeptieren würden; wenn er also zur Schau gestellte SS-Symbole und SS-Dienstgrade als "internationalen Gepflogenheiten entsprechend" charakterisiert, dann trägt er zu jener Normalisierung deutschen Massenmordens bei, die nur zwei Makel hat: den der Niederlage und den der "Endlösung". Erstere ist Historie und wird gerade im Rausch des 89er Sieges getilgt. Letztere soll zu bloßer Historie werden, will aber nicht vergehen.

*

Deswegen kommt dem 20. Juli 1944 eine gehobene Bedeutung zu. Mit den Männern vom 20. Juli werden die "Nazis ohne Auschwitz" gefeiert. "Hitlers außenpolitische Ziele waren ihm durchaus vertraut, aber er verabscheute die Barbarei der Menschenvernichtung", schrieb Gregor Schöllgen in der FAZ, Ulrich von Hassell würdigend. Ihre Tat gehöre zu jenen, auf die man "als Deutscher uneingeschränkt stolz" sein könne, kommentierte Günther Gillesen in der gleichen Zeitung. Deshalb dürften auch Ulbricht, Pieck und das "Nationalkomitee Freies Deutschland" nicht zum Widerstand gezählt werden, sie waren im Kern nicht für Deutschland, sondern arbeiteten für eine fremde Macht. Für die "Gründer der zweiten deutschen Diktatur" ist kein deutscher Platz.

Und damit wir wissen, welche Tradition die "nationale Identität" begründen soll, wird eingefordert, ihre Bilder abzuhängen, repräsentieren am 20. Juli 1994 140 Bundeswehrsoldaten die Wehrmachtstradition (SS inklusive), und spricht der Generalinspekteur aus diesem Anlaß in Washington über das bessere Deutschland. Leider würde kaum jemand verstehen, wenn wir zustimmten, daß die Tradition des 20. Juli mit Widerstand gegen Großdeutschland rein gar nichts zu tun hat und deshalb der linke Widerstand berechtigterweise nicht einzudeutschen ist. Warum das keiner versteht? Weil die Linke zum überwiegenden Teil selber damit beschäftigt ist, deutsch und anerkannt zu sein.

*

Nationalisierung und faschistische Tendenzen in Deutschland und Italien sind das Schwerpunktthema unseres Heftes: 20. Juli, Verabschiedung und Demütigung der Alliierten, die "Debatte des Jahres" ("Spiegel") zur Renationalisierung der deutschen Intelligenz. Warum Berlusconi und Kohl Brüder im Geiste sind, warum der italienische Faschismus wie der deutsche Nationalsozialismus auch "gute Seiten" hatte, warum jemand wie Werner Raith von der "taz" und Bill Clinton vorurteilslos Faschisten eine neue Chance geben wollen, vielleicht komme doch etwas Gutes dabei heraus: Welchen Typus und welches Stadium von Demokratieentwicklung der italienische Prozeß hervorbringt, wird in diesem Heft diskutiert.

*

Neuere Texte aus der Linken wollen den NS-Antisemitismus als NS-Bevölkerungspolitik gegenüber jüdischen Ostflüchtlingen definieren. Diese Tendenz, so die Kritik in diesem Heft, verwerfe Antisemitismustheorie und reproduziere selbst den antisemitischen Mythos von den reichen Bleichröders und Rothschilds.

*

Die seit einigen Nummern in der BAHAMAS geführte Diskussion um die Wertvergesellschaftung und revolutionäre Subjektivität sowie die Bedeutung der Marxschen Wertkritik für die linke Theoriebildung wird in diesem Heft in zwei bei uns in der Redaktion kontrovers diskutierten Beiträgen fortgeführt.

*

BAHAMAS 15 erscheint Ende September 1994. Redaktionsschluß: 30. August, Anzeigenschluß: 12. September.

Titelbild: Jubelfeier in Westberlin nach Beendigung der sowjetischen Blockade der "selbständigen politischen Einheit" 1949

Impressum

Die "Bahamas" erscheint alle 2-3 Monate als Zirkular der Gruppe K.
Redaktion: Büro K, Postfach 306 237, 20328 Hamburg , Tel./Fax: 040/ 43 88 46
Montag bis Donnerstag von 17.30 bis 19 Uhr
Preis: Einzelheft 6 DM (Nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Kto. S. Roisch/K. Dreyer, Nr. 1228 / 122 386)
-Für 5 Hefte gibt es eines gratis dazu!-
V.i.S.d.P.: B. Schulz
Herstellung: Eigendruck im Selbstverlag
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bahamas

Auf die Bahamas wollte man uns im KB im April 1990 schicken, als wir die Kampagne "Nie wieder Deutschland" mittrugen. Seither haben sich innen- wie außenpolitisch, schneller als wir befürchteten, Konturen eines nationalistischen, rassistischen und expansiven Reichs herausgebildet. Die Analyse ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Tendenzen bei der Herausbildung der neuen deutschen Weltmacht ist uns ein wichtiges Vorhaben. Neben radikaler Deutschland-Kritik, der Erarbeitung antinationaler Positionen, sind weitere Themen und Anliegen: Kritik einer Linken, die ihre reformistische Massenpolitik unter veränderten Bedingungen unverändert fortsetzt; Kritik des "traditionellen Marxismus"; theoretische Aufarbeitungen zur Imperialismustheorie, zu Antisemitismus, Rassismus und linken Faschismustheorien. Das Ziel: zur Neuformierung einer nichtreformistischen, radikalen, antikapitalistischen, kommunistischen Linken beizutragen.

Die "Bahamas" werden von dem kleinen Zirkel Gruppe K herausgegeben. Wir bezeichnen sie bewußt als "Zirkular", um ihren provisorischen Charakter zu betonen. Wir wollen und können nicht von uns aus ein neues Zeitungsprojekt starten. Ein solches Projekt gemeinsam mit Personen, Gruppen und Zirkeln der antinationalen Linken zu erarbeiten, ist unser Wunsch. Vorläufig wünschen wir uns für die "Bahamas" Zusammenarbeit, Beiträge, Kritik und Diskussion von und mit Gruppen und Einzelnen, die unsere inhaltlichen Bezugspunkte der Diskussion wert erachten.

Inhalt

¡Achtung! neue Bahamas-Anschrift:
Büro K, Postfach 306 237, 20328 Hamburg. Fon/Fax:040/438846.

Abo

Hiermit bestelle Ich die *Bahamas*. Das Abo gilt für je drei Ausgaben, verlängert sich automatisch und ist jederzeit schriftlich kündbar. Das Abo kostet zur Zeit 18 DM für 3 Ausgaben, bei Rechnungstellung und Mahnung berechnen wir 2 DM mehr! Für je 5 Exemplare *einer Ausgabe* gibt es eines Gratis dazu.

Abobeginn mit Nr.: ...... Ich will ...... Exemplare/ ...... mal 5+1 Exemplare

Name: ☐ Ich will ein Förderabo für 30 DM

Strasse: ☐ Ich zahle per Einzugsermächtigung

PLZ/Ort: ☐ Ich habe das Geld überwiesen

Hiermit ermächtige ich S. Roisch / K.Dreyer jeweils den Preis für drei Nummern der *Bahamas* im Voraus von meinem Konto abzubuchen. (Ab 5 Exemplaren buchen wir auf Wunsch ausgabenweise ab!)

KontoinhaberIn: Konto-Nr.:

Bank: Bankleitzahl:

Ort/Datum: Unterschrift:

Neofaschismus? – ganz normal!

Das italienische Wahlergebnis und seine Bewertung

Als die italienischen Neofaschisten bei den Kommunalwahlen in Rom 45 Prozent der Stimmen erhielten, urteilte hier die "Frankfurter Rundschau": *"Niederlage für Neofaschisten"*. Nach dem Sieg des faschisierenden Rechtsbündnisses bei den Parlamentswahlen Ende März analysierte die FAZ: *"In herkömmlichen politischen Begriffen liest sich das Ergebnis fast normal. Die Rechte hat... die absolute Mehrheit... Die Linke bildet eine ansehnliche Opposition... Die Ablehnung gegen links, die in Italien so überraschend stark zutage trat, speist sich aus vielen Quellen, aus nüchternen Präferenzen für eine liberal-soziale Marktwirtschaft, aus der Vorliebe für Recht und Ordnung... und nicht zuletzt aus der Gewohnheit, daß Alt- und Postkommunisten in die Opposition gehören."* An beiden Meldungen ist ablesbar, wie innerhalb kürzester Zeit jahrzehntelang Tabuisiertes zu bürgerlicher Normalität umgeschrieben wird.

Es ist schwer auszumachen, was bemerkenswerter ist: die Tatsache, daß in einem "normalen" westeuropäischen Staatswesen eine jahrzehntealte Demokratie rechtspopulistisch weggespült und faschistisch eingefärbt wird; oder die Tatsache, daß in anderen "normalen" Demokratien wie jener der BRD dieser Umbruch als normale Modernisierung bewertet wird.

Wie abrupt sich die Umwertung aller Werte vollzieht, dokumentierte am trefflichsten jenes Blatt, das regelmäßig den Zeitgeist mit spontanster Dummheit rüberbringt, die taz. Vor der Wahl schrieb ihr Italien-Korrespondent Werner Raith über Berlusconi: *"Der Mann orientiert sich immer stärker an Mussolini... Im Unterschied zu dem zunächst unsicheren Abenteurer Mussolini muß er... nicht erst nach geldschweren Gönnern suchen. Er selbst hat genug Kapital und Propagandamittel. Hier setzt er auf sein anderes historisches Vorbild: den deutschen Urgroßvater aller Medienzaren, Alfred Hugenberg."* Und als der Urenkel von Hugenberg und Mussolini die Macht ergriffen hatte, fand Raith: *"Man mag Berlusconi mögen oder nicht: daß ein Nichtpolitiker... mehr als zwanzig Prozent der Stimmen sammelt und zusätzlich die beiden größten Protestgruppierungen (Ligen und Neofaschisten) zu einer Allianz bewegt, ist alleine schon etwas Ungewöhnliches... Es wird zumindest jenen Sargnagel der Demokratie tilgen, welcher in der bisher nahezu unangefochten waltenden Sicherheit der Politiker bestand... Trotz des Erdrutsches: Italiens Wahl hat auch Positives."* Daß ein moderner Faschismus "auch Positives" hat, wird vermutlich die prägendste Erkenntnis sein, die die Neue Ordnung Italiens europaweit vermitteln wird.

Müßig dagegen die beiden Fragen, die von Anhängern der "alten Parteienordnung" nach der Wahl allenthalben aufgeworfen wurden: Ist Italien ein Sonderfall oder Modell? Und: Wird Berlusconi das Land nur modernisieren oder es faschisieren?

Sonderfall Italien?

Zum ersten ist ziemlich offenkundig, daß Italien sowohl Modell- als auch Sonderfall ist. Beginnen wir bei der Ökonomie: Es ist viel geschrieben worden über die italienische Besonderheit des hochindustrialisierten Nordens und des unterentwickelten Südens, eine der Ursachen für die Erfolge der "separatistischen" Lega des Umberto Bossi im Norden. Doch die Unterschiede zu anderen westeuropäischen Staaten sind eher graduell. Ähnliche Wohlstandsgefälle gibt es in Frankreich oder Großbritannien, in noch krasserer Weise auch im neuen Großdeutschland. In Italien liegt das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung im Süden bei ca. 70 Prozent des Landesdurchschnitts, und es erreicht im bevölkerungsreicheren Norden um die 115 Prozent. Das ist so dramatisch nicht. Die Besonderheit liegt eigentlich mehr in der Vergangenheit: Als im Nachkriegsboom andere Länder "ihre Gastarbeiter" aus der Türkei, Nordafrika oder anderen Ex-Kolonien holten, rekrutierten die norditalienischen Industriemetropolen ihre "Gastarbeiter" aus Calabrien und Sizilien. Das bewirkte um 1970 besondere Formen der Arbeitskämpfe in Italien (u.a. gegen das alteingesessene Gewerkschaftsmanagement), und ebenso überlagert diese Besonderheit jetzt den "modernen Trend" in Richtung Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus und Rassismus. Aber es ist erkennbar nur eine Überlagerung – was daran sichtbar wird, daß der zunächst dominante Bezug auf die süditalienischen terroni (Erdfresser) von der "Angst" vor einer "Invasion" nordafrikanischer Muslime abgelöst wurde. Und ebenso belegen die jetzigen Wahlergebnisse, daß Bossi nicht erstrangig als Separatist populär war, sondern als Populist – und entsprechend die Hegemonie im reaktionären Lager an Berlusconi verlor.

Auch die generelle ökonomische Lage Italiens weist keine bemerkenswerten Besonderheiten auf. Zwar ist die Staatsverschuldung etwa doppelt so hoch als z.B. in der BRD; doch hängt Italien nicht (wie üblicherweise "unterentwickelte" Volkswirtschaften) am Tropf ausländischer Kreditgeber, und es ist nicht, wie z.B. Spanien (wo 50 Prozent der Industrie Tochterunternehmen auswärtiger Konzerne sind) Werkbank multinationaler Firmen, sondern in allen Schlüsselbranchen eigenständig konkurrenzfähig. Entsprechend kann nicht davon die Rede sein, daß (bei einem aktuellen Wachstum von 1 bis 2%) eine besonders prekäre wirtschaftliche Lage die politische Krise bewirkt hätte.

Ähnlich "normal" sind die sozialpolitischen Verhältnisse. Wie anderswo auch haben die Gewerkschaften drastisch an Einfluß (und Mitgliedern) verloren; wie anderswo auch haben sie sich in den letzten Jahren bereit gefunden, Lohnkürzungen hinzunehmen (zweijähriger "Lohnstopp") und auch zugestimmt, daß Lohnersatzleistungen auf 50 Prozent des vorherigen Gehalts abgesenkt wurden.

Schließlich sind auch die politischen Verhältnisse nur auf den ersten Blick einzigartig. Die dortige Auflösung traditioneller Parteiapparate bzw. die Enttarnung bürgerlicher Politiker als "kriminelle Vereinigung" wird in dieser Form woanders nicht nachvollzogen werden. Wichtiger ist aber: Die Transformation der Demokratie vollzog und vollzieht sich in anderen traditionellen Demokratien strukturell genauso. Überall ist linkerseits die gewerkschaftlich-sozialistisch orientierte Option zusammengebrochen – auch wenn die Apparate und ihre Namen überlebt haben. Inhaltlich haben weder Mitterrand, Gonzales oder Scharping noch irgend etwas mit dem gemein, was einst emanzipativer oder sozialpartizipatorischer Anspruch war. Und kaum anders ist es im traditionell bürgerlichen Lager: Dort ist mit dem Monetarismus

die christlich-sozialpflegerische Komponente als politischer Faktor beseitigt worden, und es vollziehen sich (im alten politischen Rahmen) dieselben nationalistisch-chauvinistischen Tabubrüche, für die, spektakulärer freilich, die "Forza Italia"-Bewegung steht. In der BRD beispielsweise brauchte es keine Parteienumwälzung, um staatsoffiziell die Waffen-SS zu rehabilitieren, um "Deutschland, Deutschland!" ins Zentrum von Wahlwerbung zu rücken, um kaum verhohlene Annexionsgelüste Richtung "Sudetenland, Oberschlesien und Königsberg" zu hören – oder einen neuen Präsidenten zu erleben, dem allein beim Gedanken an Volk und Vaterland Tränen der Rührung in die Augen kommen.

Deshalb ist auch die Prognose nicht gewagt, daß nach der anfänglichen Skepsis gegenüber dem "unsicheren Abenteurer" (taz) Berlusconi bald wohlwollende Normalität in den Beziehungen zu anderen EU-Staaten eintreten wird. Die Befriedigung, mit der aufgenommen wurde, daß die römische Regierung "fest zur NATO" und zur EU steht, ansonsten aber nur die "üblichen" Privatisierungen und Sozialkürzungen ins Auge faßt, deutet in dieselbe Richtung.

Wahl des Faschismus: ein historischer Kompromiß

Die zweite, zahllose Kommentatoren umtreibende Frage nach der Alternative "Modernisierung oder Faschisierung?" ist ebenfalls eindeutig zu beantworten: beides. Wir erleben die Herausbildung eines modernen Faschismus.

Das ist kein Spiel mit der rhetorischen Figur des Paradoxons. Denn verwirrend widersprüchlich erscheint das Phänomen Berlusconi nur dort, wo falsche oder obsolete Schablonen angelegt werden und mit ihnen gemessen wird, ob er Demokrat oder Diktator, ein normaler Konservativer oder ein Neofaschist ist. So ist in Kommentaren immer wieder betont worden, daß Berlusconi demokratisch-rechtmäßig an die Macht kam. Aber demnach waren auch Mussolini und Hitler "normale Konservative". Für Hitler gab es bekanntlich 1933 eine parlamentarische Mehrheit, die ihn zum Reichskanzler machte; es gab eine Mehrheit, die im Rahmen der Weimarer Verfassung das Ermächtigungsgesetz befürwortete. Und es gab danach z.T. sogar überwältigende Mehrheiten, die Volksgemeinschaft und Arbeitsdienst, "Schluß mit dem Parteienstreit!" oder "Gegen jüdische Vorherrschaft!" mittrugen. Dasselbe kennzeichnete den italienischen Faschismus. Der legendäre "Marsch" Mussolinis auf Rom vollzog sich faktisch als Reise des Duce im Schlafwagen zur römischen Abgeordnetenkammer, wo er mit überwältigender Mehrheit zum Ministerpräsidenten mit Sondervollmachten gekürt wurde. Der einzige Verfassungseingriff von Belang war übrigens vorher vollzogen worden: die Änderung des Wahlrechts mit dem Ziel, klare Mehrheitsverhältnisse zu erhalten – dieselbe "demokratische Reform", die jetzt auch den Übergang zur "Forza Italia"-Bewegung brachte.

Gleichwohl gibt es auch nennenswerte Unterschiede. Der frühere Faschismus hatte a priori eine terroristische, auf Zerschlagung gerichtete Ideologie – und bald auch – Praxis: Es ging um die Zerschlagung der Kräfte, die einer aufopferungsvollen Modernisierung entgegenstanden, also vornehmlich der Gewerkschaften und Kommunisten. Diese Stoßrichtung (und die damalige Überformung der Gesellschaft infolge des Weltkriegs-Militarismus) führte zu jener autoritären Militanz, die heute so nicht vorhanden ist. Aber was besagt das? Berlusconi hat sich im Wahlkampf nur verbal als Retter vor dem Kommunismus hingestellt (und damit Erfolg gehabt); er hat nicht mit der Zerschlagung der Linken gedroht. Warum auch? Die Gewerkschaften in Italien waren entmachtet, bevor Berlusconi die Bühne betrat, und die kommunistische Utopie hat heute weder einen materiellen Bezugspunkt (wie einst mit der SU), noch gibt es, bis hin zu den Ex-KPIern, irgendeine politische Formation, die Emanzipation verbindet mit antikapitalistischen Optionen. Es gibt nichts aufzuräumen, weil schon fast alles abgeräumt wurde.

Aber ohne diese terroristische Komponente, könnte eingewandt werden, entfällt das Spezifikum faschistischer Herrschaft, und es bleibt somit doch irgendwie bei normalen demokratischen Verhältnissen. Das ist eine klassische Halbwahrheit. Denn die Wahl Berlusconis markiert gerade den Wendepunkt, wo ein neuer Führer, so er qua "Entschlossenheit" Erfolg hat, bei widrigen Umständen jedes weitere Mandat erhalten würde, Widerstände aus dem Weg zu räumen. Gerade dieses signalisiert ja der Durchmarsch Berlusconis: daß "wegen der Größe der Probleme" über die etablierten demokratischen Spielregeln hinausgegangen werden darf, daß auch die neofaschistische Option legitim ist. Und dieselbe Mehrheit, die ihm diese Regierungsermächtigung erteilte, wird, nachdem dieser Damm gebrochen ist, ganz "pragmatisch" weitere Ermächtigungen erteilen.

Um welche Zwecke könnte es dabei gehen? Da sind einmal die klassischen reaktionären Optionen in Richtung Law and Order: Durchgreifen gegen "Kriminelle", gegen "Schmarotzer" und "Ausländer", gegen die emanzipativen Ansprüche von Frauen oder Jugendlichen, oder die polizeistaatliche Wiederherstellung der Volksgesundheit. All das ist ja, nicht nur in Italien, äußerst populär und bei einer entsprechenden Zuspitzung (des Drogenproblems, von jugendlichem Vandalismus, Aufruhr der Straße) jederzeit umsetzbar. Nur scheinbar steht das aber in Widerspruch zum Wirtschaftsliberalismus, der gleichzeitig Markenzeichen von Berlusconi ist. Daß statt Staatskapitalismus die Privatisierung propagiert wird, ist nur oberflächlich ein Gegensatz zum klassischen Faschismus. In beiden Fällen geht es um die Mobilisierung produktiven Kapitals, um die Beseitigung von Wachstumshemmnissen, auch um die Unterordnung von Staat und Gesellschaft unter ein nationales Großkapital, das für künftige Entscheidungsschlachten auf dem Weltmarkt gerüstet sein soll. Ein durchaus konservativer (christdemokratisch orientierter) Ökonom sagte entsprechend der "Wirtschaftswoche", was er vor allem von Berlusconi erwartet: *"Die Regierung will den Aufschwung auf dreierlei Weise fördern. Durch Steuersenkungen, durch die Schaffung eines für Investitionen günstigen Vertrauensklimas und durch eine starke Flexibilisierung der Märkte – angefangen beim Arbeitsmarkt. Auf den beiden letzten Gebieten kann viel erreicht werden."* (Mario Monti, "Wirtschaftswoche", 27. 5. 1994) Dem ist zuzustimmen: Flexibilisierung beim Arbeitsmarkt ist in der Tat das Feld, auf dem eine neue gesellschaftliche Ordnung aufgebaut werden kann – und wohl wird.

Eben dieses Mandat hat Berlusconi von der Mehrheit bekommen: entsprechende Teile der italienischen Arbeiterklasse in Arbeitsverhältnisse zu zwingen, die sie mit anderen, ostasiatischen oder osteuropäischen Standards konkurrenzfähig macht. Da geht es um die ganze Palette von "Lohn- und Lohnnebenkosten", die, wie anderswo, durch ausgeweitete Maschinenlaufzeiten, nach unten offene Tarife, kapazitätsorientierte Arbeitszeiten, "liberale" Kündigungsregelungen oder durch die Privatisierung von Krankheits- und Armutsrisiken abgesenkt werden sollen. Das ist einerseits das Übliche, auch bei uns Diskutierte; andererseits von neuer Qualität, weil mit der Wahl des "Padrone" Berlusconi eine Art Aufforderung ergangen ist, dies weit brutaler als anderswo oder bisher durchzupowern. Und dabei ist klar, daß das nicht reibungslos, ohne Repression und eben auch terroristische Herrschaftsformen abgehen wird. Der Wirtschaftsliberalismus also ist es, der in Zuspitzung zur terroristischen Herrschaft führen muß.

In welcher Form dies geschieht oder wie weitgehend die Arbeit dabei militarisiert wird, staatliche Zwangsmaßnahmen ergriffen und Freiheitsrechte entzogen werden "müssen", kann nicht prognostiziert werden. Aber wichtiger ist: In eben diesem Sinne wird Berlusconis Italien prototypisch für das werden, was westeuropäischer Standard von morgen sein wird. Darin besteht seine Vorreiterrolle: dem neuen Faschismus konkrete Konturen zu geben. Sie werden nicht dem gleichen, was Faschismus in den 30er Jahren war mit seinem militaristischen Führerkult, den Korporationen oder einer beträchtlichen Staatsökonomie; möglicherweise herrscht weniger Repression und mehr totalitäre Erfassung. Aber der Inhalt, die ökonomisch diktierte nationale Kraftanstrengung, die führermäßige Lenkung der Massen und ihre Zurichtung auf entbehrungsreichere Arbeit, all das ist vorprogrammiert. Und die Hoffnung, daß diese Neue Ordnung vielleicht nur Intermezzo sein wird, ist deshalb trügerisch, weil zum einen die Geschäftsbedingungen des alten Parlamentarismus (Wohlstandskapitalismus, massendemokratische Organisationen) strukturell beseitigt sind; und es zum anderen nirgends neue demokratisch-emanzipative Potentiale gibt, die demokratische Erneuerung signalisieren.

Es bleibt so nur die Frage, wie "unerträglich" die in der Entstehung begriffene Neue Ordnung sein wird. Die Antwort darauf hat aber mit Wertungen zu tun. Viele werden nichts Unerträgliches an ihr finden, solange z.B. Wahlen stattfinden, Meinungs- und Pressefreiheit formal garantiert sind und "Normalbürger" in ihrem Privatleben vom Staat in Ruhe gelassen werden. Geht es "nur" um Zwangsmaßnahmen gegen bestimmte soziale Milieus, wie Ausgegrenzte, Ausländer oder militant Protestierende, so wird dies nur von Betroffenen und wenigen Sympathisanten als "dennoch" unerträglich empfunden werden.

Ebenso auf außenpolitischem Terrain: Würde die Regierung Berlusconi in Istrien einmarschieren oder sich in andere "militärische Abenteuer" begeben, wäre die Empörung flächendeckend. Besteht das Neue aber nur darin, daß demnächst bei Diskussionen innerhalb der EU oder NATO über Interventionen das neue Italien regelmäßig ein härteres Durchgreifen fordert und dabei, gestützt aufs gesunde Volksempfinden (siehe Bosnien), auch hier Trendsetter für eine neue Qualität von Eingreifpolitik (in Osteuropa oder Nordafrika) wird, so wird die Zahl derer, die das unerträglich (im Sinne imperialistischer Terrorpolitik) finden, vergleichsweise klein sein.

Insgesamt also ist der Stellenwert der italienischen Umwälzung darin zu sehen, daß der Prototyp einer neuen Herrschaftsform etabliert wurde, der das zur Reife bringt, was um 1980 mit Reagonomics und konservativer Wende begann und mit dem Ende der SU, Golfkrieg und Wiedervereinigung zu neuen Rahmenbedingungen führte. Für Linke, die diesen Prozeß die letzten Jahre über recht hilflos kommentiert haben, wird das Neue aber hierin bestehen: Bisher warnten wir vor der drohenden Faschisierung – und andere fragten: Seid Ihr verrückt? Jetzt sind wir da angekommen, wo Faschistisches staatliche Form annimmt, und wir werden uns auseinandersetzen müssen mit Leuten, die nun fragen: Warum nicht?! Ungefähr so, wie Werner Raith von der taz es formulierte: Man mag den Faschismus mögen oder nicht, jedenfalls tilgt er den Sargnagel der Demokratie!

Christian Schmidt

Politik als Spektakel

Italien – kein neuer Faschismus...

Seit im März diesen Jahres in Italien das rechte Wahlbündnis Silvio Berlusconis gewählt wurde, herrscht Bestürzung – nicht nur bei der Linken, die seit 1989 sowieso überall den Faschismus aufziehen sieht, sondern auch bei den etablierten Parteien. Das ging immerhin soweit, daß die Sozialisten im Europaparlament sich anmaßten, offiziell die Regierungsbildung Berlusconis zu kritisieren – also demokratisch gewählte politische Repräsentanten eines souveränen Staates über ihre Pflichten zu belehren.

"Politikverdrossenheit"

Tatsächlich begann in Italien vor zwei Jahren ein unerwarteter Prozeß: Die Strafverfolgungsbehörden machten sich einigermaßen ernsthaft daran, zum Schlag gegen die Mafia auszuholen – und rissen dabei die gesamte, durch und durch mit der Mafia verfilzte politische Klasse in den Abgrund. Ein Korruptionsskandal jagte den anderen und zerrieb die Führungsspitzen sowohl der Christ- als auch der Sozialdemokraten in den Mühlen der Justiz. Lachende Gewinner dieser Säuberungsaktion schienen die gewendeten Kommunisten der links-demokratischen PDS zu sein, die sich als einigermaßen unbelastet darstellen konnten.

Noch bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 1993 sah es so aus, als würden die Ex-Kommunisten bei den Parlamentswahlen im nächsten Jahr den Sieg davontragen. Zwar konnte in Norditalien die schon rund fünfzehn Jahre zuvor gegründete Lega Nord erstaunliche Stimmengewinne verbuchen, während im Süden weiterhin die Christdemokraten dominierten; doch dies wurde als Übergangserscheinung gewertet, die dem endgültigen Sieg der PDS nicht groß im Wege stehen würde.

Etwas angeknackst wurde dieses Selbstvertrauen in den Wahlen vom November 1993, als es dem faschistischen "Movimento Sociale Italiano" gelang, beinahe die Bürgermeisterposten von Rom und Neapel zu besetzen. Erst in der Stichwahl konnten in Rom der Parteichef der Faschisten, Fini, und in Neapel die Enkelin des Duce, Alessandra Mussolini, durch die Kandidaten des Linksbündnisses geschlagen werden. Doch auch der rasche Aufstieg der Neofaschisten, die in der offiziellen italienischen Politik bislang eine marginale Rolle gespielt hatten, bereitete den Linksdemokraten keine allzugroßen Sorgen.

Erst als Anfang des Jahres 1994 überraschend Silvio Berlusconi, Chef der den italienischen Medienmarkt beherrschenden "Fininvest Holding", sich nicht mehr damit begnügte, die Neofaschisten zu unterstützen, sondern selbst mit seiner frischgegründeten "Forza Italia!" die politische Arena betrat, begann das Linksbündnis, sich zu beunruhigen. Der Schock kam mit den Wahlen vom 28. März 1994: Berlusconis Wahlbündnis aus "Lega Nord", den sich

nun "Nationale Allianz" nennenden Faschisten und "Forza Italia!" erlangte aus dem Stand eine solide absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus.

Tatsächlich ist dieser Wahlsieg jedoch nicht so überraschend, wie er den politischen Kommentatoren erscheinen mochte. Das "Phänomen" Berlusconi ist alles andere als singulär. Vielmehr ist der rasche politische Aufstieg des Medienunternehmers typisch für die unaufhaltsam voranschreitende Erosion der Parteiendemokratie. Die beiden herausragenden Beispiele für diesen neuen Politikertypus sind der texanische Multimilliardär Ross Perot und in Frankreich Bernard Tapie.

Ross Perot war der Senkrechtstarter im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 1992. Angeblich spontan erklärte er im Februar 1992 in einer Talkshow, daß er, wenn es "das Volk" wünsche, für das Präsidentenamt kandidieren würde. Innerhalb kürzester Zeit konnte er eine Armee von vier Millionen Freiwilligen für sich gewinnen, die seine Kandidatur unterstützte. Bereits Anfang April '92 ergab eine Meinungsumfrage, daß Perot mit 21% der Stimmen rechnen könne. Mitte Mai lag er mit 33% deutlich vor Bush und Clinton. Anfang Juni erreichte er in den Umfragen 37% – dann begann sein Stern zu sinken. Als er Anfang Juli auf 26% heruntersackte, zog Perot seine Kandidatur zurück.

Beispiel Nummer zwei: Ende der 80er Jahre stieg in Marseille der Sanierungshai Bernhard Tapie in die Politik ein. Tapie hatte sich einen Namen damit gemacht, daß er marode Betriebe aufkaufte, diese vor allem mittels Massenentlassungen wieder auf die Beine brachte und schnell wieder verkaufte. Als Ende der 80er Jahre die faschistische "Nationale Front" Le Pens gerade in Marseille enorme Stimmengewinne verbuchte, kandidierte er als unabhängiger Kandidat auf der Liste der Sozialisten. Tapie, der vor allem als Präsident des Fußballvereins "Olympique Marseille" bekannt war, konnte den Faschisten der "Nationalen Front" das Wasser abgraben. In der Folgezeit stieg er rasch die politische Karriereleiter empor und brachte es bis zum Minister für Stadtentwicklung. Augenblicklich kandidiert Tapie als Partei- und Listenführer der linken Mitte für das Europaparlament.

Diese Karrieren entspringen keineswegs einer Laune des Zufalls; vielmehr sind sie symptomatisch für den Zustand der parlamentarischen Demokratien des Westens. Dabei greifen die üblichen Erklärungsmuster für diesen Erfolg im allgemeinen zu kurz. Sicherlich hängt ihr Erfolg mit dem zusammen, was in den Medien neudeutsch »Politikverdrossenheit« genannt wird. Gemeinsam ist allen drei Kandidaten, daß sie sich erfolgreich als Alternative zum politischen Establishment darstellen können. Sie profitieren von dem generellen Korruptionsverdacht, unter dem die politische Klasse in den westlichen Industrieländern momentan steht. Da sie angeblich nicht zum Filz des politischen Establishments gehören, können sie die Stimmen derer auf sich vereinigen, die sich von "den Politikern" verraten fühlen.

Doch "Politikverdrossenheit" ist keine Erklärung, sondern höchstens ein anderer Name für das, was erklärt werden soll. Auch die etwas weitergehenden Erklärungsversuche, die auf den Zustand der politischen Klasse selbst rekurrieren, greifen zu kurz: Der Grund für die pauschalen Verdächtigungen liegt nicht einfach darin, daß die politische Klasse tatsächlich eine in sich verfilzte, korrupte Gangsterbande wäre, die ihr Amt zu Zwecken der persönlichen Bereicherung mißbrauchen würde. Das mag stimmen oder nicht – für die politische Meinungsbildung ist es völlig gleichgültig. Beruhte das Mißtrauen gegenüber "den Politikern" tatsächlich auf ihrer Korruptheit, dann hätten Perot, Tapie oder Berlusconi keinerlei Chance.

Tapie ist dafür sicherlich das beste Beispiel. Seine Integrität ist nicht höher anzusetzen als die seiner Gegner: Seit Ende der 80er Jahre stolpert er von einem Skandal zum nächsten. Seine skrupellosen "Sanierungen" haben völlig zu Recht gewaltige Empörung ausgelöst. Und es ist auch nicht die Aura des Erfolgs, die ihm, trotz schmutziger Machenschaften, die Sympathie der Massen zuträgt: Als sein ökonomisch bislang größter Deal, nämlich der Versuch, Adidas zu übernehmen, völlig schiefging, tat das seiner Reputation keinen Abbruch. Genausowenig brachte ihn die letztjährige Bestechungsaffäre zu Fall, als sich Tapies Fußballverein "Olympique Marseille" den Sieg gegen Valenciennes mit etwas Bargeld sichern wollte. Und daß momentan alle seine Gläubiger ihr Geld zurückhaben wollen und deswegen die Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität fordern, steigert die Sympathien nur noch.

"Spektakel ist Show plus Sieg"

Laurent Joffrin hat dieses Phänomen im "Nouvel Observateur" treffend beschrieben: "Bernard Tapie hat alle 'Affären' überlebt. Was er auch immer tat, das Publikum forderte eine Zugabe. Das Spektakel muß weitergehen. In seiner Jugend wollte er Sänger werden. Seine wahre Berufung ist die des Schauspielers und Regisseurs. Alle Profis wissen das: Man nehme eine starke Persönlichkeit, egal ob sie gut oder schlecht ist, und lasse sie gegen immer neue Hindernisse anrennen. Innerhalb von zwanzig Minuten wird sie die Sympathie des Publikums gewonnen haben. Von genau diesem Typus ist Bernard Tapie, der Regisseur seiner eigenen Legende für die kleinen Ladenmädchen: Ein charmanter Lausebengel, der sich gegen die Heuchler des Establishments auflehnt."

Die Tatsache, daß Tapie ebenso korrupt, wenn nicht sogar korrupter als seine Gegner ist, ist politisch von untergeordneter Bedeutung. Ausschlaggebend sind nicht seine moralischen Qualitäten, sondern das Talent, sein Publikum zu unterhalten. Nochmals Joffrin: "Der Mann im Rampenlicht, der sein Unglück zur Schau stellt, der sich sichtlich seines Vermögens freut, dabei aber Schicksalsschlag um Schicksalsschlag einstecken muß, der aus der Euphorie in die Depression stürzt, der seine Angst eingesteht und seine Verachtung ausspuckt, ist lebendiger als alle die Schaufensterpuppen der herrschenden Klasse. 'Er zumindest', sagt das einfache Volk, 'hat wirklich gelebt.'"

Was das Publikum reizt, ist nicht, daß der Held auf der Seite der Guten steht, sondern daß er kämpft, mit allen Mitteln kämpft und daß er letztlich gewinnt. Doch ob er gewinnt, weiß man erst in der letzten Runde. Solange er nach dem jeweils letzten Knockout wieder aufsteht und erneut in den Ring tritt, hat er die Sympathien des Publikums. Tapie weiß das so gut wie Berlusconi. Als Präsidenten der spektakulärsten Fußballvereine Europas kennen sie die Mechanismen. Um Berlusconis Rezept für die Politik zu erfahren, muß man den Trainer seines Fußballvereins fragen. Der hatte auf die Frage, warum der "AC Milano" trotz seiner brutalen Offensivtaktik die Sympathien des Publikums hat, geantwortet: "Fußball ist Spektakel. Und Spektakel ist Show plus Sieg."

Dieses am "AC Mailand" entwickelte Konzept hat Berlusconi erfolgreich auf die Politik übertragen. Genauso wie das Fußballpublikum das defensive Ballgeschiebe satt hat, so hat es auch die langweilige Politik der etablierten Parteien satt. Darauf baut die Wahltaktik der Berlusconi und Co. Das Spektakel ist wichtiger als die Politik. Und deshalb kann man sie auch nicht diskreditieren, indem man zeigt, daß diese Kandidaten keinerlei politische Erfahrung besitzen, ihre Programmatik aus heißer Luft besteht und ihre Korruptheit die ihrer Gegner bei weitem übertrifft. Es ist der Kampf, den sie liefern, der zählt – und wenn dabei dreckig gekämpft wird, um so besser.

Daß er dieses Prinzip im Gegensatz zu Tapie und Berlusconi nicht durchschaute, hat Perot den Sieg in der amerikanischen Präsidentenwahl gekostet. Er hat seine Kandidatur viel zu früh annonciert, um den Reiz des Neuen lange genug ausspielen zu können. Die politische Halbwertszeit einer derartigen spektakulären Kampagne dürfte momentan so ziemlich exakt bei drei Monaten liegen. Dann langweilt auch das neue Gesicht, wenn es nicht mit irgendwelchen Überraschungen aufwarten kann – wozu Perot nicht in der Lage war. Die Wahlkampfstrategen Berlusconis müssen den amerikanischen Wahlkampf ziemlich genau studiert haben: Zwischen dem Beginn von Berlusconis Kandidatur und den Wahlen selbst lag genau der Zeitraum, der zwischen Perots Ankündigung, er werde kandidieren, und dem Höhepunkt seiner Popularität lag.

Gegen derartige Gegner, die bewußt das Spektakel einsetzen, um an die Schalthebel der politischen Macht zu gelangen, ist das System der parlamentarischen Demokratie machtlos. In letzter Instanz hat es dem nichts entgegenzusetzen. Die repräsentative Demokratie konnte nur so lange funktionieren, wie die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien selbst Ausdruck gesellschaftlicher Konflikte waren. So lange die Parteienlandschaft die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ansatzweise widerspiegelte, hatten die Auseinandersetzungen im Parlament für die Öffentlichkeit einen Sinn. Die politischen Repräsentanten kämpften stellvertretend für diejenigen, die sie ins Parlament wählten – was ihren Streitigkeiten ein gewisses Interesse sicherte.

Inzwischen ist es jedoch unmöglich geworden, daß eine politische Partei als Repräsentantin einer spezifischen gesellschaftlichen Interessenlage funktionieren kann. In dem Maße, wie sich die klar abgegrenzten gesellschaftlichen Milieus auflösten, in dem Maße verschwand auch der legitime Vertretungsanspruch der traditionellen Parteien. Inzwischen stehen sich in den Parteien nur noch Verwaltungsspezialisten gegenüber, die jenseits spezifischer Interessenlagen nichts anderes anstreben als ein möglichst reibungsloses Funktionieren der Gesellschaft. Daß dabei Differenzen auftreten und in deren Gefolge Auseinandersetzungen, ist unvermeidlich; doch handelt es sich dabei um Streitigkeiten unter Experten – und nichts ist langweiliger als zwei Experten, die sich über ihr Fachgebiet streiten. Die Implosion des Systems ist vorgezeichnet: Die Logik der Simulation wird über die Logik der Repräsentation triumphieren.

In dieser Situation bringen Berlusconi und Co. zumindest kurzfristig wieder echte Spannung ins Spiel. Skrupellose Demagogen, die sie sind, können sie die unerträgliche Langeweile der Wahlkämpfe für einige Zeit aufbrechen und diesen zumindest den Anschein einer Auseinandersetzung zurückgeben; einer Auseinandersetzung allerdings, die sich von der traditionellen Funktionsweise des Wahlkampfes deutlich unterscheidet.

Simulation statt Repräsentation

Sinn und Zweck der Wahlen war ja einmal, daß in Gestalt der politischen Repräsentanten die tatsächlichen sozialen Widersprüche aufeinandertrafen. Im Raum der Repräsentation fanden die sonst stummen gesellschaftlichen Antagonismen ihre Sprache und konnten artikuliert werden. In dem Maße jedoch, wie die Parteipolitiker zu bloßen Managern des Sozialen mutierten, verlor der Prozeß der Wahlen seine Funktion. Sollten die Wahlen früher den gegensätzlichen gesellschaftlichen Interessen zur Artikulation verhelfen, haben sie heute höchstens noch die Funktion, die im Vereinsleben der Entlastung des Vorstandes zukommt. Sie sind eine für das Überleben des Systems zwar notwendige und sinnvolle, dabei aber abgrundtief langweilige Prozedur.

Die Strategie von Berlusconi ist nun keineswegs, der Politik ihren sozialen Inhalt zurückzugeben. Dieses Stadium politischer Unschuld ist nicht wiederherzustellen. Berlusconi tritt, im Gegensatz zum klassischen Demagogen, gerade nicht als Anwalt des kleinen Mannes auf, der den schier aussichtslosen Kampf gegen die Interessen der Reichen und Mächtigen aufnimmt. Wenn Berlusconi noch irgendwelche Interessen vertritt, dann höchstens die seinen – und das wissen auch seine Wähler. Berlusconi, Tapie oder Ross Perot geben gar nicht mehr vor, irgendjemanden repräsentieren zu wollen, sondern agieren von vornherein im Feld der Simulation. Ihre Domäne ist nicht die soziale, sondern spektakuläre Demagogie.

Was die Demagogen neuen Typs versprechen, ist nicht Brot, sondern Spiele. Die brisante Mischung aus Fußball, Politik und Medienmacht, die sowohl Berlusconi als auch Tapie verkörpern, wird auf die eine oder andere Weise die Politik der nächsten Jahrzehnte bestimmen. Was sie ihren Wählern bieten müssen, ist Spektakel pur – sonst verschwinden sie in kürzester Zeit wieder vom Bildschirm.

Wie eine derartige spektakuläre Politik aussehen könnte, hat Ross Perot in seinem Wahlkampf bereits skizziert: "With interactive television every other week we could take one major issue, go to the American people, cover it in great detail, have them respond, and show by congressional district what the people want." Direkte Demokratie durch interaktives Fernsehen soll den täglichen Bedarf an Spektakel sichern. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich die entsprechenden Szenarien auszudenken. Endlich würden nicht mehr Politiker oder Militärs darüber entscheiden dürfen, ob Serbien endlich sterbien muß; ein Tastendruck auf der Fernbedienung genügte, und schon setzten sich die Bomber in Bewegung – erste Zwischenergebnisse erfahren Sie in unserer Sondersendung um 22.30 Uhr.

Soweit ist es natürlich noch nicht – und wird es auch noch nicht in allernächster Zukunft kommen. Berlusconis Italien ist nur ein erster Großversuch unter halbwegs realistischen Bedingungen, um einen Prototyp für die spektakuläre Demokratie des 21. Jahrhunderts zu testen.

Mit Faschismus hat das wenig zu tun. Der Faschismus, wie ihn die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts kannte, war noch in die politische Repräsentationslogik eingebunden. Adolf Hitler war kein Entertainer und Auschwitz kein Medienspektakel. Italien unter Berlusconi ist weder dem Italien Mussolinis noch dem Deutschland Hitlers gleichzusetzen. Derartig platte und oberflächliche Analogien zwischen den Widerwärtigkeiten der Gegenwart und dem Faschismus sind weder einer radikalen Theorie noch einer subversiven Praxis dienlich.

Der "Faschismus" ist längst zur spektakulären Chiffre der etablierten Politik geworden. Es gehört mittlerweile zum Standardrepertoire der politischen Klasse, die eigene Position dadurch zu sichern, daß man die faschistische Gefahr beschwört. Wenn die Sozialisten im Europaparlament Berlusconi vor seinen faschistischen Ministern warnen, dann versuchen sie, die längst ihre politische Daseinsberechtigung verloren haben, wenn schon nicht mehr sozialen, so doch moralischen Boden unter den Füßen zu gewinnen.

Für Leute, die sich bereitfinden, das magere Erbe der radikalen Linken anzutreten, sollten derartige Spielchen tabu sein. Auschwitz kann und darf nur Gegenstand des Eingedenkens, nicht aber ein im politischen Spiel beliebig einsetzbarer Chip sein. Und damit vergibt man sich politisch nichts: Eine Analyse dessen, was sich in Italien entwickelt, bedarf eines geschärften Blicks auf die Gegenwart und nicht des erhobenen Zeigefingers.

Michael Koltan

"Die Wiederherstellung der Nation"

Faschismus als Erneuerung

Was ist los in Italien? Zwei Jahre lang wurde ein Skandal nach dem nächsten aufgedeckt, Politiker, Manager, Staatsbeamte kippten reihenweise, Kampf gegen Filz und Korruption war in aller Munde, demokratische Erneuerung wurde postuliert, und dann wählen die Italiener mehrheitlich rechts und sogar faschistisch! Alle Welt hat sich in einem getäuscht: daß es um Demokratisierung geht.

Dabei ist der Zweck der Säuberung nicht verheimlicht worden. Olivetti-Chef De Benedetti hat ihn in einem "Spiegel"-Interview deutlich gemacht. Mit dem Fall der Berliner Mauer, *"als die kommunistische Bedrohung endlich weg war, gab es keinen Grund mehr, die christdemokratische Erpressung mit dem Kommunismus zu akzeptieren... Korruption und Staatsschulden sind der Preis, der für den politischen Konsens bezahlt werden mußte"* (Spiegel, 29.11.93).

Ein besseres und kompetenteres Dementi der großen "moralischen Säuberung" Italiens kann es gar nicht geben. Das Nachkriegsitalien als Teil des westlichen Bündnisses unterlag immer der Aufgabe, als erste Priorität Kommunisten an der Regierung zu verhindern und erst in zweiter Linie die Demokratie nach westlichem Vorbild zu entwickeln. Für den Ernstfall war mit US-amerikanischer Unterstützung der Putsch als legitimes Mittel der Herrschaftssicherung vorgesehen, wie die Enthüllungen über die Bürgerkriegstruppe "Gladio" vor einigen Jahren belegten. *"Laßt uns sehen, wie er seinen Job macht"*, dieser Satz Clintons über Berlusconis neue Regierung charakterisiert das zentrale Interesse der Partner Italiens. Nicht die Faschisten, sondern die Fähigkeit der Neuen, die Ausbeutungsbedingungen im westlichen Interesse zu garantieren, sind der Maßstab künftiger Beziehungen.

Insofern ist der allseits akzeptierte Kern des Wandels die Herstellung kapitalistischer Effektivität. Der politische Wandel der Parteien oder die Gründung neuer wird daran gemessen. Auch eine staatstragende Oppositionspartei auf Lebenszeit, wie der heutige PDS, hat De Benedettis politische Maßgabe zu vollziehen versucht, als der PCI sich 1990 von einer zwar inhaltlich sozialdemokratischen, aber politisch realsozialistischen Partei in eine inhaltlich und politisch westliche sozialdemokratische Partei umwandelte und Hammer und Sichel unter der Baumkrone verschwinden ließ.

Doch reicht dies nicht aus, die mögliche politische Entwicklung in Italien einzuschätzen.

Die italienische Wirtschaft muß im politischen Umbruch eine Modernisierung vollziehen, um den Anschluß an die EU und den Weltmarkt nicht zu verlieren. Beides, die politische Legitimationskrise demokratischer Parteienherrschaft nach der Niederlage des Kommunismus, und die ökonomische Modernisierung, unterscheidet die italienische Entwicklung nicht von den übrigen europäischen Ländern. Unterschiedlich ist die Ausgangslage.

Ökonomisch, weil die alte politische Herrschaft aus dem Faschismus "geerbte", staatswirtschaftliche Formen herausgebildet hat, die einer Modernisierung im Wege stehen. Oberflächlich betrachtet ist das die als Günstlingswirtschaft nach dem Parteibuch angeprangerte Schmiergeld- und Subventionspraxis, die in der Vergangenheit durchaus herrschaftsstabilisierend gewirkt hat. Der große Sektor der Staatsholdings ENI, EFIM und IRI, die in den "alten" Industrien Stahl, Chemie und Energie, im Bausektor, aber auch in den Wachstumsbranchen Verkehr und Kommunikation tätig sind, gilt als ineffizient und zu stark subventioniert und ist eine maßgebliche Quelle der Staatsverschuldung. Diese staatlichen Betriebe machen heute etwa 20% des wirtschaftlichen Umsatzes Italiens aus. Sie waren die Bastion, in der die alte "partitocrazia" ihre Belohnung für die Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft abzuholen gewohnt war und wo sich eine Art "Nomenklatura" aus Staatsparteien/Staatsindustrie entwickelt hatte, die zerschlagen werden mußte. Der Zusammenbruch der alten Parteien DC und PSI hat seine Ursache in erster Linie darin, daß Italiens Privatunternehmer die alten Günstlinge nicht für fähig hielten, den Wandel zu bewerkstelligen. Der Austausch des politischen Personals war beschlossene Sache. Die hochgelobte "unabhängige" Justiz handelte nicht nur im Konsens mit dem unzufriedenen Volk, sondern auch mit den Herrschenden.

Schwieriger stellt sich die Situation im Süden dar. Die Mafia hat mit den Richtermorden ihren Machtanspruch demonstriert. An ihr vorbei wird nichts gehen. Vieles spricht allerdings dafür, daß nach dem Niedergang der DC Berlusconis Forza, die in Sizilien stärkste Partei wurde, in deren Fußstapfen treten wird, so daß ein Deal Forza/Mafia und die Umsetzung der Modernisierungspolitik auch im Süden möglich scheint.

Die Nachkriegsdemokratie hat einen Teil ihrer Kinder gefressen. Der Versuch, den Übergang zur Modernisierung der Wirtschaft aus der alten "politischen Klasse" heraus zu organisieren, für den die letzte Regierung Ciampi stand, die – durchaus anerkannt – die Privatisierung (u.a. den Verkauf zweier Großbanken) und die Haushaltssanierung zu ihrem vorrangigen Anliegen gemacht hatte, war einerseits zu schwerfällig, und wurde andererseits von einer systematisch von oben geschürten "Enthüllungskampagne" und ideologisierten Parteienverdrossenheit sowie von einer Art Pogromstimmung in der Bevölkerung gegen die "politische Klasse" weggefegt.

Bourgeoisie und Modernisierung

Schaut man sich die wirtschaftlichen Vorstellungen der Parteien an, die für den Austausch des Personals standen, so gab es kaum Unterschiede: alle, auch die DC-Nachfolger, standen für eine neoliberale Wirtschaft von Privatisierung, Deregulierung, Steuersenkungen, Schuldenabbau. Forza Italia trat unter dem Slogan *"Familie, Individuum, Privateigentum"* für effiziente Verwaltung und Dienstleistungen, gesunden Menschenverstand und Maßhalten an. Die Lega plakatierte *"meno stato, più mercato"* (weniger Staat, mehr Markt) und setzte auf die Werteskala "Professionalität, Leistungsfähigkeit, Familie, Arbeitsethos" ihrer Anhänger. Auch die stärkste Kraft der Linken, der PDS, bemühte sich um Wirtschaftsfreundlichkeit. Occhetto erklärte: *"Ich habe ein klares Versprechen abgegeben: Wenn wir in die Regierung gehen, machen wir das in der Kontinuität der Sanierungspolitik von Ciampi"* (Epoca, 8.2.94). Nicht nur, daß der PDS mit Ciampi als künftiger Staatspräsident sympathisiert hat, Occhetto putzte im letzten halben Jahr die Klinken bei der Londoner Börse, der Nato, der amerikanischen und britischen Regierung, um den letzten Zweifel in die marktwirtschaftliche und bündnispolitische Treue der Exkommunisten zu beseitigen.

Im Vorfeld der Wahlen ist über tiefgreifende Differenzen im Unternehmerlager spekuliert worden: Berlusconi versus Agnelli (FIAT), De Benedetti und Benetton. Tatsächlich scheint es zu stimmen, daß die alten Wirtschaftsführer der Groß- und

Staatsunternehmen, die vom vielgeschmähten Parteiensystem profitiert haben, für einen langsameren Wandel eingetreten sind, und es ist kein Gerücht, daß sie sich eine Koalitionsregierung mit Occhetto an der Spitze durchaus gewünscht haben, weil sie ihm den politischen Übergang in relativer Stabilität eher zugetraut hatten, als Parteien wie der Lega oder den Faschisten. Das war, bevor Berlusconi sein wahlproduktorientiertes Marketing entwickelt hatte und auf die Verbraucher losließ. Agnelli mußte sich auf der Tagung des Privatunternehmerverbands "confindustria" nach der Wahl ausbuhen lassen, als er seine Sympathie für Staatspräsident Spadolini, letzter Repräsentant der alten Parteienherrschaft, zu erkennen gab. Zugleich hat er aber vor der Wahl deutlich gemacht, daß er auch eine andere Entwicklung für denkbar hält: *"Wenn Silvio Berlusconi gewinnt, gewinnen auch wir anderen Unternehmer, wenn er verliert, verliert er ganz allein"* (nach "Le Monde", 22.3.94).

Anders als Agnelli & Co. hat der Herrscher des drittgrößten Firmenkonsortiums Italiens, Berlusconi, eher begriffen, daß das Wahlvolk radikal neues Personal sehen will; auch er selber, der alte Hase und Craxi-Freund, ist auf der politischen Bühne ein unverbrauchter Neuling. Zugleich konnte er sich dabei der Unterstützung der mittleren und kleinen Unternehmer des Landes sicher sein, die den Großunternehmen die Vorteilnahme aus dem alten System neiden. Ein Nachwahlkommentar in der Berlusconi-Zeitung "Il Giornale" spricht diese politisch ambitionierte wirtschaftliche Konkurrenz sehr offen aus: daß die kleinen und mittleren Unternehmer Forza und Lega gewählt haben, sei auch eine Quittung für das *"unverantwortliche Projekt eines neuen Historischen Kompromisses"*, das *"von den großen Familien* (Agnelli), *von Scalfari* (Chef der linksliberalen "Repubblica") *und von Occhetto gehätschelt"* worden sei. *"Wenn dieses gleiche Mittel- und Kleinbürgertum vor nunmehr siebzig Jahren, als es vor einer Alternative stand, in der die Entscheidung für die parlamentarische Demokratie weder leicht noch klar war, den Faschismus dem Kommunismus vorgezogen hat, so wiegt seine historische Schuld im Hinblick auf die zivilisatorische Reifung des Landes mit Sicherheit deutlich weniger schwer, als die der Hochfinanz und der Großindustrie, die in der Nachkriegszeit... aus eigennützigen Interessen heraus die Übergabe der Regierungsmacht in die Hände eines angeblich 'progressiven' Lagers, kontrolliert von einer marxistisch-leninistischen Nomenklatura, geplant und vorbereitet hat."* (9.4.94)

Die Radikalisierung der aufstrebenden Mittel- und Kleinbourgeoisie Italiens, die sich im rechten Wahlergebnis ausdrückt, heißt auf der ökonomischen Ebene nicht, daß jetzt gegen das Großkapital gearbeitet wird. Wohl aber, daß es einen Machtkampf um die Nutzbarmachung des Staates für die wirtschaftlichen Interessen geben wird und künftig der staatswirtschaftliche Sektor den kürzeren ziehen wird. Berlusconi kann sich der Unterstützung von "confindustria" sicher sein.

Die Zusammensetzung seiner Regierung verwirklicht konsequent seine eigenen wirtschaftlichen Machtansprüche und die seiner Klientel. Neben seiner Hausmacht – sein Fernsehchef wurde sein Staatssekretär, sein Hausanwalt Verteidigungsminister, sein Firmenanwalt Außenhandelsminister – wurde vor allem Wert auf neoliberale Wirtschaftsvertreter gelegt. Sein Außenminister Antoni Martino (der zuweilen Krawatten mit Zitaten von Adam Smith trägt) kommt aus der neoliberalen Schule der "Chicago Boys". Der Schatzminister kommt von der "Banca d'Italia". Die Lega hat norditalienische Unternehmer zu Ministern gemacht. Der AN kam es vor allem auf eine deutliche nominelle Regierungsbeteiligung an.

Als eine der ersten Regierungsmaßnahmen hat Berlusconi unter dem Beifall von "confindustria" und der Zentralbank das zwei Monate alte Antikorruptionsgesetz über die Vergabe öffentlicher Bauaufträge außer Kraft gesetzt. Als vorrangige Großprojekte sind forcierter Straßen- und Autobahnbau geplant, was den Beifall auch der Automobilindustrie fand. Unternehmenssubventionen bei Neugründungen und die Veränderung von Einstellungs- und Entlassungsbedingungen für Kleinunternehmen (bis 15 Beschäftigte) erfüllen ein Wahlversprechen von Forza.

Das große Aufräumen

Eine halbwegs gesicherte Prognose zu wagen, ob und wie lange Berlusconi durchhält und ob das Spannungsfeld zwischen Bossis Sezessionsdrohungen und dem MSI-Nationalismus für ein starkes Italien eine gemeinsame Politik übersteht, scheint bei der italienischen Entwicklung ausgeschlossen. Allerdings hat die Regierungsbildung gezeigt, daß der im Vorfeld beschworene Antagonismus innerhalb der Rechtsallianz übertrieben worden ist. Wirtschaftspolitisch scheint die Dominanz bei Berlusconi zu liegen, die Widersprüche zur Lega sind gering, die AN hat gar kein eigenes Wirtschaftsprogramm aufgestellt.

Im Gegenteil scheint das Verbindende der drei Partner der Nationalismus zu sein, der italienische von Forza und AN dürfte mit dem regionalistischen der Lega so lange nicht kollidieren, wie die ihre nördliche Klientel bedienen kann. Stärker als zu befürchten war, schält sich heraus, daß die nationalistische Gemeinsamkeit der Regierungskräfte umgesetzt wird. Das große Aufräumen in den staatlichen Einrichtungen, der Verwaltung und dem staatlichen Fernsehen hat begonnen, die Revanchetöne sind bei seiner Umsetzung unüberhörbar. Die öffentliche Diskussion ist von der Geschichtsrevision, dem positiven Faschismusdiskurs bestimmt, und nicht der MSI, sondern der Antifaschismus gerät in die Defensive. Finis Mussolini-Verteidigung ist regierungsfähig.

"Italien braucht ein neues Staatsmodell und eine neue Führungsklasse. Die Zeit ist gekommen, die Nation wiederherzustellen", hatte Fini angekündigt (Il Giornale, 9.4.94). Die Rechtsallianz will innerhalb eines halben Jahres eine neue Verfassung schreiben und zur Abstimmung stellen. Außenpolitisch zeichnet sich eine Nationalisierung ab. Gebiets- und Revisionsforderungen der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs werden nicht regierungsoffiziell, wohl aber von einem der Regierungspartner (AN) gestellt. Außenminister Martino hat in der EU mit einem Veto gegen eine Beitrittsperspektive für Slowenien gedroht, wenn italienische Forderungen nach Entschädigung für Enteignungen und Nationalisierungen in Jugoslawien nach 1945 nicht behandelt würden. Martinos Angebote, italienische Truppen weltweit in Krisengebieten einzusetzen, sowie seine Forderung nach einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat, dokumentieren den Wunsch, eine größere weltpolitische Rolle zu spielen.

Legitimationsverlust der demokratischen Herrschaft

Alle diese Entwicklungen sind qualitativ kaum unterschieden von der deutschen Entwicklung seit 1990: die Nationalisierung von Außen- und Militärpolitik ist in Deutschland weiter gediehen. Die Deregulierung dürfte im nächsten Jahr wie ein Schock über die Italiener, ihr Sozialsystem und die Erwerbstätigkeit kommen, vor allem wenn Bossis Wunsch Wirklichkeit würde, man müsse *"dem Süden helfen, sich vom Zentralismus und vom Subventionismus zu befreien. Ein erster Schritt wäre, die Löhne an die 30 bis 40 Prozent niedrigeren Lebenshaltungskosten im Süden anzupassen"* (Interview in Hamburger Abendblatt, 9.10.93). Allerdings wäre dieser Einschnitt dem in Ostdeutschland vergleichbar.

Die Revisionismusdebatte dürfte innerhalb kurzer Zeit das nachholen, was konservative Bemühungen in Deutschland seit Bitburg auf den Weg gebracht haben. Aber mit dem erheblichen Unterschied, daß Faschisten in der Regierung und den staatlichen Institutionen sitzen.

Im Zusammenhang der rassistischen Entwicklung in Deutschland seit 1992 und der außenpolitischen seit der Wiedererlangung der Souveränität 1990 habe ich von

einem neuen Nationalismus, einer Renationalisierung der Außen- und Militärpolitik sowie einer gesellschaftlichen Faschisierung und dem erkennbaren Drang zu autoritärer Demokratie geschrieben. All diese Entwicklungen vollziehen sich derzeit auch in Italien. In Deutschland läuft dieser Prozeß weitgehend konsensual, d.h. die Rechtsentwicklung und Nationalisierung des gesellschaftlichen Bewußtseins gerät bislang nicht grundsätzlich in Konflikt mit dem demokratischen Repräsentationssystem, zumal Parteien und staatliche Institutionen realpolitisch – siehe Außenpolitik – und gesetzlich – siehe Asylpolitik, Verbrechensbekämpfungsgesetz – diese Bewegung nach rechts fixieren. In den Wahlen dieses Jahres scheint die Legitimation für das deutsche Parteiensystem nicht gefährdet, wenngleich offen bleibt, ob den Herrschenden in Deutschland in den nächsten Jahren ein neuer Massenkonsens gelingt, der das demokratische System auch weiterhin trägt.

Das stellt sich in Italien anders. Mit dem Zusammenbruch der "partitocrazia" hat das demokratische und parlamentarische System im Massenbewußtsein an Legitimation verloren. Die Sauberkeits- und Schmiergeldkampagne ("tangentopoli") hat ideologisch das Feld für die Bereitschaft des Wahlvolks, autoritärere Herrschaft zu akzeptieren, bereitet. Daß dadurch auch als überwunden angesehene Ideologien wie die faschistische wieder attraktiv geworden sind, zeigen die Wahlerfolge der AN. Die Parteien der Rechtsallianz stehen für rigides "Aufräumen". Allen voran Berlusconis Wahlverein Forza, tragen sie autoritäre Merkmale: Lega, Forza und AN sind Führerparteien, in denen es praktisch keine Meinungsbildung gibt, sondern alles auf den Führer und seine Wirkung zugeschnitten ist. In ihrer Wahl dokumentiert sich der Wunsch nach dem "leaderissimo forte", der starken Führung.

Nur daß in aller Regel drei Führer zu viel sind. Die Frage ist, ob Berlusconi die unumstrittene Führerschaft im Rechtsbündnis behaupten kann, die ihm die anderen beiden nicht streitig machen, aber vermasseln können. Andererseits kann man mit einigem Recht bezweifeln, daß die Rechten leichtfertig ihre unerwartete Mehrheit hergeben werden. Viel eher ist zu erwarten, daß sie sich sogar noch Verstärkung aus der Mitte der ehemaligen christdemokratischen Parteien holen könnten, wenn es um das Wohl der Nation geht. Möglicherweise macht die Diskussion um den Duce auch den Sinn, von ihm zu lernen (nicht zu kopieren), wie man die Macht behaupten kann.

Giorgio Strehler hat den Wahlsieg Berlusconis als den *"ersten telekratischen Staatsstreich"* bezeichnet. Der Fernsehsieg des "Cavalliere" hat die Diskussion um die Fernsehdemokratie beflügelt. Paul Virilio hat in "Liberation" beklagt: *"Die technologische Macht des Bildes ist so groß geworden, daß die Demokratie bedroht ist durch die Telekratie"* (30.3.94), weil das Fernsehbild im Gegensatz zur Schrift *"das industrialisierte Vergessen"* transportiere. *"In diesem Sinn ist Italien Avantgarde des Vergessens, das Ende der Politik, das Ende der Demokratie"* (Zeit,15.4.94).

Telecrazia?

Dahinter steckt wohl ein Mißverständnis, ein Ideal von Demokratie, das beispielsweise die großen Volksparteien in Deutschland und den USA schon lange nicht mehr repräsentieren. Parteitage der CSU und der CDU, zunehmend auch der SPD, sind immer weniger von der Meinungsbildung und immer mehr von der widerspruchsfreien Außenwirkung bestimmt. Dies mit der Bedeutung der Telekommunikation zu erklären, ist möglicherweise ein Schlüssel zum Verständnis der Mehrheitsgewinnung, bleibt aber verkürzt, allzu videologisch. Die Umkehrung von Baudrillard, nicht die Medien, sondern vielmehr *"die unförmigen, gleichgültigen Massen"* seien es, *"die der politischen Macht eine Neutralisierung aufzwingen, welche die Medien möglich machen"* (FAZ, 21.4.94), könnte bei dieser Betrachtungsweise genauso stimmen. Nicht wenige Kommentatoren wollten nach der Wahl die *"sauertöpfischen"* (Werner Raith), medienunwirksamen Gesichter von Occhetto und Martinazzoli (PPI) für die Niederlage der Linken und Christdemokraten verantwortlich machen. Was ist das anderes als die Forderung, auch die Linke sollte sich den Politprodukterwartungen der SeherInnen anpassen?

So steht die Frage aber nur, wenn die Politik von ihrem Inhalt abgetrennt wird. Die Sauertöpfe standen im Prinzip für das gleiche Politikangebot. Berlusconi mußte erfolgreicher abschneiden, selbst wenn seine Konkurrenten ununterbrochen gestrahlt hätten, weil er glaubwürdiger für den Erfolg dessen stand, was allen gemeinsam war: das Wohl der Nation und des Standorts Italien auf der Basis einer liberalen Wirtschaftspolitik.

Das erste Problem besteht also in der inhaltlichen Angleichung von Regierung und Opposition bzw. umgekehrt (daran könnte i.ü. in Deutschland auch Scharping scheitern). Es gibt in den kapitalistischen Ländern praktisch keine politische Bewegung und parteipolitische Kraft als Alternative zur ungestümen Durchsetzung des Wirtschaftsliberalismus. Die bestehenden Angebote sind Kapitalismus plus oder minus etwas sozialer Abfederung.

Das zweite Problem ist etwas komplizierter und bedarf eingehenderer Analysen. Wenn Modernisierung, Erfolg, der Warenerwerb und Konsum praktisch die einzig durchgesetzten Inhalte von Leben im Kapitalismus sind, dann bleibt auch der Politik keine andere Aufgabe, als demgemäß als Ware verkauft zu werden. Da die Nachfrage nach einer Alternative zum Kapitalismus derzeit gegen Null tendiert, drängen die politischen Parteien zur Herstellung der Politware, die die Konsumenten kaufen wollen. Das Überangebot an gleichen Waren macht die Vielfalt der Parteien überflüssig, die eine große Volkspartei ist die Haupttendenz. Deshalb ist in Westeuropa die Krise der Parteien auch noch nicht beendet. Zusätzlicher Platz ist auf diesem Politmarkt nur für exklusive Produkte à la Marco Pannella oder Sonderangebote, wie die PDS in Ostdeutschland.

Forza hat den demokratischen Trend wohl bislang am konsequentesten effektiviert. Acht Monate product consulting hat Berlusconi vorgeschaltet (1), ehe er seine Forza Ende Januar 1994 auf den Markt warf. Übernommen hat er das Marketing-Verfahren von "focus groups" aus den USA, die bereits die Wahlsiege von George Bush und Bill Clinton im letzten Jahr gemanaged haben. Umgesetzt wurde es durch Verkäuferschulung, acht Supervisionsgruppen für seine ausgesuchte zukünftige Elite, die unter Anleitung eines Psychologen gearbeitet haben. Verkauft wurde das Produkt via Fernsehen, auf Verkaufsveranstaltungen der 14.000 Forza-Clubs und mit Werbespots, die National- und Heimatgefühl ansprachen. Vermittelt wurde das Identitätsgefühl aus Fußballstadien, in denen die Heimmannschaft siegt. Der Slogan "Forza Italia" ist nicht von ungefähr der Schlachtruf der italienischen Fußballfans.

Ganz neu ist diese Entwicklung bürgerlicher und parlamentarischer Demokratie nicht, wohl aber modernisiert, zugeschnitten auf die modernen Kommunikationstechniken. Die klassische Parlamentarische Demokratie, der Meinungsstreit, die Mehrheitsbildung zwischen verschiedenen Richtungsparteien, wird aufgrund der kapitalistischen Entwicklung nivelliert, drängt immer mehr zur Demokratur und tendiert zu Effektivierung und Vereinfachung politischer Herrschaft, damit aber auch zu autoritäreren Formen ihrer Durchsetzung. Die moderne Telekommunikation scheint für diese Entwicklung die ideale Technologie. Ihre Technik der Massenbeeinflussung wußten bereits die deutschen Nationalsozialisten ebenso wie die italienischen Faschisten zu schätzen. Nicht nur, daß deren Massenaufmärsche und Führerreden identitätsstiftend wirkten; die neuen Medien Rundfunk und das Kino wurden für sie zu Mitteln, deren Wirkung zu verstärken. Nicht die von den Linken erhofften Möglichkeiten zur "Volksaufklärung", sondern Suggestion und Propaganda dominierten.

Allerdings funktioniert das nicht beliebig. In Polen und Jugoslawien sind ähnliche Versuche, Politik zu verkaufen, gescheitert. André Tyminski und Milan Panic, jugoslawischer Unternehmer aus den USA, sind als "Berlusconis" in Osteuropa vermutlich deswegen durchgefallen, weil sie für ein unseriöses Produkt kandidiert haben: die Hoffnung auf eine Zukunft, die – anders als derzeit noch im Westen – in der Gegenwart der Bevölkerung der meisten osteuropäischen Staaten keine Entsprechung findet. Ein Berlusconi vergleichbarer Blitzstart Ross Perots in den USA hat zwar erheblichen Erfolg einheimsen können. Er ist aber am besseren Gegenprodukt Bill Clinton und seiner Politikvermarktung und an der Restsubstanz amerikanischer Parteiendemokratie gescheitert.

Doch reichen diese Erfahrungen aus, Politik nur noch als Spektakel, als Inszenierung von Spielen zu erwarten? Diese Prognose könnte nur aufgehen, wenn sich diese Spiele in immer kürzeren Zeitabständen wiederholen würden. Genau das aber wird nicht der Fall sein, weil es nicht ums Spiel geht, sondern um politische Herrschaft, die Organisierung des Staates, das Funktionieren der Wirtschaft. Der Schauspieler Ronald Reagan war sicherlich ein Medienereignis, nur zur Gewährleistung der Einschaltquoten mußte er, bzw. vor allem sein Stab, die US-Politik zum Erfolg führen. Berlusconi hat mit seinem Club AC Milano nicht nur einen großen Fußballclub erworben, der die Massen bei Laune hält, sondern das nötige Geld und das Rezept gefunden, um zu siegen. Was mit einem Lokalclub im italienischen Fußball möglich ist – über einen langen Zeitraum erfolgreich zu sein –, wird ihm in der Politik kaum gelingen. Die Erfolge des AC Milano mag man ihm in Rom und Turin neiden, sie sind aber trotz allem nationale Erfolge, auf die die meisten Italiener stolz sind. Daß Italien vergleichsweise erfolgreich in der Politik und Wirtschaft sein wird, ist kaum zu erwarten. Und über deutsche oder japanische Erfolge läßt sich schwerlich italienischer Nationalstolz herstellen. Die Inszenierungen mögen für den Wahlkampf und die Mehrheitsgewinnung reichen, für mehr nicht.

Die Aufgabe des Politikers Berlusconi wird sein, nicht nur Sieger, sondern zunehmend Verlierer in seinen Staat zu zwingen, damit sie ihm die Treue halten. Gerade diese Aufgabe läßt angesichts des Agierens und der Inhalte des Rechtsbündnisses "eine neue Inkubationszeit des Faschismus" (Giuseppe Dosetti, Zeit, 8.4.94) so wahrscheinlich werden (2), die Wirkung der Spiele läßt in der realen Politik allzu schnell nach. Herrschaft aber, die die Interessen neu organisieren will, braucht Stabilität und nicht ständiges Spektakel.

Hoffnung bleibt, daß in Italien die antifaschistische Substanz anderen Widerstand als hierzulande wachsen läßt. Aber das ist angesichts des Wahlergebnisses, des geringen Widerstands und einer domestizierten und domestizierenden Linkspartei wie der PDS nichts weiter als eine Hoffnung.

Heiner Möller

Anmerkungen:

1) Der "Spiegel" (4.4.94) berichtet, daß die Planungen Berlusconis für seine "Forza Italia" bereits im Juni 1993 begannen.

2) Auch wenn ich mir der Schwäche des Faschismusbegriffs bewußt bin, weil er überwiegend historische Analogien weckt: ich halte ihn für angemessen, zumal auch seine als archaisch abgetanen Seiten wieder aktuell sind. Die Aufgabe der Analyse ist es, seine moderne Entwicklung schärfer herauszuarbeiten.

Italiens Rechte: In bewußter Tradition des Faschismus

Geschichte wiederholt sich nicht, höchstens als Farce. Wohl wahr.

Handlungsfähigkeit wollte der, vom König mit Unterstützung des Papstes und der Industrie nach dem operettenhaft inszenierten "Marsch auf Rom", 1922 zum Regierungschef ernannte Benito Mussolini beweisen, als er – dessen faschistische Partei nur 35 von mehr als 400 Sitzen innehatte – in gerade einmal sieben Stunden eine Koalitionsregierung bildete, in der seine faschistische Partei nur wenige Minister, vor allem aber Staatssekretäre stellte. "Cavalliere" Berlusconi wollte ein Zeichen für das "neue Italien" setzen und es ihm an Führungsfähigkeit gleich tun. Er brauchte allerdings sieben Wochen zur Regierungsbildung.

"Nur ein Feind, der seit langen Nächten an etwas Diabolisches gedacht hätte, konnte dieses Verbrechen ausführen" (1) klagte Mussolini 1924, als eine faschistische Mörderbande seinen wichtigsten parlamentarischen Gegenspieler, den sozialistischen Abgeordneten Matteotti, ermordet hatte und damit ihren Chef an den Rand des Sturzes brachte. – *"Das sind meine ärgsten Feinde"*, stöhnte MSI-Führer Gianfranco Fini, als 300 Nazis, Skins und Faschisten unter Hakenkreuzen und Rufen *"Der Faschismus hat gewonnen"*, *"Wir sind die Herren Italiens"* Mitte Mai 1994 durch Vicenza zogen, ihren Chef mißverstehend, weil sie keine Historiker lesen und deswegen den feinsinnigen Unterschied Ernst Noltes und seines italienischen Kollegen Renzo de Felice zwischen "konstitutionellem" und "totalitärem Faschismus" nicht begriffen haben.

Mit einer Wahlrechtsänderung sollten 1924 klarere Verhältnisse geschaffen werden: die führende Partei, die mehr als 25% der Stimmen erhält, sollte zwei Drittel der Sitze bekommen. Fast hätte Mussolini diese Hilfe nicht gebraucht: die von seinen Faschisten geführte Listenverbindung erhielt mit Gewalt und Wahlfälschungen 64% der Stimmen. Der "konstitutionelle Faschismus" war auf dem Durchmarsch. – Eine Wahlrechtsänderung sollte im Referendum 1993 das "neue Italien" auf den Weg bringen. Der DC-Dissident Mario Segni einte die "Linke" von Grünen, Rete bis PDS unter dieser Fahne. Sie putzten die Klinken und führten das Referendum zu einem grandiosen Sieg. Das alte Parteiensystem, die "partitocrazia" zerfiel, das neue – zu drei Vierteln Mehrheits- – Wahlrecht bescherte dem rechten "polo della libertà" mit 43% Wählerstimmen die absolute Mehrheit von ca. 60% der Sitze.

Wie gesagt, Wiederholung als Farce, und danach? Im folgenden soll also nicht Geschichtswiederholung versucht, sondern die Spuren des Anknüpfens der neuen Rechtsallianz am Faschismus und die Geschichtsrevisionsdebatte untersucht werden.

MSI und Alleanza Nazionale

Tausende Anhänger des faschistischen MSI zogen am Wahlabend des 28. März mit "Duce, Duce"-Rufen und dem römischen Caesaren-Gruß, zum Teil in Schwarzhemden durch Rom, um den Wahlerfolg der Alleanza Nazionale zu feiern.

Gegen den Augenschein postulieren dagegen sowohl der AN-Führer und Zögling des MSI-Gründers Almirante, Gianfranco Fini, als auch Berlusconi, AN sei nicht faschistisch. Fini selber nennt sich *"postfaschistisch"*. Den Satz über Mussolini aus einem Interview in "La Stampa", *"ich würde noch heute sagen, daß er der größte Staatsmann des Jahrhunderts ist"*, versteht er genauso. Aber was heißt schon "postfa-

schistisch"? Daß früher früher war, Mussolini vergangen ist, aber man in seiner Tradition weiterarbeitet. Fini hat diesen Satz im übrigen wenige Tage *vor* der Parlamentswahl vom 28. März gesagt (vgl. dazu: FR, 24.3.94), so wie sein Parteikumpan Pino Rauti vorher erklärte: *"Die beste Medizin gegen die Wirtschaftskrise ist immer noch das Korporativsystem, das Mussolini eingeführt hat"* (zitiert in: Die Woche, 7.4.94). Faschist Fini wußte, daß viele Italiener sich an den terroristischen Faschismus erinnern, als er sich nach seinem Wahlerfolg genötigt sah, die Verlierer zu beruhigen: *"Diejenigen, die uns nicht gewählt haben, haben nichts zu befürchten"* (2).

Daß der MSI sich in der Nachfolge der faschistischen Republik von Salò, dem deutschen Marionettenregime Mussolinis von 1943-1945, versteht, hat die Partei nie verschwiegen. Daß Fini noch im Oktober 1992 mit dem römischen Gruß salutierend vor 50.000 MSI-Anhängern gefilmt wurde, desgleichen. Mit den Kommunalwahlen 1993 erprobte der MSI erstmals – erfolgreich – die "postfaschistische" Modernisierung. Anfang 1994 wurde zur Herstellung von mehr Reputierlichkeit das altfaschistische Image durch die Gründung der AN aufpoliert, deren Kern der nicht aufgelöste MSI ist. Zweck der Übung war zudem, übergelaufenen Christdemokraten und "unabhängigen Rechten" eine gemeinsame Plattform zu bieten.

Fünf von 26 Ministern sowie 12 von 38 Staatssekretären gehören der AN an. Postminister und stellvertretender Ministerpräsident wurde der Fini-Vertraute Tatarella. Über ihn beaufsichtigt AN künftig das staatliche (die drei Sender des RAI) und private Fernsehen (u.a. die drei Sender Berlusconis). Umweltminister wurde Altero Matteoli, Landwirtschaftsministerin Adriana Poli Bortone – diese drei sind MSI-Mitglieder. Der AN, aber nicht dem MSI, gehören an der Transportminister Publio Fiori und Domenico Fisichella als Minister für den Schutz der Kulturgüter. Er unterstützt den AN-Vorschlag, den 24. Mai zum "Tag des Vaterlands" zu erklären. An diesem Tag trat Italien 1915 an der Seite Frankreichs und Großbritanniens in den Ersten Weltkrieg ein, vornehmlich, um die italienischsprachigen Gebiete des Habsburger Reiches zu erobern. Propagandist der Interventionisten: der damalige Sozialist Benito Mussolini.

Am 22. April forderte der AN-Abgeordnete Mirko Tremaglia (von Fini als Außenminister vorgeschlagen, wegen zu starker Kompromittierung von Berlusconi/Bossi abgelehnt), den 1975 mit Jugoslawien geschlossenen Vertrag von Osimo zu revidieren. Der Vertrag regelt, daß die umstrittene Nachkriegsregion um das "freie Territorium" im Grenzgebiet von Italien zu Jugoslawien, das 1954 in eine Zone A (Triest) unter alliierter Kontrolle und eine Zone B (Istrien) unter jugoslawischer Kontrolle aufgeteilt worden war, den beiden Ländern zugeschlagen wird. Triest wurde italienisch, Istrien, aus dem über 300.000 Italiener geflüchtet waren, wurde jugoslawisch. Noch im November 1992 hatte Fini persönlich eine Propagandaaktion unternommen. Von einem Schiff aus wurden Hunderte Flaschen in italienischen Farben in jugoslawische Gewässer geworfen. Flaschenbotschaft: Revision der ungerechten Grenzen, die Italien vom *"römischen, venezianischen und italienischen Boden"* trennten, *"Istrien, Dalmatien und Fiume – wir werden zurückkehren"*. Der Bürgermeister von Triest, der linksliberale Industrielle Illy, steht seit seinem knappen Wahlsieg über den rechten Gegenkandidaten (52:48%) im letzten Jahr unter dem Vorwurf des "Hochverrats" seitens der Rechten, weil er auf slowenisch um Wähler der Minderheit in der Stadt geworben hat.

Um Alleingänge einzelner MSIler handelt es sich nicht. Im 1994er Wahlprogramm der AN wird die Revision des Vertrages von Osimo ebenso gefordert, wie die des Friedensvertrags von 1947: *"Nach der deutschen Wiedervereinigung muß die italienische kommen, mit der Rückkehr von Istrien, Fiume und Dalmatien nach Italien."*

Am 27. April brachte die Fraktion der AN einen Antrag im Parlament ein, den Verfassungsartikel aus dem Jahre 1945 zu streichen, der die Wiedergründung der faschistischen Partei Mussolinis verbietet. Antragsteller war der Abgeordnete Trantino, Staatssekretär im Außenministerium. Fini veranlaßte die Rücknahme des Antrags und erklärte den Vorgang mit einem "Versehen": der Antrag sei automatisch seit 1977 immer wieder gestellt worden.

Ende Mai forderte der AN-Kandidat für die Europawahlen, Piero Busaroli, Homosexuelle ins Konzentrationslager zu schicken. Die MSI-Zeitung "Il Secolo" verteidigte ihn gegen öffentliche Kritik: *"Wenn Homosexualität ein Recht sei, dann müßten auch Vergewaltigung, Inzest und Bestialität als legal gelten."* Neben Busaroli kandidiert Pino Rauti für das EP. Der Altfaschist Rauti ist Gründer der faschistischen Schlägerbande "Ordine Nuovo". Weiterer EP-Kandidat: Massimo Abbatangelo, der 1991 für einen Bombenanschlag auf den Schnellzug nach Mailand zu lebenslanger Haft verurteilt worden war. Ein Revisionsgericht sprach ihn aus Mangel an Beweisen frei.

Seine ideologischen Wurzeln machte Fini Anfang Juni sehr deutlich beim Clinton-Besuch aus Anlaß der Landung der Alliierten des Zweiten Weltkriegs in Italien. Die Befreiung Europas vom Faschismus habe *"zum Verlust der kulturellen Identität in Europa geführt"*, da *"die amerikanische Kultur, nach Europa transferiert, eine Menge Probleme gebracht hat."* Mit Berlusconi, mit dem er sich eine gemeinsame Partei vorstellen könne, verbinde ihn eine *"antikommunistische Kultur"*. Nach dem Untergang des Kommunismus sei er kein Faschist mehr, weil der Kampf gegen dessen Bedrohung der Freiheit nicht mehr nötig sei. Eine positive Bewertung des Faschismus bis 1938, *"bis zur Unterzeichnung der Gesetze gegen die Juden"*, hält er für möglich.

Irene Pivetti und Lega Nord

Die neue Parlamentspräsidentin Irene Pivetti von der Lega Nord ist katholische Fundamentalistin (Anhängerin des Kardinal Ratzinger). *"Deine Seele für Gott, deine Stimme für Bossi"*, hatte sie diesen im Wahlkampf unterstützt. *"In diesem Jahrhundert hat nur Mussolini wirklich etwas für Frauen und Familie getan"*, ließ die *"zierliche Streiterin mit dem wilden Haarhelm"* (FAZ) verlauten, um ganz *"katholisch in der Mitten"* (FAZ) ein vierhundert Jahre altes Bild mit einer nackten Venus aus ihrem Büro entfernen zu lassen. *"Was ist schlimm daran zu sagen, daß die Juden in der Finanz- und Informationswelt zahlreich und mächtig sind"*, sprach sie in einem Land, das angeblich kaum Antisemitismus kannte.

Und dessen Lega Nord angeblich gar nicht rassistisch sondern nur ökonomisch-chauvinistisch ist. Es stimmt, daß sie ihre "terroni"-raus-Forderungen moderater vorträgt. Der Wechsel vom Lega-Rassisus gegen die Süditaliener hin zu Bossis Polemiken gegen Multikultur und gegen Einwanderung reproduziert den gesellschaftlichen Rassismus, der sich in der quasi Nullreaktion auf die Bilder vom brutalen Vorgehen der staatlichen Streitkräfte gegen Zehntausende albanische Flüchtlinge in den Häfen von Bari und Brindisi ebenso dokumentierte, wie das Schweigen zu Angriffen auf Lager von Roma und Sinti. In der Wahlkampfforderung nach Einwanderungsstop treffen sich die Lega und die AN inhaltlich. Auch der Antisemitismus ist Italien nicht fremd, wie die Verwüstung jüdischer Friedhöfe (u.a. in Livorno, Verona, Florenz und Rom) zeigt.

Was von Bossis "mit den Faschisten nie" nach der Wahl zu halten ist, hat die Regierungsbildung gezeigt: mit dem Zentralisten Fini einigte sich der Sezessionist auf die Formel eines föderalistischen Italien mit einem starken, zentralistischen Präsidenten. Das steht durchaus in Einklang mit dem neuen Lega-Konzept eines durchgesetzten Wirtschaftsliberalismus, regionaler Autonomie und eines starken Staates für die Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik. Im letzten Jahr hatte schon die leganahe-Zeitung "L'Indipendente" der Duce-Enkelin Alessandra Mussolini von der MSI eine Kolumne zur Verfügung gestellt.

Berlusconi und Forza Italia

Gegenüber der "Washington Post" hat Berlusconi kurz vor Clintons Besuch versucht, sein Mussolini-Bild vorzustellen. Mussolini habe *"eine Zeitlang gute Dinge vollbracht, eine von der Geschichte bestätigte Tatsache"*. Erst später habe er die Italiener *"der Freiheit beraubt und das Land in den Krieg geführt. Deswegen ist das Gesamturteil eine Verurteilung."*

Der Showmaster einer Fernsehshow in einem von Berlusconis Fernsehsendern, Vittorio Sgarbi, war vom "Cavalliere" als Minister für Kulturgüter ausgewählt worden. Er hatte abgelehnt, nicht ohne zuvor den früheren Futuristen Giuseppe Bottai, zweiter Erziehungsminister unter Mussolini, zum *"fähigsten Kulturminister Italiens"* zu erklären.

25. April und Revisionismus

Auch in Italien hat sich mit Macht ein "Historikerstreit" entwickelt. Mussolinis erster Erziehungsminister, der Philosoph Giovanni Gentile, mussolinistischer Faschist selbst noch in der Republik von Salò nach 1943, wird auf einem Kongreß seriöser Historiker als *"liberaler Faschist"* und großer Denker gewürdigt. Gentile hatte zusammen mit Mussolini 1932 die "Dottrina del fascismo" verfaßt. Die "rechte Kulturrevolution" hat Angelo Bolaffi in der FAZ (8.6.94) gewürdigt. Das Kulturmonopol der Linken, *"das ihr durch die historische Niederlage des Faschismus zugefallen war"*, sei nach der Niederlage des Kommunismus am Ende. Im wesentlichen sei *"die große Kultur des zwanzigsten Jahrhunderts eine rechte Kultur gewesen: von Heidegger bis Jünger, von Céline bis Pound, von Eliot bis Yeats, und, warum nicht, Gentile."* Vier der sieben aufgezählten waren Faschisten.

In die Schußlinie gerät der Antifaschismus, der in Italien konstitutiv für die Erste (Nachkriegs-) Republik war, weil es anders als in Deutschland eine organisierte "Resistenza", einen relevanten Antifaschismus und ihn repräsentierende Parteien gab. Sie trugen die Republik, sind aber mittlerweile weitgehend diskreditiert: nicht nur die zerfallenen Parteien DC und die Craxi-PSI, sondern immer stärker auch die PCI/PDS. Letztere, obwohl sie immer nur Opposition war, aber eben niemals fundamentale, sondern immer und mit zunehmender Tendenz staatstragende, integrale Opposition, bereit, die Regierungsverantwortung für die Republik zu übernehmen. Die Bereitschaft von PDS und der Linken, die vermeintliche Säuberung der Demokratie von Mafia, Korruption und Bestechlichkeit mitzutragen, kehrt sich zunehmend gegen sie. Die Mehrzahl der Italiener hat bei dieser Wahl überdeutlich gemacht, daß es ihnen nicht um "saubere Demokratie", sondern finanziellen Vorteil, erhofften Wohlstand, nationale Versprechungen gegangen ist. Dafür steht Berlusconi, bekannt als skrupelloser Unternehmer, P 2 (Geheimlogen)-Mitglied, Vorteilnehmer von Craxi-Begünstigungen und was da für Verfilzungen mehr mit dem alten System aufzuzählen wären.

Und die intellektuellen Profiteure der "linken" Nachkriegskultur, bis tief in die Reihen ehemaliger PCI-Anhänger, wenden sich nach rechts. Marco Pannella von der früheren "Partito radicale" dürfte dabei den neuen Trend nur überspitzen, wenn er heute vom *"faschistoiden Antifaschismus"* (3) spricht. Der gepflegte links-rechtsintellektuelle Dialog entdeckt Gentile und das Gute am Faschismus. Verfänglicher ist da schon der Aufruf von Franceso Alberoni, in welchem Geiste der 25. April, der Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, zu begehen sei: *"Das zwanzigste Jahrhundert wurde beherrscht von Kriegen, von Fanatismus und Totalitarismus. Nicht nur vom italienischen Faschismus, sondern auch vom deutschen Nationalsozialismus und vom sowjetischen Kommunismus."* (Corriere della sera, 18.4.94 (4))

Entsprechend waren die Auseinandersetzungen im Vorfeld des 25. April. Das Fernsehen setzte faschistische und antifaschistische Taten gleich. Der Jahrestag der Erschießung von wahllos zusammengesuchten 335 Geiseln am 24. März 1944 durch SS-Obersturmbannführer Kappler mit Unterstützung italienischer Faschisten, eine Vergeltung für einen Bombenanschlag der kommunistischen "Resistenza" auf eine italienische Polizeikompanie in deutschen Uniformen, führte bereits zu einer "ausgewogenen" Diskussion um das Verabscheuungswürdige beider Taten. Die Bilder von der 1945 an den Füßen aufgehängten, in Mailand zur Schau gestellten Leiche Mussolinis, riefen erregte Diskussionen hervor. Almirantes Witwe Assunta, "Betreuerin" Finis nach dem Tod des MSI-Gründers, forderte: *"Jetzt ist es an der Linken, mea culpa zu sagen... Was wir da gesehen haben, ...ist eines zivilisierten Volkes unwürdig."* Und: *"Ich erinnere mich weder an Schreckenstaten noch an Terror unter Mussolini"* (Corriere della sera, 7.4. (2)).

Im Vorfeld des 25. April rief Staatspräsident Scalfaro dazu auf, die historische Wahrheit mit der "Eintracht des Volkes zu versöhnen". "Versöhnung" wurde das Schlüsselwort des gemäßigten Revisionismus. *"Der 25. April darf Italien nicht länger spalten. Er kann nicht nur der Tag der Antifaschisten sein. Aller Opfer muß gedacht werden, alle Toten geehrt werden"*, lautet die Formel. Ähnlichkeiten zu Helmut Kohls Bemühungen um eine vergleichbare Inschrift der neuen Wache in Berlin sind nicht zufällig. Für die Faschisten, die schon seit längerem fordern, *"aller Toten der Kriege unseres Jahrhunderts zu gedenken"*, war dies das willkommene Stichwort. Die "Fronte della Gioventu" des MSI ließ Plakate unter der Überschrift *"Nicht mehr hassen"* kleben, auf denen zwei Briefe von zum Tode Verurteilten abgedruckt waren: der eines Partisanen und eines Mussolini-Anhängers. Fini gedachte am 25. April in der römischen Kirche Santa Maria degli Angeli "aller Gefallenen", Berlusconi ließ in der Privatkapelle seiner Villa für den gleichen Zweck eine Messe abhalten.

Zwar habe der nationale Partisanenverband Anpi immer noch erheblichen politischen Einfluß auf das Gedenken, doch *"spüren dessen Mitglieder freilich biologische Grenzen"*, ersehnt der Italienschreiber der FAZ, Heinz-Joachim Fischer, das "natürliche" Ende des Antifaschismus. Doch am diesjährigen 25. April hat es noch nicht funktioniert. 300.000 auf der zentralen Kundgebung in Mailand und Zigtausende im ganzen Land haben sich unter dem Eindruck des rechten Wahlerfolgs noch einmal zu einer deutlichen antifaschistischen Manifestation auf die Straße begeben. Versöhner hatten vor Ort schlechte Chancen. Doch sollte die Bereitschaft Widerstand zu leisten auch nicht überschätzt werden. Eine Hauptträgerin des bisherigen Antifaschismus, die PDS, war schon in diesem Jahr bereit einzuschwenken: *"Der 25. April muß der Tag aller sein, nicht nur der Linken. Keinesfalls darf es eine politische Demonstration gegen die (rechtmäßig gewählte) Regierung geben."* (5)

Mussolini und Antisemitismus

Daß Adolf die Leute in Arbeit gebracht und die Autobahnen gebaut hat, wußte in den fünfziger und sechziger Jahren jedes Kind und jeder Autofahrer zu schätzen. Der Preis interessierte nicht. Daß Mussolini dafür gesorgt hat, daß die Eisenbahnen pünktlich fahren, gilt heute als Modell für faschistische Modernisierungsleistungen. Wer erwähnt den Preis, die Auflösung der Bahnarbeitergewerkschaft, die Entlassung von 50.000 Angestellten, den Anstieg der Arbeitsunfälle, die Aufgabe der Eisenbahn als Beschäftigungsprojekt für Kriegsveteranen, fragt Professor Victoria de Grazia empört (Die Zeit, 27.5.94).

Nach diesem Muster läuft die Geschichtsrevision zur Gesundbetung des "liberalen Faschismus". Das Verfahren ist eine perverse Umdrehung von Bemühungen historischer Exaktheit bei der Bewertung der Unterschiede zwischen Faschismus und Nationalsozialismus und dessen Besonderheit. Hiesige Revisionisten sind mehr als interessiert. Als Beleg für das Bessere am Faschismus muß vor allem die Behauptung herhalten, es habe in Italien so gut wie keinen Antisemitismus gegeben. Selbst in der "Junge Welt" (25.5.94) rezipiert Klaus Bittermann in einer Buchrezension die Tatsache, daß es den Deutschen in

Italien nicht gelang, ihr Programm der "Endlösung" Deutschland und anderen Ländern vergleichbar zu realisieren. Bittermann kommt zu dem Schluß, daß *"es kaum einen italienischen Juden gab"*, der nicht von italienischer *"Wurstigkeit und Menschlichkeit"* und des Duce Unwillen profitierte. *"Nicht daß die Italiener Engel gewesen wären, auch bei ihnen gab es antijüdische Gesetze"*, weiß er. Das ist nur die halbe Wahrheit. 1938 wurden die deutschen "Rassengesetze" vom faschistischen Regime übernommen. Ab August 1942 wies Mussolini die Auslieferung der Juden an ("nulla osta", keine Einwände, versah er entsprechende Begehren (6)). Raoul Hilberg schreibt: *"Im besetzten Teil Italiens wurden zwar nur etwa ein Fünftel der mehr als 40.000 dort lebenden Juden gefaßt, aber mehrere Tausend von ihnen gingen auf das Konto italienischer Häscher."* (7)

Professor de Grazia betont: *"Wenn die Juden den Fangnetzen des von den Nazis besetzten Italien entkamen, so war dies nicht wegen der Nachsichtigkeit der (faschistischen) Partei, sondern weil die italienische Armee nicht mitmachte, das einfache Volk Mitmenschlichkeit zeigte und weil die katholische Kirche ihnen Asyl gewährte."* Diese Unterschiede sollten die linke Faschismusdiskussion bestimmen: nicht nur, daß die Bereitschaft zur konsequenten Durchsetzung im deutschen Nationalsozialismus ausgeprägter und planvoller – eben deutscher – bei dessen Trägern war, sondern auch, daß nicht die Menschlichkeit eines Mussolini, sondern die vieler Italiener verhinderten, daß der "totalitäre Faschismus" (Nolte) in Italien deswegen nie total werden konnte, weil sich große Teile der Bevölkerung nicht bedingungslos unterwarfen. Das war die Basis für eine in der Bevölkerung getragene antifaschistische Befreiung, die in Deutschland immer marginal blieb, und läßt für Italien hoffen.

Nolte: Italien ist Avantgarde

Den "kleinen Unterschied" beschrieb Faschistenfreund Fischer vor einem knappen Jahr in der FAZ aus Anlaß der alliierten Besetzung Süditaliens, durchaus verächtlich gemeint: *"Die italienischen Offiziere berichten immer noch voller Verwunderung von den jungen deutschen Soldaten, die bei Syrakus und Augusta im Südosten der Mittelmeerinsel und bei Nicosia am Ätna-Vulkan mit ihren Maschinengewehren ausgeharrt hätten, wo man es ihnen zur Verteidigung des Deutschen Reiches und zur Ehre des 'Führers' befohlen hatte, während sie selbst schon eilig auf dem Heimweg waren – tutti a casa, alle nach Hause, lautete die Parole –, weil es angesichts der alliierten Übermacht riskant war, Widerstand zu leisten."* (FAZ, 24.7.93)

Nicht die Ehrenrettung der Italiener, sondern die des Systems steht in der Absicht der Revisionisten. Wenn der "relativ gute" Mussolini bis 1938 entdeckt wird, wird nicht nur der faschistische Terror bei der Zerschlagung der italienischen Arbeiterbewegung "vergessen" – ca. 3.000 Tote Antifaschisten bis 1922; allein im ersten Halbjahr 1921 zerstörten die Faschisten 85 landwirtschaftliche Genossenschaften, 59 Arbeiterkammern, 43 Landarbeitergewerkschaften, 25 Volkshäuser und zahlreiche Druckereien und Zeitungen (8) –, sondern auch die innen- und außenpoltische Militarisierung, die Tatsache, daß an der Wiege des Faschismus territoriale, imperiale und koloniale Expansion stand, begleitet von einem Rassismus in den Kolonien und zunehmend im Inland, der in den antisemitischen Gesetzen kulminierte: die militärische Eroberung von Fiume (heute das kroatische Rijeka) unter Führung des von Mussolini bewunderten Dichters Gabriele d'Annunzio 1919 gegen die *"Horden geschichtsloser Slawen"*, die Unterdrückungspolitik gegen die "slawische" Minderheit im Nordosten des Landes; die Besatzungspolitik in Libyen und die Konzentrationslager gegen Aufständische seit 1930; der brutale "Abessinienkrieg" 1935, jene "nationale Heldentat", bei der die hochausgerüstete italienische Kolonialarmee mit Brandbomben und Giftgas mordete und Äthiopien unterwarf; die Besetzung Albaniens 1939, der Krieg gegen Jugoslawien 1941, an der Seite des in Italien aufgezogenen kroatischen Ustascha-Führers Ante Pavelic.

Der italienische Revisionismus hat ältere Wurzeln. Eine Historikerschule um den renommierten konservativen Faschismusforscher Renzo de Felice (Autor einer vierbändigen Mussolinibiographie) bemüht sich seit mehr als zwanzig Jahren mit Erfolg um die Herausarbeitung der positiven "Rationalisierungs- und Modernisierungsleistungen" des Faschismus. Die Linke hat er zu neutralisieren versucht, in dem er den Faschismus als "Linkstotalitarismus" vom "Rechtstotalitarismus" des NS abzusetzen versuchte. De Felice behauptet, der Faschismus sei "nicht rassistisch und rückwärtsgewandt wie der deutsche Nationalsozialismus". Daß auch der italienische Faschismus auf außenpolitischer Expansion, Militarisierung der Gesellschaft, Terror, Mythenbildung (der "Mythos Rom"), Vaterland, bäuerlicher Romantik und reaktionärer Familienpolitik aufgebaut war, fällt dabei unter den Tisch.

Insbesondere der Versuch, den Korporativismus des Duce-Staates positiv zu besetzen, zeigt die Neigung rechter Politiker in Italien zum autoritären Staat. Der korporative Staat Mussolinis hieß: Zerschlagung der Gewerkschaften zugunsten der faschistischen Gewerkschaften, Streikverbot, sowie eine faschistische Gesetzgebung, die den Duce als "Capo del governo" zum Herren über Exekutive, Legislative und die Rechtsprechung machte. Es scheint jener faschistische Führerstaat zu sein, der den deutschen Vater des "Historikerstreits", Ernst Nolte, zu der Aussage veranlaßte, daß "Italien Avantgarde", "der Wind von rechts eine sehr gesunde Erscheinung" sei. Seine Hoffnung ist, daß die AN von Fini in der Tradition "des konstitutionellen Faschismus" stehe. Denn: *"Ich halte es nicht von vornherein für verwerflich, wenn in bestimmten schwierigen Situationen die Regierung sagt: Wir wollen zwei Jahre mit Dekreten regieren, ohne daß das Parlament zu jeder Frage gefragt werden muß. Verwerflich wäre nur, wenn man sich nach zwei, höchstens drei Jahren, nicht dem Urteil des Volkes stellte."* (Interview in: Die Woche, 19.5.94)

Nolte steht in der positiven Rezeption der italienischen Rechtsentwicklung nicht allein. Heinz-Joachim Fischer, der in der FAZ seit fast zwei Jahren von den Faschisten der MSI als *"rechtsgerichtete Sozialbewegung"* schreibt, lobt den Regierungseinzug der AN in ein *"Mehrheitsbündnis der rechten Mitte"* als Fall *"des antifaschistischen Vorbehalts"*, als Bruch eines "Tabus des Vergangenheitserbes". *"Ob es gefällt oder nicht, eine Mehrheit der italienischen Wähler rückte von der reflexartigen Verurteilung des Faschismus ab und will unterscheiden zwischen dem Guten und dem Schlechten damals, in welchem Mischungsverhältnis auch immer."* Keine *"moralische Empörung"* könne sie mehr dazu bringen, *"rechte Ideen deshalb zu verdammen, weil deren Perversion unter bestimmten geschichtlichen Umständen Italien unter ein autoritäres Regime gebeugt und das Land in einem verhängnisvollen Bündnis mit Nazideutschland in die Niederlage geführt hat."* Denn, so Fischer: *"In Italien ist der Historikerstreit entschieden." "Vielleicht haben es die Italiener damit leichter, weil Mussolini kein Auschwitz veranstalten ließ."* (FAZ, 23.4.94) Und Nolte hofft: *"Nationale Versöhnung ist darum ein sinnvoller Begriff. In Deutschland sind ja ähnliche Bedingungen."*

Heiner Möller

Anmerkungen:

Alle Zitate ohne Quellenangabe sind der Presse der letzten drei Monate entnommen.

1) Zitiert in: Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, 1963 (Neuauflage 1984)

2) Zitiert bei Karl D. Bredthauer, Keine Angst sagen die Sieger, Blätter für deutsche und int. Politik 5/94

3) Zitiert nach: Die Woche, 28.4.94

4) Zitiert nach "ak" 366, 11.5.94

5) Zitiert nach SOZ, 5.5.94

6) Jonathan Steinberg, Deutsche, Italiener und Juden, Göttingen 1992

7) Raul Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer, Frankfurt, 1992

8) Francis L. Carsten, Der Aufstieg des Faschismus in Europa, Frankfurt 1968

Aspekte des italienischen Wahlergebnisses

Die Rechtswende der italienischen WählerInnen 1994 hatte sich schon bei den Kommunalwahlen 1993 angekündigt. Einen Sieg der Linken in Rom und Neapel zu behaupten, weil die faschistischen KandidatInnen Fini und Mussolini mit "nur" 47 bzw. 45% den Kandidaten der "Linken" unterlegen waren, war mehr als gewagt. Auf Seiten der Linken stand – mit Ausnahme des MSI – von Christdemokraten, ehemaligen Craxi-Sozialisten, über PDS bis Rifondazione comunista praktisch das gesamte alte Parteienspektrum, bzw. was davon übriggeblieben war. Auf Seiten der faschistischen Kandidaten nur der Medienunternehmer Berlusconi, der mit seiner öffentlichen Parteinahme für Fini seinen Einstieg in die Politik ankündigte.

Drei Lehren dürften Berlusconis und Finis nachfolgende Bündnisbemühungen in der Folgezeit bestimmt haben. Erstens: Modernisierte Faschisten sind zwar wählbar, weil sie aus der alten "partitocrazia" ausgeschlossen waren, aber nicht mehrheitsfähig auf gesamtitalienischer Ebene; zweitens: eine neue rechte Kraft muß her, die nichtfaschistische und nichtregionalistische Wähler anziehen kann; drittens: Bossis Lega Nord, die ihren Sezessionismus mittlerweile zugunsten eines Föderalismus abgeschwächt hatte, muß auf den Norden reduziert werden und ihre unangefochtene Führungsrolle im Lager der "Erneuerung" einbüßen. Zugleich wird die Lega gebraucht, weil sie am radikalsten für den Angriff auf das alte Parteienkartell steht.

Berlusconis Bündnispolitik befolgte diese Lehren erfolgreich. Im Januar 1994 wandelte sich der faschistische MSI in die "postfaschistische" "Alleanza Nazionale" (AN), erschien Berlusconis "Forza Italia" auf der politischen Bühne und begannen die Bündnisverhandlungen zwischen den drei Rechtsparteien, deren zwei, Forza und AN, von Beginn an gemeinsam vorgingen. Das neue Mehrheitswahlrecht gestattete Berlusconi, als Mittler zwischen den beiden "Extremen" unterschiedliche Bündnisse im Norden wie im Süden einzugehen. Entscheidend bei diesen Bündnissen war, daß seine Forza mit dem jeweiligen rechten Partner Lega oder MSI zusammengehen konnte, weil sie sich für beide bündnisfähig gemacht hatte, um so eine Stimmenmehrheit für den jeweiligen rechten Direktkandidaten zu erreichen. Ein Zusammengehen der Lega mit der MSI war vor der Wahl ausgeschlossen.

Die Rechnung ging auf; sie hatte allerdings nicht nur Forzas Mittlerrolle, sondern auch "Bescheidenheit" zur Voraussetzung. Forza überließ den beiden Partnern als Anreiz genügend Mandate, daß sie anbissen. Obwohl im "Polo della libertà" Forza mit 21% (AN: 13,5%, Lega 8,4%) deutlich stärkste Partei geworden ist, stellt sie in der Abgeordnetenkammer mit 101 Abgeordneten die schwächste Fraktion der 360 rechten Sitze (AN: 105, Lega: 118, die beiden Christableger: 36). Nach Verhältniswahl hätte Forza 176 Sitze, die Lega aber nur 70 bekommen. Dies erklärt auch die Rolle Bossis bei der Regierungsbildung: ohne ihn konnte eine Berlusconi-Mehrheit nicht zustandekommen, zugleich ist ein erheblicher Teil seiner Lega-Fraktion von Berlusconis Gnaden gewählt, die Lega müßte bei von ihr "verschuldeten" Neuwahlen Einbußen befürchten.

Die starke Stellung des Bündnisses Berlusconi/Fini kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Forza einen großen Teil der Protestwähler der Kommunalwahlen von der Lega angezogen hat, so daß Forza nicht nur gesamtitalienisch, sondern auch im Norden (Forza 23,5%, Lega 17%, PDS 17,7%) stärkste Kraft geworden ist. In Mailand sank der Lega-Anteil von 40% im Juni 1993 auf 16%. Forzas WählerInnen kamen zu 31% von der Lega, zu 30% von der Craxi-PSI, zu 25% von der DC, zu 13% von der Rete und zu 3% vom PDS. Der Lega ist damit in der Forza ihres Bündnispartners Berlusconi eine Konkurrenz entstanden, die ihren ungestümen Aufstieg gebremst hat. Das schränkt Bossis Spielraum zumindest ein.

In den südlichen Landesteilen hat Finis Alleanza ihre Stimmengewinne vor allem dem Niedergang der DC zu verdanken. Die ehemaligen DC-WählerInnen haben zur Hälfte die Nachfolge-Partei PPI (11,1%) und den Patto des DC-Dissidenten Segni (4,6%) gewählt. Die andere Hälfte hat zu 80% rechts gewählt (etwa gleich stark Forza und AN) und zu etwa 20% die linken Parteien der Progressisti.

Drei Details sollen noch erwähnt werden. Bedeutsamstes Anzeichen für eine mögliche Zukunft der Rechten sind die überdurchschnittlichen WählerInnenanteile aller drei Parteien bei Jugendlichen. Allein 27,5% der italienischen Jugendlichen hat Forza gewählt. Forza hat in Turin vier Wahlkreise der Linken gewonnen, darunter auch mit großer Mehrheit den rund um die berühmte FIAT-Fabrik Mirafiori gelegenen. Die Mehrheit der FIAT-Arbeiter hat Forza gewählt. AN gelang es, im mehrheitlich deutschsprachigen Trentino Alto Adige das Direktmandat in Bozen mit 32% (vor allem von den italienischsprachigen WählerInnen) zu gewinnen.

Auf gesamtitalienischer Ebene ist Forza in 12 der 26 regionalen Wahlkreise stärkste Partei geworden, die PDS in 7, AN in 5, die Lega und die Südtiroler Volkspartei in je einem; im Norden lag Forza in 8 der zehn Wahlkreise, in der Mitte die PDS viermal, AN dreimal und Forza einmal vorn; im Süden dreimal Forza, zweimal AN, dreimal PDS. Daß die PDS landesweit mit 20,4% fast so stark wie Forza abschnitt, erklärt sich aus hohen Wahlerfolgen um die 35% im "roten Gürtel" Emilia Romagna, Toscana und Umbria.

Die Wählerschaft der Linken ist konstant geblieben. Die PDS hat über 4%, Rifondazione 0,4% hinzugewonnen (6%). Die übrigen 9%, die der Linken zugerechnet werden, verteilen sich auf Grüne, Rete (deren Stimmanteile unverändert blieben), die Restsozialisten (die noch 2,2% nach 13,6% für Craxi erhielten) sowie die linken Christen.

43,7% für die Rechten stehen 34,4% für die Progressisti gegenüber. Die 15,7% für die Nachfolgeparteien der DC dürften eher für die Rechten als für die Progressisti zu gewinnen sein.

Große Wahlverlierer sind im übrigen die Parteien der "politischen Sauberkeit": sowohl die Rete von Orlando (1,9%) als auch der Patto Segnis, des vor allem von der Linken basisgestützten Referenden-Königs, könnten demnächst von der politischen Landschaft verschwinden. Gewinner der politischen Säuberungen des "tangentopoli" und der "mani pulite" waren die Rechten mit Saubermann Berlusconi und Faschist Fini an der Spitze. Auf Sizilien, der Hochburg des Bürgermeisters von Palermo, Orlando (Rete), trat Forza mit 35% die Nachfolge der DC an.

Ein aktueller Nachtrag zu den Europawahlen von Mitte Juni 1994. Der Rechtstrend ist bei traditionell hoher Wahlbeteiligung (über 80%) grandios bestätigt worden. Die Rechtsparteien haben zusammen mittlerweile 50% der Stimmen gewonnen, die Parteien der Progressisti haben 3%, die Parteien der "Mitte" 1% verloren. Interessant sind die Verschiebungen innerhalb des Rechtsbündnisses: AN (12,5%) und die Lega (6,6%) verloren je eine Million Stimmen, Forza (30,6%) gewann zwei Millionen Stimmen dazu.

hm.

Vorbild fürs Vaterland

Der 20. Juli und die neue deutsche Ideologie

Die NS-Beamten, die sich später zur Gruppe des 20. Juli zusammenschlossen, stimmten bis 1938 mit den außenpolitischen Vorstellungen der Nationalsozialisten überein. Der erste Akt des Widerstandes, der dem 20. Juli nachgesagt wird, war die Denkschrift des Generalstabchefs L. Beck, die am 5. Mai 1938 erschien und sich gegen Hitlers Aggressionspolitik wandte. Die spektakulärste Tat eines Widerstandes gegen Hitler, das Attentat im Hauptquartier "Wolfsschanze", scheiterte am 20. Juli 1944. Die kleine Gruppe, die diesen Putschversuch organisierte, gerät in den Mittelpunkt deutscher Geschichtsrevision, die seit dem Historikerstreit eine neue Qualität erreicht.

Der deutsche Staat stellt sich in die Tradition des 20. Juli und konstruiert sich damit eine saubere Vergangenheit und ein Krisenlösungsmodell für die Zukunft – Richard von Weizsäcker: *"So viele Menschen fragen heute wieder nach dem Sinn und Ziel für ihr Leben. Kein anderes Beispiel deutscher Geschichte dieses Jahrhunderts wie der 20. Juli 1944 bietet uns dafür die Maßstäbe. Die Menschen, an die wir uns heute erinnern, sie können uns mit ihren Gedanken und Zeugnissen, mit ihrem Leben und Tod helfen, uns selbst zu finden."* (1).

Nur die nationalsozialistische Vergangenheit unterscheidet die Bundesrepublik noch von ihren ökonomischen, politischen und militärischen Bündnispartnern. Ein bürgerlicher Widerstand, der nicht aus der Arbeiterbewegung stammt und daher nicht totalitarismusverdächtig scheint, drängt sich als historische Hilfskonstruktion geradezu auf. Seit Noltes Thesen im Historikerstreit vollzieht sich in der Erfindung einer genuinen deutschen Nationalgeschichte ein qualitativer Sprung. Die bisher nur relativierte Täter-Rolle Deutschlands verkehrt sich zu ihrem Gegenteil. Der deutsche Staat beweist seine moralische Integrität gegenüber dem Ausland durch eine eigene antifaschistische Vergangenheit, der sich alle Deutschen angeblich verbunden fühlen. Die Volksgemeinschaft transformiert sich in eine Opfergemeinschaft.

Die NS-Beamten des 20. Juli versuchten schon weiland das deutsche Volk vor Hitler zu retten; im geplanten Aufruf der Gruppe Stauffenberg an das deutsche Volk heißt es: *"Nicht vom deutschen Volke gerufen, sondern durch Intrigen schlimmster Art an die Spitze der Regierung gekommen, hat Hitler durch dämonische Künste und Lügen, durch ungeheuerliche Verschwendung, die allen Vorteile zu bringen schien, in Wahrheit uns aber in Schulden und Mangel stürzte, in unserem Volke Geister und Seelen verwirrt, ja selbst außerhalb Deutschlands verhängnisvolle Täuschung erzeugt."* (2) Die in sich heterogene Gruppe verfügte über keinerlei Basis in der deutschen Bevölkerung. Dies wird über die Einschätzung des 20. Juli in der unmittelbaren Nachkriegszeit bestätigt. Bis 1954, als Theodor Heuss in einer spektakulären Rede über das Widerstandsrecht des Bürgers dem 20. Juli huldigte, identifizierte sich die Volksgemeinschaft weiterhin mit dem treuen Wehrmachtsoldaten, verurteilte die "Verräter" und verschmähte deren "Opfer für Deutschland". Seit diesem Zeitpunkt wird nicht nur die Existenz eines anderen Deutschland behauptet, sondern sie auch noch beharrlich dem bürgerlichen Lager zugeordnet. Gräfin Dönhoff beschimpft in der "Zeit" vom 6. Mai 1994 die Alliierten, sie seien es gewesen, die die Deutschen daran gehindert hätten, ihren Widerstand zu erkennen und gebührend zu würdigen: *"So waren es danach die Alliierten, die dafür sorgten, daß der 20. Juli keinen Platz im Herzen der Bürger fand. Damals aber hätte das von den Siegern besetzte, verängstigte Volk eine Anerkennung deutschen Widerstandes durch die Alliierten gierig aufgegriffen, und den Hingerichteten wäre vermutlich die allgemeine Verehrung sicher gewesen. Auch hätte dies ein sehr geeignetes Thema für die 'Reeducation' sein können."* Die Gräfin geht sogar so weit, den Alliierten die Schuld am Scheitern des "patriotischen Widerstandes" zu geben, da sowohl die Engländer als auch die Amerikaner das Ganze nur als "Ausrottungskämpfe unter den Würdenträgern des Dritten Reiches" (ebenda) gesehen hätten. *"Vermutlich wollte Churchill nicht nur Hitler erledigen, sondern ein für allemal die Macht der Deutschen brechen"*. Die Deutschen bildeten also gar keine Volksgemeinschaft, sondern wurden von den Alliierten dazu gemacht! Daraus ergibt sich, daß die Alliierten genauso in deutscher Schuld stehen wie umgekehrt. Denn schon damals verweigerten sie den Deutschen, was ihnen genauso zustand wie allen anderen: ihren antifaschistischen Widerstand.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) geht in ihrer Kritik an der Landung der Alliierten noch offensiver vor: *"Gewiß, den Jazz haben die Amerikaner gebracht, die Befreier. Doch zuvor belegten sie Coutances als erste Stadt der Normandie mit Bomben. (...) Man erinnert sich auch wieder an die furchtbaren Zerstörungen, welche die Landung mit sich brachte."* (...) Das sei *"nicht anders als in deutschen Städten. Aber die Betroffenen, die die Angriffe erlebt haben, glauben nicht, daß jedes Bombardement notwendig war."* Auch hier wird implizit von einer Schuld der Befreier gesprochen.

Für Deutschland, die Ehre und gegen Bolschewismus

Sicherlich hätte der Tod Hitlers 1944 noch vielen Menschen das Leben gerettet und wäre eine verdienstvolle Heldentat gewesen. Gleichwohl waren die Beweggründe der "Männer des 20. Juli" alles andere als antifaschistisch.

Die Offiziersclique machte keinen Hehl aus ihrer Alternative zu Hitler, einem autoritären Staat, den sie vor ihrem Attentatsversuch noch glaubten über die Institutionen durchsetzen zu können. Der 20. Juli repräsentierte die konservative Parlamentarismuskritik an den Weimarer Zuständen, die die Systemkrise nicht im Faschismus, sondern in einem autoritären Staat auflösen wollte. Die "moralische Opposition" trug sich gar mit dem Gedanken, die SS-Verbände in ihre Umsturzpläne einzuweihen. Die heutige Aktualität dieser Gruppe besteht außer der neuen Deutungsmöglichkeit deutscher Vergangenheit auch in deren politischer Motivation: Die "ethisch, ehrhaft und konservative" (Dönhoff) Gruppe agierte nämlich "für Deutschland", das sie durch Hitler diskreditiert sah. Ihre unterwürfige Bindung an die Nation erwies sich als stärker als ihre Ablehnung des Nationalsozialismus. *"Wenn wir das Vaterland über alles stellen, was doch unser Glaube ist, so haben wir den 20. Juli als ein endgültiges Gottesurteil zu achten. Der Führer ist vor fast sicherem Tode bewahrt. Gott hat nicht gewollt, daß Deutschlands Bestand, um dessen Willen ich mich beteiligen wollte und beteiligt habe, mit einer Bluttat erkauft wird; er hat auch dem Führer diese Aufgabe neu anvertraut. Das ist alte deutsche Auffassung. Jeder Deutsche in der Reihe der Umsturzbewegung ist nunmehr verpflichtet, hinter den von Gott geretteten Führer zu treten, auch die Mittel, die einer neuen Regierung zur Verfügung gestellt*

werden sollten, rückhaltlos ihm zu geben; ob er sie nützen will, für brauchbar hält, entscheidet er." (C. Goerdeler nach dem gescheiterten Attentat, zit. nach J. Ritter, Goerdeler, 1954, S. 424).

Ein kruder nationaler Antikommunismus war die entscheidende Handlungsgrundlage des 20. Juli. Oberflächlich gesehen mag diese Haltung nach Auslauf des Realsozialismus für die Weltpolitik überholt scheinen. Bei genauerer Betrachtung enthebt dies die neuen und alten Partisanen eines autoritären Staates des Totalitarismusverdachtes und adelt sie geradezu zu Wegbereitern der postfaschistischen BRD-Gesellschaft. Schließlich wollten die "Männer des 20. Juli" die Alliierten bei ihrer Landung unterstützen, um doch noch an der Ostfront siegen zu können. Falls der Putsch erfolgreich gewesen wäre, hatte der 20. Juli geplant allein mit den Westallierten zu verhandeln, da ihr Hauptziel darin bestand, ein kommunistisches Deutschland zu verhindern. Der Streit um die Gedenkstätte des deutschen Widerstands gegen Hitler gehört in diesen Zusammenhang, die verlangte Ausgrenzung des NKFD (Nationalkomitee Freies Deutschland) verdeutlicht, daß der Hauptfeind derselbe geblieben ist.

Nach der Wende 1989 waren plötzlich alle Deutschen Opfer des Totalitarismus. Die Verurteilung der DDR und ihres Gründungsmythos, des Antifaschismus, machte den Weg zu einer neuen Geschichtsdeutung frei. Wenn Frankreich und Italien sich ihrer antifaschistischen Vergangenheit erst jetzt entledigen und die "Resistance-Lüge" entlarven, so erkannte die BRD den Antifaschismus der KPD schon in ihren Gründungstagen als totalitär und damit als obsolet; d.h. er stellte nicht nur keine Alternative zum NS dar, sondern seinen Zwilling, während der 20. Juli seinen nachhaltigen Sieg in der Gründung der BRD feiern konnte. *"Heuss sagte, das Opfer derjenigen, die am 20. Juli ihr Leben gaben, sollte als eine Art Geschenk für die Zukunft Deutschlands gewertet werden. (...) Jetzt endlich verstehe man, daß die Verschwörung eine Tat zur Rettung des deutschen Volkes war – eine Tat, die dem deutschen Volk seine innere Freiheit zurückgegeben und ihm den Weg zu einem gerechten Frieden aufgezeigt habe".* (Aus einer Denkschrift des britischen Botschafters F. H. Millar aus dem Jahre 1955; abgedruckt in "Mittelweg 36", Nr. 13/1994).

Der 20. Juli stellt eine Option für die jetzige Krisensituation dar. Auch wenn Michael Brumlik in der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" schreibt, die Niederlage des Deutschen Reiches am 8.5.1945 habe auch das außenpolitische Programm des konservativen Widerstandes widerlegt, siedeln sich deutsche Politiker sehr wohl in dieser Tradition an und betrachten dieses Programm als Möglichkeit, die deutsche Machtposition auf internationaler Ebene zu behaupten und zu erweitern. Denn auch wenn der Feind von gestern besiegt zu sein scheint, so gilt es das, was er zurückließ, zu verwalten. Die FAZ greift die Ideen des 20. Juli bereitwillig und händeringend auf: *"In einer solchen Zeit, die in mancher Hinsicht eher der Epoche der Weltkriege ähnelt als der Ära des Kalten Krieges und die dringend nach Antworten auf die sich daraus ergebenden Probleme sucht, bieten sich die außenpolitischen Vorstellungen eines Mannes wie Ulrich von Hassell geradezu an. (...) Eben weil sie als Alternative zu Hitlers Politik und Kriegsführung entwickelt wurden und ihnen dennoch in vielem ähnlich waren, lassen sie erahnen, welche enormen Gefahren in einer Situation stecken können, in die die Deutschen da 1990 ohne jede Vorbereitung und ohne jede Erfahrung geraten sind. (...) In Hassells Konzeption der deutschen 'Führungsrolle' gingen mithin alte und neue Elemente eine Verbindung ein. Einerseits sind die Spuren des klassischen Hegemonialgedankens allenthalben greifbar. Die führende wirtschaftliche Rolle Deutschlands in Europa und in angrenzenden Regionen implizierte die 'Organisation' dieser Räume und damit auch, jedenfalls indirekt, deren politische Kontrolle. Dahinter ist der alte Versuch zu sehen, Deutschland in seiner exponierten 'Mittelstellung zwischen Ost und West' zu entlasten, damit dauerhaft zu stabilisieren und solchermaßen als europäische Vormacht zu etablieren"* (3).

Den 50. Jahrestag der Landung der Alliierten als Tag zu feiern, der die hegemoniale Politik Deutschlands über Bord wirft, wäre Gegenstand einer anderen Gesellschaftsordnung. Der Versuch der deutschen Politik, sich an den Feierlichkeiten zu beteiligen, drückt das Gegenteil aus: Die Stärke und den Willen einer hegemonialen Politik, die sich auch in der Tradition des 20. Juli ansiedelt. Nach dem Ende des II. Weltkrieges setzte in Deutschland ein Verdrängungsprozeß ein, der die deutsche Verantwortung an den Geschehnissen relativiert, leugnet und mittlerweile beginnt, sie positiv politisch zu bewerten. Eine Verantwortung, die niemals "wiedergutgemacht" oder gesühnt werden kann – einer Geschichte gegenüber, deren Wiederholung allein in der Überwindung jeglicher Nationalstaatlichkeit und zuallererst der deutschen verhindert werden könnte. Zwar scheint die Beteiligung deutscher Politiker am D-Day vorerst aufgeschoben, aber die Wiederkehr des nationalen Wahns steht erst am Anfang.

Die nicht ganz gelungene Ausgrenzung der russischen Streitkräfte aus der geplanten Verabschiedung der Alliierten demonstriert, wohin der Hase läuft. Dem "Feldzug gegen den Faschismus", wie der damalige amerikanische Präsident Eisenhower die Landung der Alliierten bezeichnete, wurde schnell seine Spitze gebrochen. Die damalige Sowjetunion bzw. das heutige Rußland waren sowohl der Hauptfeind der Nazis als auch des 20. Juli und der jungen BRD. So kommt der 20. Juli durch die Hintertür in die deutsche Politik zurück und feiert mit dem Abzug der alliierten Streitkräfte das Ende der Fremdherrschaft: *"Wissen Sie, sehr geehrter Herr Generalfeldmarschall, angesichts der furchtbaren, sich immer mehr beschleunigenden Zerstörungen deutscher Städte noch ein Mittel, um einen Sieg zu erringen, der (...) ermöglicht, Rußland endgültig von Europa fernzuhalten. (...) Wenn es aber den Sieg nicht gibt, dann ist die Fortsetzung des Krieges ein glattes Verbrechen, weil es für ein Volk niemals ein heroisches Ende, sondern immer nur ein Weiterlebenmüssen gibt. (...) Wir haben gar keine Veranlassung, den Bolschewismus oder die Angelsachsen zu fürchten. Auch sie alle sind auf unsere Kraft und unser Können angewiesen. Aber es müssen wieder anständige Deutsche sein, die die deutschen Interessen mit Kraft und Vernunft vertreten."* (Briefentwurf Carl Goerdelers an Generalfeldmarschall von Kluge, 25. 7. 1943).

Daß es nur anständige Menschen, aber keine anständigen Deutschen geben kann und daß die Verfolgung deutscher Interessen gegen den Rest der Weltbevölkerung verfolgt wurde, ist vielfach historisch bewiesen und kann im Widerspruch zum Zeitgeist gar nicht oft genug wiederholt werden. Die Verurteilung der NS-Verbrechen und die Kritik der nationalen Propaganda muß heute dem Konformismus abgetrotzt werden, denn die neue deutsche Ideologie ist im Begriff, die BRD als endgültige Überwindung des Totalitarismus und die Deutschen als seine mißverstandenen Opfer darzustellen. Die groß aufgezogene Feier zum 50. Jahrestag des 20. Juli ist ein Beitrag zur Konstruktion einer nationalen Identität, die, durch die Krise von Lohnarbeit und Kapital erschüttert, die Loyalität aller Deutschen zu ihrem Staat sichern soll.

Elfriede Müller

Anmerkungen:

1) Richard von Weizsäcker, Das Gewissen steht auf. Zum 20. Juli 1944, in: Von Deutschland und Europa. Die bewegende Kraft der Geschichte, Berlin 1991.

2) Aus den Kaltenbrunner-Berichten an Bormann und Hitler, Anlage 3, 4.8.1944.

3) G. Schöllgen, Gleichgewicht durch Hegemonie, vgl. FAZ vom 9.4.94.

Der Feind hat zu siegen aufgehört

Deutsche Souveränität als Anti-Antifaschismus

Die BRD ist eine Siegerin der neuen Weltordnung. Ungeachtet aller Unkenrufe, daß mit der DDR der Verfall endgültig in die BRD-Ökonomie eingezogen sei, baut die BRD ihre internationale Machtstellung aus. Zwar ist vieles auf Kredit und insofern auf die Zukunft gebaut, aber die BRD wird, egal auf welchem Niveau sich die Weltökonomie einpendelt, an der Spitze mitmischen. Für die Zukunft kann eine hemmungslosere Durchsetzung der BRD-Interessen erwartet werden, denn mit dem Abzug der alliierten Truppen der Anti-Hitler-Koaliton erhält die BRD faktisch die volle Souveränität.

Die "Überwindung der Nachkriegszeit" wird in der BRD häufig mit dem Anknüpfen an politische (Hegemonie-)Kategorien der Vorkriegszeit (Europa- und Mitteleuropakonzepte) verbunden. Dabei soll der Verdacht, daß das neue Deutschland etwas mit den Interessen des "3. Reiches" zu tun habe, tunlichst vermieden werden. Die selbstgestellten Aufgaben des "größer gewordenen Deutschland" werden als neu dargestellt. Man sucht unter dem Stichwort der "Identität" nach der neuen großdeutschen Leistungs- und Einsatzbereitschaft.

Die Erinnerung an die Folgen der Anti-Hitler-Koalition ist dabei zweischneidig. Einmal steht der "Sieg über Hitler" für das Verständnis vom "erneuerten Deutschland", andererseits steht die "Niederlage" für die Unterbrechung der deutschen Weltmachtstellung durch die Konkurrenten im Westen und für die "völlige Trennung von den ehemaligen Einflußbereichen im Osten". "Man demütige uns nicht erneut durch unzeitgemäßes Schwertgeklirr zur Erinnerung an Schlachten von 1944/45" (Thilo Koch im "Tagesspiegel", TSP, 23.5.94), heißt es anläßlich der Feiern der Westalliierten zur Landung in der Normandie (D-Day, 6.6.1944), die den Auftakt zur Befreiung vom Faschismus und zum Sieg über das faschistische Deutschland bildete. Kohl hatte versucht, zu den Feiern eingeladen zu werden, nur dann würden sie von deutscher Seite befürwortet. Wäre es ihm gelungen, wären auch die NS-Invasoren als Opfer geehrt, und das NS-System zu einem Kriegsgegner aufgewertet worden, der sich von den Siegern nur durch die Niederlage unterscheidet. Die Feiern wären dann bar jeden antifaschistischen Inhalts.

Galt es früher, die gemeinsamen antikommunistischen Interessen der BRD mit dem Westen hervorzuheben, soll besonders nach dem Ende des Realsozialismus die internationale Respektierung der "nationalen Interessen" der BRD durchgesetzt werden, unbehindert von der NS-Vergangenheit. Antifaschismus, der antikommunistisch bekämpft wurde, steht in der BRD nicht nur im Verdacht ein Synonym für Kommunismus zu sein, sondern auch in einer Art Dolchstoß gemeinsame Sache mit den ehemaligen Alliierten gegen die außenpolitischen BRD-Interessen zu machen. Antifaschismus und "deutsche Interessen" erweisen sich erneut als unvereinbar.

Anti-Antifaschismus

Die Diskreditierung des Antifaschismus ist bereits ein Ziel des Historikerstreites gewesen, der von ErnstNolte am D-Day 1986 in der FAZ mit seinem Artikel "Vergangenheit, die nicht vergehen will" eröffnet wurde. Jetzt versuchen dessen Sieger auch ein Ende "antifaschistischer Vorhaltungen" im internationalen Rahmen einzuläuten. Dabei bekommt Deutschland durch die italienischen Faschisten in der Regierung Berlusconi, die sich die "Überwindung des Antifaschismus" ebenfalls auf die Fahnen geschrieben haben, Unterstützung.

Wurde in der alten BRD Antifaschismus wegen der Kritik an den herrschenden deutschen Verhältnissen bekämpft, wird heute auch die antifaschistische Kritik aus dem westlichen Ausland als gegen deutsche Interessen gerichtet verstanden. Bundesinnenminister Zimmermann betonte noch die antikommunistische Variante: "Faschismus ist ein politischer Kampfbegriff, den vor allem Kommunisten verwenden" (SZ 18.11.88). Die generelle außenpolitische Relevanz des Antifaschismus verdeutlichte sein Nachfolger Seiters pünktlich zur Wiedervereinigung im Oktober 1990. Er veröffentlichte einen Aufsatz von Hans-Helmut Knütter, "Rückwirkungen des internationalen Antifaschismus auf die neue BRD" (1). Darin wird der Antifaschismus als Kampf- und Erpressungsmittel dargestellt, außenpolitisch von Nachteil für die BRD. Dazu FAZte Eckhard Fuhr am 10.10.1990: "(...) Gegenwart und Zukunft entscheiden sich nicht in dem Maß der moralischen Empörung, das im Falle dieser Verbrechen ohnehin immer 'unangemessen' ist. Und 'Auschwitz' (dort in Anführungszeichen) wird nicht jene Bannformel bleiben, bei der die Deutschen augenblicklich in eine angestrengte Selbstbetrachtung verfallen". Doch soweit ist es noch nicht. Innenminister Kanther äußert sich in der heute üblich gewordenen Weise: "Sie (die 'extreme Rechte') wird im Ausland – aufgrund der deutschen Geschichte – viel stärker wahrgenommen und schadet unserem internationalen Ansehen. Das ist für mich ein weiteres zentrales Motiv für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten" (FR, 29.4.94). Die Reaktionen im Ausland werden zum eigentlichen Problem erklärt.

Antifaschistische Interventionen aus dem westlichen Ausland in die deutsche Politik sind nichts Neues. Ein beliebiges Beispiel sei genannt: die erste Verjährungsdebatte 1965 bedeutete für die damals gerade erst begonnene Verfolgung der NS-Verbrecher nicht schon wieder deren Ende, weil u.a. vom deutschen Botschafter aus Washington auf die sonst zu erwartenden negativen internationalen Reaktionen hingewiesen wurde.

Heute wird die effektivere Verfolgung von Neonazi-Mördern erst in Angriff genommen, nachdem die Reaktionen aus dem Ausland nach der Häufung der Anschläge etwas anderes ohne internationalen Skandal nicht mehr zuließen. Dazu gehört auch, daß z.B. die befreundete Türkei für einige der Toten das Wort ergriffen hat. Die Aufmerksamkeit aus dem Ausland war bisher der wirksamste Schutz für rassistisch Verfolgte in der BRD. Gleichzeitig motiviert das Zusammenstehen gegen das Ausland Behörden und Presse zusätzlich, Anschläge und deren Ausmaß herunterzuspielen. Sie wissen sich dabei auch als Statthalter der Interessen in den Städten und Gemeinden, die das Ansehen von Leuten und Produkten (Solinger Stahlwaren) nicht beschädigt sehen wollen.

Die Anschläge auf "Ausländer", "Asoziale" und jüdische Einrichtungen und die Art und Weise, wie die Debatte in der BRD geführt wird, ist auf neues Mißtrauen im Ausland gestoßen und hat die Erinnerung an den Kampf gegen den Faschismus ak-

tualisiert. Als Beispiel mag der ranghöchste US-Diplomat in Berlin, Douglas H. Jones dienen, der kurz vor dem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst, auf Einladung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, eine undiplomatische Rede zum Thema Rechtsextremismus in Deutschland hielt. Es sei entscheidend für die Meinungsbildung der Welt, sagte Jones, wie die Deutschen "Zeugnis über die Relevanz ihrer Geschichte" ablegten. "Deutschlands guter Name in der Welt ist in einem wichtigen Maße abhängig von dem Vertrauen anderer darauf, daß sich das Land dieser Aufgabe verpflichtet" (2).

Die Geschichtsbetrachtung in der deutschen Version kennt nicht die Befreiung vom deutschen Faschismus, sondern die Befreiung Deutschlands und Europas von Hitler. Anders bilanzierten 1946 die vier Alliierten im Nürnberger Urteil: "Deutschland hatte sich (...) zur Diktatur mit allen ihren Terrormethoden, ihrer zynischen und offenen Mißachtung allen Rechts bekannt". Mit dem Urteil wurden nicht nur Einzelpersonen schuldig gesprochen, sondern ebenso "Anführer, Organisationen, Anstifter und Helfershelfer". Das Urteil ging davon aus, daß die Täter und Täterinnen massenhaft existierten. Solange die vier Alliierten gemeinsam handelten, ging es nicht darum, das Nazi-Volk vom Nazi-Diktator zu trennen, sondern die damaligen deutschen Verhältnisse, die im engagierten, allgemeinen, begeisterten und verbissenen Handeln ihren Ausdruck fanden, zu beseitigen.

Abrechnung mit den Siegern

In Deutschland hatte die antifaschistische Bewegung bereits 1933 eine kampflose Niederlage gegenüber dem NS erlitten, von der sie sich nicht mehr erholte. Viele aktive Kämpfer operierten im und vom Ausland aus. Besonders nach der Wende des Krieges Ende 1942 an der Ostfront wuchsen die antifaschistischen Bewegungen überall in Europa an. Die Befreiung vom Nationalsozialismus und den faschistischen Bewegungen in Europa war auf die alliierten Armeen, auf antifaschistische und nationale Widerstandsbewegungen gestützt, die am Ende des Krieges auch antifaschistische Säuberungen durchführten. Mit zehntausenden von Toten in Osteuropa, Frankreich, Italien usw. wurde mit Faschisten und Kollaborateuren unmittelbar abgerechnet. In Belgien gibt es heute noch über 50.000 Einwohner, die aufgrund von Verurteilungen wegen Kollaboration nicht wählen dürfen. Auf den Abrechnungen mit einheimischen Faschisten und den Siegen über das faschistische Deutschland wurde dort jeweils eine antifaschistische Staatsideologie gegründet.

Da es in Deutschland zum Kriegsende aufgrund des faschistischen Massenbewußtseins keine Abrechnung mit den Faschisten gab, blieben nur noch die Neuordnungsvorstellungen der Alliierten. Sie sprangen für den nichtgeführten Bürgerkrieg in Deutschland ein und führten die Säuberungen als Besatzer durch. Tatsächlich war dies in der BRD vergeblich, da mit der Restauration die vorherigen Eliten wieder in ihre Funktionen eingesetzt wurden. Insofern erscheinen die Opfer der Säuberungen als sinnlose Opfer, die man heute den Alliierten vorhält.

Während man sich heute noch in etlichen Ländern die Abrechnung mit den Faschisten zugutehält, wird von deutscher Seite die Brutalität und Gesetzlosigkeit dieser Abrechnungen hervorgehoben. Der Antifaschismus wird in die Nähe der NS-Barbarei gerückt und Darstellungen über die jeweiligen faschistischen Bewegungen in den verschiedenen Ländern werden zu dem einzigen Zweck aufbereitet, den Nationalsozialismus zu relativieren. Unterschwellig wird dies mit der Warnung verknüpft, nicht als Kritiker gegen die Deutschen aufzutreten. Wo der Vorwurf der Kollaboration nicht paßt, wird, wie im Falle von Großbritannien und den USA, betont, daß deren Kriegsführung auch Opfer in Kauf genommen hat. Die Betroffenheits- und Opferinszenierung befördert dabei die als entlastend empfundenen "Gewißheiten", daß Gewalt kein Monopol der deutschen Faschisten war und kein Krieg in seinen Details gerecht sein kann.

Statt die nicht vollzogene eigene Abrechnung zu beklagen, wird die Abrechnung der anderen angeprangert. Die Kampagne über sowjetische NKWD-Lager in Deutschland hat mit der Umwidmung der KZ-Gedenkstätten bereits zu Ergebnissen geführt. Ebenso sind die ersten Urteile gegen die Richter der Waldheimer Prozesse gefällt, die in der DDR den Schlußpunkt unter die behördlich nachgeholte Abrechnung setzen sollten. Jetzt, im Vorfeld der Befreiungs- und Siegesfeiern der Alliierten, werden die Anwürfe gegen den Westen häufiger. Nicht nur, damit das deutsche Vergangenheitsbewußtsein im relativierenden und damit abwehrenden Zustand bleibt wie bisher, sondern auch als Ankündigung, daß mit Deutschland wieder zu rechnen ist und ein positiver Bezug auch zur NS-Vergangenheit offen bekundet wird.

Da Westdeutschland in antifaschistischer Hinsicht nichts zu bieten hatte, wurde bereits kurz nach der Befreiung "die deutsche Opposition gegen Hitler" (3) herausgestellt, aus der dann immer mehr der Mythos vom "deutschen Widerstand", mit dem 20. Juli 1944 als Kern, wurde.

"Deutscher Widerstand"

Die BRD erklärte ihre "freiheitliche" Existenz nicht aus der von außen erkämpften Befreiung vom Faschismus, sondern aus der Kontinuität des deutschen Nationalismus, der letztlich auch der Unmensch Hitler nicht viel anhaben konnte und einer "Hitleropposition", die moralisch eine Erneuerung bereits angelegt habe. Erinnerung an antifaschistischen, kommunistischen und jüdischen Widerstand wurde geleugnet, totgeschwiegen und bekämpft. Für die Exponenten der Konstruktion vom "deutschen Widerstand", verkörpert im Offizier vom 20. Juli, der zwischen Gehorsamspflicht gegenüber dem Führer und Patriotismus schwankt, ist charakteristisch, daß die Unterscheidung zwischen Opfer und Täter unsinnig wird. Wer erst einmal auf der Ebene der Wahl zwischen "höheren Werten" wie Gehorsamspflicht und Patriotismus angelangt ist, ist als Täter schon nicht mehr auszumachen.

Die "Männer vom 20. Juli" sind zu Repräsentanten des "deutschen Widerstandes" prädestiniert, weil sie niemals Staatsfeinde waren. Sie haben nicht den faschistischen Staat bekämpft, sondern erst sein drohendes Scheitern als Anlaß zur zeitweiligen Aufkündigung des Gehorsams genommen. Sie verkörpern neben Antikommunismus auch die Ideologie der "geistigen Elite" mit einer Kombination aus Geburtsprivileg, Leistung, Pflichterfüllung, Opfer und Askese.

Der Anti-Hitler-Koalition galt der 20. Juli 1944 als eine Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Führungsriege. Gerade deshalb legt die BRD großen Wert darauf, daß Stauffenberg & Co. auch von den ehemaligen Siegern als Beitrag zum Kampf gegen Hitler nachträglich anerkannt werden. Die internationale Anerkennung für die deutsche Geschichte ohne Antifaschismus ist für die große BRD noch wichtiger geworden, als sie für die kleine schon war. Die Anerkennung des "deutschen Widerstandes" durch die Alliierten würde der internationalen Bekämpfung des nationalsozialistischen Deutschland einen Aspekt des "nationalen Interesses" unterschieben. Die Alliierten wären dabei die Vernichter des Diktators Hitler, während der 20. Juli für die Kontinuität der "deutschen Interessen" in deutscher Hand steht, die sich aber nicht durchsetzen konnte. Die große BRD möchte schließlich an die "deutschen Interessen" wieder anknüpfen. Der größte Erfolg zur internationalen Anerkennung des "deutschen Widerstandes"

ist bisher die Kranzniederlegung des russischen Verteidigungsministers Gratschow in der Gedenkstätte zum 20. Juli anläßlich seines Berlin-Besuches im März 1994, der im Zusammenhang mit dem Rückzug der GUS-Streitkräfte aus der BRD stand.

Westalliierter Abschied aus Berlin

Mit dem Abzug der alliierten Streitkräfte sei für die neue BRD "ein Zuwachs an Freiheit und Verantwortung" verbunden, wie sich der Tagesspiegel (15.5.94) ausdrückt. Diese neue "Freiheit" stehe für einen "Neubeginn", dessen "ebenso obsoletes wie seltsam aktuelles" Motto Max Weber bereits 1895 formuliert habe: "Daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und ihrer Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtpolitik sein sollte". Der jetzige "Neubeginn" und Unterschied zu damals bestehe laut Tagesspiegel in einer "Politik in der Welt", statt einer "Weltmachtpolitik". Die Erneuerung gegenüber damals scheint in der Einübung von sprachlichen Euphemismen zu bestehen.

Am 8. September soll der "Neubeginn" in Berlin mit einer Abschlußfeier für die drei Westalliierten und einer Feier zur Symbolisierung der deutschen Souveränität besiegelt werden. US-Vize Gore, Major und Mitterrand haben ihre Teilnahme angekündigt. Clinton hat nach Bekanntwerden der Modalitäten abgesagt.

Die Verabschiedungen der "Schutzmächte" finden in gestufter politischer Symbolik statt. Stadtteile und Kreise veranstalten jeweils für "ihre" Standorttruppen Volks- und "Freundschaftsfeste". Die Stadt Berlin bat die Westalliierten für den 18. Juni um eine Truppenparade im Zentrum der Stadt mit 2.000 Uniformierten ("für uns gibt es nur drei Alliierte"). Bürgermeister Diepgen wies wiederholt darauf hin, daß die Berlinblockade für den Prozeß steht, in dem die Westdeutschen wieder gebraucht wurden, um sich im Antikommunismus mit den Siegern zu verbrüdern. Für entsprechende Stimmung beim Volk sorgt nicht zuletzt Bild (Berlin, 18.4.94): "'Stille Nacht' mit den Amis – unvergeßlich"; und ein Absatz darunter: "Russen legten uns Granaten in die Öfen". Die offizielle Verabschiedung auf Bundesebene durch Kohl ist mit deutschen Truppen (Ehrenformation und Zapfenstreich unterm Brandenburger Tor) vorgesehen. Kohl lädt die ehemaligen Sieger natürlich nicht nach Berlin, um den Sieg über Nazideutschland, sondern die deutsche Souveränität und den Sieg über den Kommunismus zu feiern. Beim Abschied der Westalliierten am 8. September soll nichts an den antifaschistischen Auftakt 1945 erinnern, sondern es soll um eine Gedenkfeier für die Soldaten, die bei der Berliner Luftbrücke "ihr Leben für die Freiheit Berlins gelassen haben", gehen (TAZ 24.3.94). Aus der Niederlage Nazideutschlands ist die Niederlage des einen Alliierten, der UDSSR, die die Hauptlast im Kampf gegen Nazideutschland tragen mußte, geworden. "Über Art und Form der Verabschiedung zu bestimmen" sei "souveräne Angelegenheit der Bundesrepublik" (Regierungssprecher Vogel).

Rückzug der GUS

Bereits vor den westalliierten "Schutzmächten" soll am 31. August Jelzin für die "Besatzungstruppen" der GUS-Streitkräfte deren Aufenthalt offiziell für beendet erklären.

Man konnte der GUS eine Parade, die mit 1.300 Soldaten am 26.6. in Berlin stattfinden wird, nicht verweigern, betonte aber, daß dieses Zeremoniell in keinem Zusammenhang mit den offiziellen Abschiedsfeierlichkeiten stehe. Der Tagesspiegel sprach von einer "bewaffneten Demonstration" (7.5.94). Groß ist die Befriedigung, daß der "Abzug" der GUS-Streitkräfte zu einem Rückzug geraten ist und über die Nachrichten von überstürzt verlassenen Standorten (insgesamt in der Größe des Saarlandes). "Manchmal haben wir das Gefühl, wir werden aus dem Land herausgeschmissen, so schnell muß alles gehen", so ein Offizier im Oberkommando in Wünsdorf (TSP 10.4.94). Ursprünglich wurde mit den 2+4 Verträgen der GUS-Truppenabzug auf Ende 1995 festgesetzt. 1992 in Moskau wurde auf Drängen Kohls dieser Termin auf den 31. August 1994 vorverlegt.

Wieweit es der deutschen Seite bei den Verabschiedungen gelingen wird, den antifaschistischen Zungenschlag möglichst gering zu halten, ist noch offen. Nach dem Jelzin-Besuch im Mai wurde die Verabschiedung der GUS-Truppen schließlich protokollarisch aufgewertet und eine Feier am sowjetischen Ehrenmahl in Berlin-Treptow mit militärischer Präsenz der GUS in Form einer Ehrenkompanie und einer Abordnung der Bundeswehr vereinbart. Dabei geht man von deutscher Seite davon aus, daß die GUS auf dem großen, monumental gestalteten Platz nicht viele Soldaten unterbringen kann. Ein Parade soll nicht stattfinden. Ob es auch Äußerungen wie "Niemand wird vergessen, nichts wird vergessen", wie erstmalig als Bestandteil der alljährlichen Feiern zur deutschen Kapitulation im GUS-Oberkommando Wünsdorf, geben wird, bleibt abzuwarten. Nicht durchgesetzt hatte sich Kohl mit dem Programmteil Händereichen zur Versöhnung im KZ Buchenwald, wo dann Kohl Jelzin das NKWD-Lager nach 1945 verziehen hätte.

Sicher ist aber jetzt schon, daß der 50. Jahrestag der Befreiung zum Tag des Sieges der Geschichtsrevision werden wird. Am 8. Mai 1995 wird das bis dahin umgestaltete Museum der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschland im Großen Vaterländischen Krieg 1941-1945 in Berlin-Karlshorst neu eröffnet. Das Museum soll laut deutscher Seite bis dahin mit neuem Namen und neuen Inhalten versehen werden: Das Leiden der Zivilbevölkerung, von Lagerinsassen und Zwangsarbeitern soll in den Vordergrund rücken, die Rolle der Westalliierten soll eingearbeitet und die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen von 1917 bis 1990 dargestellt werden. Bisher wurden Lenin, Kriegsutensilien, Asche aus Buchenwald, deutsche Durchhalteparolen, Bildunterschriften wie "Friedliche Sowjetbürger, erhängt durch Hitlerfaschisten im Zentrum von Lwow", die Leichen der Erhängten der Nürnberger Prozesse in Großformat u.a. gezeigt, was vom wissenschaftlichen Sekretär der Umgestaltung insgesamt als "nostalgisches Kuriosum" angesehen wird (TSP, 17.5.94). Von Seiten der GUS wird das Treiben mißtrauisch betrachtet. Man möchte die eigene Sicht auf die Geschichte nicht ausgelöscht sehen.

D-Day = Deutschland Tag?

Auch von westalliierter Seite wird der Anti-Antifaschismus in Deutschland mit Befremden wahrgenommen. Der oben bereits erwähnte US-Diplomat Jones nahm in seiner Rede auch zum antifaschistischen Belang des alliierten Truppenabzug Stellung. In einer längeren Aufzählung von "beunruhigenden" Dingen in Deutschland berichtete er, daß ihm ein "Leiter einer ethnischen Gemeinde in Berlin schreibt, daß der Abzug der alliierten Streitkräfte aus der Stadt seine Gemeindemitglieder mit großer Angst erfüllt, weil sie die Alliierten nicht als Schutzmächte vor den Russen, sondern vor den Deutschen betrachtet haben" (s.Anm.2). Die US-Botschaft mußte später ihr Bedauern gegenüber dem Kanzleramt über die Stellungnahme aussprechen.

Nach dem Ende des Realsozialismus ist die antikommunistische Stoßrichtung der Feiern in der Normandie erheblich eingeschränkt, so daß die antifaschistische etwas mehr Platz gewinnt. Um so mehr wird die aktuelle Debatte in Deutschland wieder auf

den Punkt der "Siegesfeiern über Deutschland" und den "Affront gegen Deutschland" (Zeit 18.3.94) gelenkt. Ein Sieg über Deutschland soll kein Grund zur Freude sein. Zum 40. Jahrestag des D-Day verkündete Kohl: "Es ist für den deutschen Bundeskanzler kein Grund zum Feiern, wenn andere ihren Sieg in einer Schlacht begehen, in der Zehntausende Deutsche elend umgekommen sind" (FAZ 5.6.84).

Um den westalliierten Taten, die als antideutsch empfunden werden, und deren Jahrestagen D-Day und Victory Day etwas Deutsches entgegenzusetzen, versucht man das "Erbe der Männer des 20. Juli 1944" als moralisch gleichwertigen Beitrag im Kampf gegen Hitler zu etablieren. Wohin man dabei u.a. will, wurde schon vor zehn Jahren anläßlich des D-Day formuliert: "im 'Imperial War Museum' erinnert eine große Ausstellung an den europäischen Widerstand gegen Hitler. Von den Männern des 20. Juli ist dabei nicht die Rede" (FAZ 2.6.84).

Soweit ist es aber noch nicht. Bisher haben die Feiern der Alliierten zum Tag der Befreiung und zur Landung in der Normandie ohne deutsche Mitgestaltung stattgefunden. Der 50. Jahrestag des Sieges über den Faschismus am 8.5.1995 soll dafür erst die Premiere sein. Kohl verabredete mit Major eine "aktive" deutsche Beteiligung an den Gedenkfeierlichkeiten zum Victory Day in London im nächsten Jahr "unter dem Motto, daß man Lehren aus der Geschichte ziehen solle, und zum Gedenken an die Opfer des Krieges" (NZZ 29.4.94). Dort kündigt sich die Entpolitisierung an, die Kohl als "Versöhnung" angesichts allseitiger "Opfer" und mit Blick nach vorn bereits zum 50. Jahrestag des D-Day gegenüber Frankreich vergeblich eingefordert hatte. Zum 40. Jahrestag hatte er es schon einmal mit dem Ergebnis versucht, daß er nicht eingeladen wurde. Damals hielt Reagan eine antikommunistische Rede und appellierte an die Kreml-Führung, "ihren Eroberungsdrang aufzugeben" (FAZ, 7.6.84), und Mitterrand pries, "die Gegner von Gestern haben sich versöhnt", und ehrte mit den Widerstandskämpfern der "befreundeten Länder" auch "die freien Männer Deutschlands" (FAZ 8.6.84). Die bei Kohl so beliebte "Versöhnung über Soldatengräbern" gab es erst einige Monate später in Verdun, wo sich Mitterrand und Kohl auf einem Friedhof aus dem 1. Weltkrieg die Hände reichten. Man war sich damals inhaltlich nahe, die Alliierten vermieden aber die deutsche Beteiligung. Die beleidigten Deutschen wetterten damals heftig. Die FAZ kritisierte die Feiern zum D-Day als "historische Antiquität" (7.6.84). Der Chef-Anti-Antifaschist Knütter (4) stellt rückblickend fest, seit den "Gedenk- und Triumphfeiern (...) in der Normandie, die anläßlich des 40. Jahrestages stattfanden, prasselte ein ununterbrochener Strom 'antifaschistischer' Bewältigungspropaganda auf die Bürger der Bundesrepublik ein". Zwar ist dieser Zusammenhang Blödsinn und die internationale Aufmerksamkeit eher eine Folge des Bitburgunternehmens ein Jahr nach dem 40. D-Day, doch fühlte man sich durch die Feiern empfindlich getroffen.

Ganz aktuell hat die Bundesregierung die Neue Wache in Berlin-Mitte, das zu Stein und Bronze gewordene Bitburg, als offizielle Gedenkstätte eingerichtet. Dort könnte Clinton eineinhalb Monate nach seiner Teilnahme an den D-Day Feiern am 12. Juli anläßlich eines Berlin-Besuches als zweiter US-Präsident den Opfern und Tätern gemeinsam gedenken.

Die "Untaten" der Alliierten

1994 war der deutsche Druck auf Frankreich mit dem Ziel, zu den Feiern in der Normandie eingeladen zu werden, so heftig, daß es zu einer Verstimmung zwischen Frankreich und Deutschland kam. In der Folge wurde ein für Ende Mai geplantes Treffen der Verteidigungsminister Léotard und Rühe auf einem Soldatenfriedhof in der Normandie von französischer Seite abgesagt, da Verbände ehemaliger französischer Deportierter damit gedroht hatten, das Treffen zu verhindern, weil auf den deutschen Friedhöfen in der Normandie zahlreiche Gräber von SS-Soldaten liegen (FAZ 11.3.94). Kurze Zeit später sorgte der lebende Teil der Waffen-SS für einen Eklat in Maizet bei Caen, wo am Denkmal der Gefallenen unter Anwesenheit eines ahnungslosen Bürgermeisters ein Kranz niedergelegt wurde, auf dessen Band "die Veteranen der Waffen-SS im Gedenken an die Toten des Jahres 1944" stand (TSP 23.5.94).

Nach dem Scheitern des Versuchs, für Kohl eine Einladung zum D-Day zu bekommen, hat die FAZ in der Normandie dresdenähnliche Zustände ausgemacht: "Keine andere Provinz hat für die Befreiung Frankreichs so schwere Opfer gebracht, wie die Normandie. Caen, Rouen, Le Havre, Saint-Lô, Lisieux sind nur die bekanntesten Städte, deren historische Bauwerke und Häuser in Trümmern sanken, nicht anders als in deutschen Städten" (20.5.94). Besonders beeindruckt gab man sich von der Parallele, daß auch dort britische und amerikanische Bomben ihr Zerstörungswerk vollbracht haben. Kein Wort allerdings davon, daß z.B. Caen durch einmonatige deutsche Verteidigung und nach der Räumung der Stadt durch einmonatigen deutschen Beschuß in diesen Zustand kam.

Bei all den aufgeführten Punkten will Deutschland seine eigene nationale mit chauvinistischer politischer Symbolik durchsetzte Geschichtsschreibung betreiben, die Voraussetzung und Maßstab für neue "nationale Projekte" ist. Wenn in Zukunft eine Einladung an einen deutschen Bundeskanzler zu Versöhnungsfeiern ausgesprochen werden sollte, ist es nicht sicher, ob diese angenommen wird. Das Elsaß wird am 29.5.94 den 50. Jahrestag der Befreiung durch amerikanische Truppen feiern. Die Befreiung vom Faschismus bedeutete dort gleichzeitig die Befreiung von deutscher Besetzung (1940-44) und steht für den gescheiterten Anspruch Deutschlands, den Versailler Vertrag zu revidieren. Zu den Feiern im nordelsässischen Pfaffenhoffen wurde Kohl ausdrücklich eingeladen. Der Kanzler lehnte ab (5).

Karl Nele

Anmerkungen:

1) In der hauseigenen Reihe des BMI "Texte zur Inneren Sicherheit", der Titel "Bedeutung und Funktion des Antifaschismus", Oktober 1990

2) Berliner Zeitung, 19.4.1994

3) Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, englisch 1948, deutsch 1949.

4) Hans-Helmut Knütter (Hrsg.), Antifaschismus als innen- und außenpolitisches Kampfmittel, Uni Bonn 1990. Knütter sieht im Antifaschismus "eine emotionalisierte Regression der Marxschen Theorie".

5) Die Welt, 10.5.94

Volkssturm im Feuilleton

Gegen "political correctness" Die Renationalisierung der Intelligenz

"Geben Sie endlich Gedankenfreiheit, Sir und Madame von der linken und rechten Linienpolizei!" fordert Antje Vollmer in einem "Spiegel"-Essay (15.11.93) zur Verteidigung des Botho Strauß-Textes "Anschwellender Bocksgesang". Im Bekenntnis, den Text *"nicht ganz verstanden"* zu haben (*"jedenfalls nicht so, daß ich zweifelsfrei wüßte, was er will"*), weiß sie doch, daß Strauß als Querdenker gewichtig zur Debatte *"um ... eine neue Identität der deutschen Intellektuellen"* beigetragen habe. Deren Ziel: *"Dieses Land braucht ... eine gesellschaftliche Schicht, die sich für das Zentrum der Republik, für seine Kultur und Identität verantwortlich fühlt."*

Neue Identität deutscher Intellektueller zur Wiedergewinnung einer Identität der Deutschen – Antje Vollmer umschreibt, was Botho Strauß und Martin Walser in der *"Debatte des Jahres"*, wie der "Spiegel" sie nannte, offen verhandelten: die Propagierung eines offensiven, völkischen Nationalismus der Deutschen. Als ein wesentlicher Hebel zu seiner Durchsetzung fungiert nicht nur bei Vollmer, sondern allerorten die Diskussion um "political correctness". Die Gegner der "political correctness" wollen ein angeblich vorherrschendes linkes internationalistisches Meinungs- und Zensorenkartell entdeckt haben, dem nur unter großen Opfern und Mühen widersprochen werden könne. Diese Elemente – Hinwendung zu offen völkischem Nationalismus unter der Fahne eines von den Tabus der "correctness" zu befreienden Denkens – vereinen ein immer dichter formiertes und hegemonial werdendes Meinungslager.

Was nunmehr endgültig ausgemerzt werden soll, formuliert Gregor Schöllgen in der ZEIT so: *"Eigentlich wäre dies die Stunde der Intellektuellen. Die aber schweigen und träumen noch immer vom Kalten Krieg, als der Rückzug von der harten Realität der Weltpolitik in das heimische Idyll intellektueller Fundamentalkritik ebenso unproblematisch wie folgenlos war. Diese Zeiten sind vorbei, nunmehr heißt es: zurück in die Wirklichkeit. Die Bundesrepublik ist seit der Wiedervereinigung erneut ein Nationalstaat, und zwar mit erheblichem Gewicht in Europa und der Welt"* (1) Es geht um die Herstellung einer homogenen intellektuellen Elite, die das Vaterland tief genug ins Herz geschlossen hat, um für neue deutsche Aufgaben in aller Welt die geistige Führung zu übernehmen.

"Mit Rechten reden" – mit der Rechten gehen...

Wie albern einmal mehr sich der rechte Zeitgeist als verfolgter, tabubrechender Nonkonformismus maskiert, läßt sich gegenwärtig in allen wichtigen überregionalen Presseorganen verfolgen.

Der "Spiegel" des Altnationalisten Augstein puscht erwartungsfroh die Comingouts neunationaler Intellektueller; die ZEIT präsentiert das erwachende Nationalgefühl in einer eigens dafür eingerichteten Debattensparte *"Umdenken – Visionen und Revisionen"*; selbst die Frankfurter Rundschau versieht ihre entsprechende Serie mit dem Titel *"National-Debatte"* und stilisiertem Schwarz-rot-gold; und die FAZ, die unter dem Titel *"What's left?"* das Ende der Linken nach dem Zusammenbruch des RGW zelebrierte, rückt nun unter dem Stichwort *"What's right?"* dem Liberalismus zu Leibe. Natürlich kommen da – "Debattenkultur" – auch Gegenpositionen (z.B. Hans U. Wehler, Peter Glotz, Dan Diner) zu Wort, die sich manchmal, aus der Grundhaltung eines Verfassungspatriotismus argumentierend, eher kläglich und defensiv ausnehmen. Eine massive Verschiebung des Mainstreams durch die Debatte nach rechts bleibt aber offensichtlich: Autoren aus dem "neurechts"-faschistischen Lager wie etwa der der "Jungen Freiheit" nahestehende Karlheinz Weißmann, werden als ihre entscheidenden Stichwortgeber akzeptiert und eingesetzt. Wo es um Tabubruch, nationalen Konsens und Rechtswende geht, darf natürlich auch der Nachwuchs von der "taz" nicht fehlen. Dort firmiert die entsprechende Sparte unter dem Titel *"Mit Rechten reden?"*, und nur pro forma geht es um die Kontroverse, ob es der Auseinandersetzung mit Skins und den "Neuen Rechten" dienlich sein könne, direkte Streitgespräche zu suchen.

Die zentralen Argumentationsgänge der meisten Dialog-Befürworter weisen indessen aus, daß es tatsächlich um eine Annäherung an die Positionen des als diskutabel erklärten radikalen Deutschnationalismus geht. Die Ausgrenzung faschistischer Positionen, heißt es durchgängig, sei Produkt eines zu überwindenden, hilflosen Antifaschismus. Damit wird dem Anliegen Rechnung getragen, das Thema Auschwitz als größtes Hindernis ungebrochen-positiven Nationalgefühls, zu beenden. Die Nazis seien Produkte gerade von Aufklärung und liberalistischer Erziehung – sie seien doch "unsere Kinder", so wird eine Gemeinschaft gestiftet, die mit organisch-familiären Bildern arbeitet, dadurch Nazi-Opfer ausgrenzt und auf das als "natürlich" begriffene nationale Volksganze abzielt. Der angeblich spiegelbildlich zum Nationalen strukturierte "Antinationalismus" des "Antideutschen", wird weiter behauptet, reproduziere die rechten Haltungen, statt sie in akzeptable Bahnen zu lenken – und über die heillose These, es gebe ein natürliches, gemäßigt-positives Nationalgefühl, ist der Grundstock zur Identifikation mit dem völkischen Deutschland gelegt.

"political correctness"

Die ExponentInnen der *"Debatte des Jahres"* – mögen sie nun Strauß oder Enzensberger (2) heißen, Nenning, Seebacher-Brandt, Fichter oder Templin – stellen sich als Opfer eines übermächtigen liberal-antinationalen Meinungslagers dar. Das Argumentationsmuster hat nicht nur Methode, sondern in der Debatte des deutschen Feuilletons inzwischen auch einen Namen: *"political correctness"*. Der rechte Hausautor der ZEIT, Dieter E. Zimmer, hat ihn ins Gespräch gebracht (3), und inzwischen erscheint kaum mehr ein deutschnational angehauchtes Statement, in dem nicht zumindest das Kürzel "PC" an prononcierter Stelle seinen Platz fände.

Der Begriff "political correctness" wurde zuerst in der afro-amerikanischen US-Debatte positiv besetzt. Rechte, Liberale und teils auch "Linke" knüpften negativ daran an und machten PC zum Feindbegriff, um Barrieren und Kodexe aufzuheben, die durch Minderheiten- bzw. Frauenrechtsbewegungen – tatsächlich oder angeblich – installiert wurden. Der Begriff gewinnt in der deutschen Debatte aber über den engen Zusammenhang zum Thema "nationale Identität" eine eigenständige Qualität.

In seinem Beitrag läßt Zimmer deutlich aufscheinen, daß die Quintessenz der bei

ihm unter dem Begriff *"political correctness"* angegriffenen Haltung der Liberalismus mit seiner Philosophie der Menschenrechte ist. Der *"optimistische, anthropologische Kern der PC"*, schreibt er, bestehe wohl in der Sicht, daß *"die Menschen überhaupt im Grunde 'alle gleich', und das heißt auch gleich klug, gleich gut, gleich motiviert sind; daß einzig 'die Gesellschaft' beziehungsweise 'ihre Agenten' die Schuld tragen, wenn sie es nicht auch de facto sind"*. Aus einer langen Liste dessen, was nach Zimmer in Deutschland insbesondere unter Intellektuellen konsensual festgelegt ist, seien hier nur ausgewählte Punkte benannt: repressive Einigkeit bestehe u.a. darüber, * daß Ausbeutung Ursache der Lage der 3. Welt sei; * daß der Golfkrieg als amerikanisches Verbrechen verurteilt werden müsse; * daß die deutsche Wiedervereinigung abzulehnen sei; * daß "national" und "nationalistisch" als Synonyme verstanden werden müßten; * daß Gentechnologie schlecht sei, und die Debatte um Euthanasie zu verbieten; * daß es keine phylogenetischen Ursachen für "Ausländerfeindlichkeit" gebe und * daß der Geschlechterunterschied nicht biologisch definiert werden könne.

Es liegt auf der Hand, daß Zimmers Wirklichkeitsbeschreibung eine bewußte Verzeichnung, eine rhetorische Übung ist. Leider ist die Behauptung absurd, die – vornehmlich angesprochenen – biologistischen Denkmuster seien tabuisiert. Vielmehr muß im Gegenteil eine breite Offensive biologistischen Denkens konstatiert werden. Der Mythos, die minoritären, an manchen Fragen marginalen Gegenströmungen seien dominant, dient dem Zweck, ihre endgültige Disqualifizierung konsensual durchzusetzen. Der *"political correctness"*, die das *"diffuse Erbe der lange meinungsbeherrschenden Linken"* antrete, will Zimmer den Todesstoß versetzen. Interessant und erschreckend zugleich ist, daß Zimmers Beschreibung des Gegners den Argumentationsmustern ähnelt, die von Verteidigern der Rasse-Definition Christoph Türckes in der "konkret" vorgeführt wurden. Die PC, schreibt Zimmer etwa, sei eine *"Tugenddiktatur"*, die auf die Herrschaft des Gemütszustands *"'Betroffenheit', auch 'Wut & Trauer' genannt"* beruhe: PC *"ist durch und durch moralisch: Das Inkorrekte ist nicht nur falsch, sondern böse."*

Zimmer, der sich brüstet, schon vor zwanzig Jahren in einem oft angegriffenen Buch die Vererbbarkeit von Intelligenz behauptet zu haben, will biologistischen Denkmustern zur Durchsetzung verhelfen. Dem droht im Wege zu stehen, daß jene biologistischen Ideologien in Deutschland ihre Verwandtschaft zur NS-Ideologie oder ihren Vorläufern kaum verleugnen, sie jedenfalls nicht abstreifen können. So sieht auch Zimmer das Besondere an der "political correctness" speziell in Deutschland im Faschismusverdacht, der stets lauere: *"Wer sich in Deutschland nicht an die Gebote des PC hält, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, er leiste, bewußt oder unbewußt, dem Nazismus Vorschub"*.

Von der Historikerdebatte zur "Debatte des Jahres" '94

Der Geschichtsrevisionismus ist daher ein Herzstück der aktuellen Debatte um die Herstellung einer nationalen Intelligenz. Diverse Autoren haben sich im Feuilleton darangemacht, Traditionen des *"Antifaschismus"* in Deutschland grundsätzlich anzugreifen und einen Anti-Antifaschismus zu formen. Neben neurechten und faschistischen Autoren tun sich hier aktuell insbesondere Wolfgang Kowalsky von der Grundsatzkommission der IG-Metall sowie der ehemalige "konkret"-Herausgeber und Buchautor (*"Fünf Finger sind eine Faust"*) Klaus Rainer Röhl hervor (4).

Das Anliegen, offensive nationalistische Ideologie in Deutschland trotz der Geschichte des Nationalsozialismus, trotz Auschwitz vorantreiben zu wollen, stand bereits 1986 hinter der sogenannten "Historikerdebatte". Deren Thema war die von Ernst Nolte provokativ formulierte Frage, ob *"nicht der 'Archipel GULAG' ursprünglicher als Auschwitz"* gewesen sei, eine Geschichtsrelativierung, der Liberale wie Habermas mit der Verteidigung der *"Singularität"* des Zivilisationsbruchs von Auschwitz entgegentraten. Viel zu wenig bekannt und diskutiert ist indessen, daß das zentrale *Anliegen* der rechten Protagonisten der Historikerdebatte die Renationalisierung der deutschen Intelligenz gewesen ist. Elisabeth Noelle-Neumann, Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach, ver-

Martin Walser: Ein Samisdatdeutscher

Das Beispiel Walser illustriert, wie die Parole "Mit den Rechten reden!" und völkisch-nationalistische Denkinhalte unentwirrbar ineinandergreifen.

Aufmacher seines "Spiegel"-Essays *"Deutsche Sorgen"* vom 28.6.93 ist die Klage, in einer TV-Talk-Show – vier Jahre zuvor! -öffentlich ins Abseits gestoßen worden zu sein. Weinerlich stellt er dar, wie er darüber zwei volle Tage ohne Nahrungsaufnahme im Hotelzimmer gebrütet habe. Die *"vorbedachte Meinungs-Regie"* Lea Roshs und rücksichtslose Talkpartner (u.a. Günther Gaus und Klaus Wagenbach) hätten ihn fertiggemacht: *"Ost- und Westteilnehmer erledigten mich unisono"*. Das Desaster rechnet Walser auf die angebliche Dominanz eines linken Kartells hoch, das sich allerorten in *"erpresserischem Meinungsverlangen"* übe.

Als Opfer eines angeblich hegemonialen linken Zeitgeistes solidarisiert sich Walser sogleich mit Leidgenossen: Skinheads, Nationalisten, Nazis. Rechtsextremismus werde vom vorherrschenden linken Mainstream erst produziert: *"Da ist eine ganze Gruppe Jugendlicher ins Abseits geraten, nur weil ihr Diskurs (der nach rechts tendierende) überhaupt nicht zugelassen wurde."*

Die Solidarisierung und die Forderung, mit den Nationalen zu reden, führten direkten Weges hin zur Herstellung eines gemeinsamen nationalen Lagers. Walser, in den 70er Jahren DKP-Sympathisant, identifiziert sich mit jenen, die schon immer, *"im Samisdat"* (also im Untergrund) das deutschnationale Bewußtsein hochgehalten hätten. Bei aller internationalistischer Rhetorik hätten ihn, schreibt er, mit jenen schon damals geheime Bande verbunden: *"Wer vor 1945 lesen und schreiben gelernt hat, der hat die Ausgrenzung miterlebt, vielleicht auch mitgemacht. Der hat auch die Selbstunterdrückung erlebt, die damit verbunden war"*. Nach Historikerdebatte und Wiedervereinigung fand Walsers *"Selbstunterdrückung"* ihr Ende – schließlich: *"Als was wird man denn geboren? Als Kind einer Familie, einer Landschaft, einer Sprache, einer Nation ..."*

Die Gemeinschaft der Nation erzeugt gemeinsame Probleme – z.B. das der *"Ausländer"*. Kurzsichtige Manager, so Walser, hätten sie ins Land geholt – deren Haltung sei gewesen: *"Nach mir die Sintflut. Die haben wir also jetzt."* Daß ihnen mit der Gewalt der Straße begegnet wird, findet Walser nicht schön, andererseits aber höchst verständlich: *"Ein Deutscher zu sein, das hieß für die Samisdatdeutschen ohnehin schon, gegen die herrschende Vernachlässigung des Nationalen eine gruppenbedürftige Kampfmentalität zu entwickeln. Und jetzt, nachdem der Eiserne Vorhang weg ist, kommen die Asylsuchenden herein, obwohl Arbeit und Wohnung schon drastisch knapp sind. Und schon wird man anfällig für das kranke Evangelium des Hasses..."* Der Rassismus der Straße müsse, so sein Programm, durch die nationale Besinnung vor allem der intellektuellen Elite überflüssig gemacht werden.

öffentlichte 1986 die Studie *"Die verletzte Nation"* und motivierte Stürmer und Nolte, wie sich nachweisen läßt, mit diesem Text ganz entscheidend zu ihren geschichtsrevisionistischen Vorstößen (5). Darin referierte sie als Ergebnis von Umfragen, daß *"die Deutschen im Weltmaßstab den geringsten Stolz auf ihre Nationalität äußerten"* und beklagte, die Deutschen trauten sich *"nicht mehr zu sagen, daß sie auf ihre Nationalität sehr stolz seien."* Als Ursache fehlenden Nationalstolzes erkannte sie, den Deutschen sei *"oft genug gesagt worden, daß sie Trauerarbeit zu leisten hätten und daß für sie Nationalstolz fehl am Platze sei ... die Schwächung der nationalen Idee aber schwächt ein Land nach innen wie nach außen"*. Sie richtete insbesondere gegen die Geschichtswissenschaft den Vorwurf, sie habe *"uns wenig ausgerüstet, uns mit so etwas wie Nationalcharakter auseinanderzusetzen"*.

Erklärte das Feuilleton noch 1986 die Liberalen um Habermas zu den Siegern der Debatte, erwies sich doch sehr bald, daß in Wirklichkeit die Vorstöße Noltes und Stürmers ihren Siegeszug angetreten hatten. Von der Grundhaltung eines Verfassungspatriotismus, wie sie Habermas in der Historikerdebatte propagiert hatte, distanzierten sich alsbald sogar damalige Mitstreiter (6). Mit dem Zusammenbruch des RGW und der deutschen Wiedervereinigung erhielt die völkisch-nationalistische Position materielle Gewalt, einen neuen Schub. Nun konnte Nolte in Siegerpose ein generöses Angebot zur Güte an die unterlegene Gegenpartei unterbreiten (7). *"Ohne Linksintellektuelle und ehemalige Marxisten"*, würdigte er ehemals linke AutorInnen, hätte der *"Kalte Krieg auf westlicher Seite nicht geführt werden können"*. Erst dieser Kalte Krieg habe den deutschen *"Wiederaufstieg"* nach der NS-Zeit möglich gemacht. *"Sogar diejenigen, die nachdrücklich für die Zweistaatlichkeit eintraten"*, konstatierte er gutmütig, hätten *"vermutlich, wenngleich gegen ihren Willen, einen wesentlichen Beitrag zur Wiedervereinigung geleistet, indem sie es den Verbündeten leichter machten, für das Prinzip der Selbstbestimmung einzutreten."* Noltes Text war deutlich vom Anliegen motiviert, nach Geschichtsrevision und geeinigter Nation nunmehr die Unterlegenen für die Aufgabe der geistigen Führung der Nation zurückzugewinnen. Für die Minimalplattform einer zukünftigen Gemeinsamkeit gab Nolte seinen ehemaligen Kontrahenten vor allem mit auf den Weg:

* Der *"Abschied von der sozialreligiösen Vorstellung des von allen gesonderten 'Menschen'"* müsse vollzogen werden, sprich: Nolte verlangt eine Absetzbewegung von der Kategorie allgemeiner Menschenrechte. An ihre Stelle solle *"die Wiedergewinnung der Begriffe des 'Bürgers' und der 'Zivilgesellschaft' treten"*.

* Erforderlich sei die *"Abstandnahme von der Verwendung des obsoleten und daher irreführenden Begriffs 'Nationalismus'"*, sprich: die vormals "verfassungspatriotische" Fraktion solle den Vorwurf an ihn und andere, "nationalistisch" zu argumentieren, nunmehr endgültig fallenlassen.

* Es müsse akzeptiert werden, daß *"Nationalbewußtsein"* notwendig sei. Ein solches Nationalbewußtsein könne – im Gegenzug – *"einen Zustand jenseits der souveränen Nationalstaaten"* akzeptieren, es habe defensiven Charakter. *"Nationalbewußtsein"* zu pflegen sei aber unabdingbar, *"weil die Nation für es einen unverzichtbaren Haltepunkt in einer nur allzu beweglich gewordenen Welt, eine unerläßliche Reduzierung der überwältigenden Komplexität des unleugbaren Gesamtzusammenhangs"* bedeute.

Heute können wir beobachten, daß der in der Intellektuellendebatte eingeforderte nationale Konsens die von Nolte formulierte Minimalplattform bereits in den Schatten stellt. Zwischen Noltes Statement und der "Debatte des Jahres" 1994 wirkten verschiedene Sonderdebatten als Katalysatoren zur völkischen Formierung der Intelligenz:

* In der *Hauptstadtdebatte* standen Bonn und Berlin für unterschiedliche ideologische Konzepte. Bonn stand für die westliche Verfassungsrepublik, die Hauptstadt Berlin wurde als Symbol für die wiedererstehende große Nation eingeführt und symbolisierte die ideologische Nähe zu den "jungen" östlichen Nationalismen. Grüne, Bürgerbewegte und PDS reihten sich in die Phalanx der Berlin-Befürworter ein und gaben bei der Bundestagsabstimmung den Ausschlag. Wo der CDU-Nationale Schäuble in einer pathetischen Bundestagsrede die nationalistische Berlin-Wahl beschwor, stellten auch die "linken" Berlin-Befürworter Werte wie "wirkliches Zusammenwachsen", "Nähe zu den östlichen Völkern" und "sich Wiederfinden" in den Vordergrund.

* In der *Stasi-Debatte* suchten Bürgerbewegte wie rechte Exponenten gleichermaßen, die DDR als illegalen Spalterstaat zu kennzeichnen und im nachhinein abzustrafen. Die regelmäßige Wiederkehr der Gleichsetzung von DDR- und NS-Regime (zum Beispiel in Jürgen Fuchs' Rede vom *"Auschwitz in den Seelen"* der DDR-Bevölkerung) diente der Relativierung des NS-Vernichtungsprogrammes. Das Ende der Spaltung und die Aufhebung der "Besatzung" wurde als Aufhebung einer Bestrafungssituation für die NS-Verbrechen wahrgenommen; durch das Ende der "Strafe" gilt auch die Problematik deutscher Nation als aufgehoben.

* Die *Asyldebatte* brachte die deutschnationale Identifikation auf Massenebene in die Offensive. Über die Ausgrenzung der "Asylanten", die durch die Staatsmacht dem Mob als Freiwild präsentiert wurden, stellte sich der *"Stolz, Deutscher zu sein"* in einem Maße ein, das zu Zeiten des geteilten Deutschlands in der BRD nicht erlaubt schien.

* Die *Erziehungs- und Wertedebatte*, die in den Nazis Produkte antiautoritärer Erziehung ausmachte, diente der deutschnationalen Wendung insbesondere ehemals "alternativer" Gesellschaftsspektren. Die Perspektive, Nazis als *"eigene Kinder"* zu begreifen, hebt sie von den Opfern ab, die – weil als nicht dem Volk zugehörig betrachtet – nicht zu "unseren Kindern" zählen und weniger wertig sind.

Die aktuelle Diskussion um nationale Identität vereint die gedanklichen Fragmente völkischer Ideologie aus den vorangegangenen Debattenprozessen. Saßen darin bereits "Linke" und "Alternative" an Einzelfragen mit der völkisch-nationalen Rechten in einem Boot, so wird mittlerweile die entwickelte Gemeinsamkeit in Sachen völkisch-nationalistischer Ideologie immer offener formuliert. Die Formierung *einer* nationalen Intelligenz macht Fortschritte – im folgenden sollen einzelne an diesem Prozeß beteiligte Segmente näher betrachtet werden.

Bürgerrechtler: Wir-Gefühl...

"1989 hat ein Epochenbruch stattgefunden" – mit dieser Feststellung fordert Wolfgang Templin, Mitbegründer der Bürgerrechtsgruppe "Initiative für Frieden und Menschenrechte" und Mitglied von Bündnis 90, die Auflösung eines überholten linken Lagerdenkens und eine Auseinandersetzung mit der nationalen Frage, die – so Templin – zwar nicht harmonisch, aber *"zwischen Linksliberalen und Nationalkonservativen"* doch *"demokratisch"* geführt werden müsse. Verantwortung mit der deutschen Geschichte könne, so der Bürgerrechtler, *"die Fragen der nationalen Identität nach diesen Diktaturerfahrungen nicht ausblenden."* Ort des Bekenntnisses zu solch freundlichem Umgang mit den Nationalen und mit dem Nationalen von ganz rechts: die neurechts-faschistische Postille "Junge Freiheit", die mittlerweile mit erhöhter Auflage wöchentlich erscheint (8). *"Die zivilisierende Normalität des Nationalstaates muß doch kein Wunschtraum bleiben"*, erklärt Templin sein romantisches Bekenntnis zu Demokratie, Zivilisation *und* Nation. Zwar erklärt er, Befürworter von *"ethnisch inhomogenen Gesellschaften, Kulturen und Staaten"* zu sein, ergänzt aber: *"allerdings nur dort, wo das Miteinander der einzelnen Völker frei-*

willig geschieht und eine erträgliche Konfliktschwelle durch die Mindeststandards menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Natur gewährleistet ist." Ob er das in Deutschland wohl für gegeben hält?

Templins nationalistische Töne stoßen nun nicht etwa bei jenen BürgerrechtlerInnen auf Gegenrede, die im Feuilleton noch immer eher "der Linken" zugeschrieben werden, etwa bei Bärbel Bohley. Nur taktisch kritisiert sie ihren Weggenossen Templin. Für seine Gedanken sei die "Junge Freiheit" *"der falsche Ort"*, betont aber andererseits, es sei völlig richtig, *"die von Templin angesprochenen Fragen zu diskutieren"* (taz, 5.3.1994).

Den Schulterschluß mit anderen nationalen Geistern probte die vollständige Riege der BürgerrechtlerInnen, als sie eine *"Respekterklärung"* für Günther Nooke unterschrieb, der als ehemaliges Bündnis 90-Mitglied (nach der Fusion von Bündnis 90 mit den Grünen blieb er parteilos), Volkskammerabgeordneter und Mitglied im Stolpe-Untersuchungsausschuß die Ampelkoalition in Brandenburg platzen ließ. Mit von der Partie: u.a. der notorisch nationalkonservative Michael Wolffsohn sowie Brigitte Seebacher-Brandt, die ebenfalls keinen FAZ-Artikel, keine CDU-Veranstaltung, keine Erklärung ausläßt, um an Bündnissen rechtskonservativer Ausrichtung zu schmieden. Die Unterstützung für den Stolpe-Kritiker erfolgte nicht von ungefähr – die "Wochenpost" charakterisierte den Shooting-Star folgendermaßen: *"Nooke, der zum Frankfurter Kreis unabhängiger Intellektueller und Honoratioren gehört, die Jens Reich als Bundespräsident vorschlugen, baut auf ein Wählerpotential mit Zukunft. Seine 'Leistungsträger der Demokratie' könnten, wenn sie dem Ruf folgen, eine interessantere Truppe werden als die ewigen Ossis und die Komitee-für-Gerechtigkeit-Helden. Er spricht nicht von Bürgerrechtlern und schon gar nicht von Bewegung. Nooke sagt: 'Elite muß wieder ein positiver Begriff werden in Deutschland', nennt Carl Friedrich von Weizsäcker den 'größten Denker des Jahrhunderts, zitiert Joachim Fest wie andere den Evangelisten Matthäus."* (Wochenpost, 30.3.94)

Es scheint indessen ihre beklagenswerte Gefühligkeit zu sein, die das Gros der BürgerrechtlerInnen unaufhaltsam immer weiter in die Suche nach *"nationaler Identität"* treibt – wenn nicht einfach die Notwendigkeit, weiter Beachtung und Brot zu verdienen, Grund für ihr Streben ist, im (wie Vollmer formulierte) *"Zentrum der Republik für seine Kultur und Identität verantwortlich"* zu werden. Die Stimmungslage spiegelt jedenfalls recht plastisch ein Bericht von einer Tagung wider, die der "Berliner Autorenkreis" (angelehnt an die Konrad Adenauer-Stiftung) durchführte. Unter Beteiligung von Ost-SchriftstellerInnen wie Freya Klier, Helga Schubert und Klaus Poche behandelte man dort Anfang 1994 bereits zum zweiten Mal das Thema "Nation". Erfreut notiert die FAZ, daß es zuallererst *"um die innere Einheit der Deutschen ging"* und wie sehr die Argumente derer überzeugten, *"die den Bezug auf die Nation für unabdingbar hielten"* (FAZ, 9.2.94). Auf den Punkt habe es Chaim Noll gebracht, der sich *"eins mit den übrigen Dissidenten aus der einstigen DDR"* wußte, als er feststellte, es sei endlich an der Zeit, *"aus der Verwilderung zurückzufinden"*. Was hier unter *"verwildert"* und *"heimgekehrt"* verhandelt wird, bedeutet die gefühlige Fundierung eines romantisch verbrämten, ethnischen Volks- und Bodennationalismus. Die FAZ notiert zum Tenor des Treffens: *"Erschöpft scheint die Überzeugungskraft der Schlagworte. Was einmal die Aufklärung vollenden sollte, die multikulturelle und multiethnische Gesellschaft, weckt unterdessen Skepsis auch unter toleranten Zeitgenossen. Wo ohnehin alles fragwürdiger, undurchsichtiger wird, wo die Wirtschaft angeschlagen taumelt, die Politik das Vertrauen der Menschen verspielt, da wächst das Verlangen nach einer emotionalen Geborgenheit, die sich herleitet aus dem Gegebenen, aus der Herkunft der Sprache, der Kultur und der Sitten sowie aus der territorialen Erfahrung."*

Nicht zufällig im Ullstein-Verlag erschienen ist das neue Buch Tilmann Fich-

Gegenwehr, verfassungspatriotisch

Angesichts neurechter Vorstöße scheint etlichen aus der Linken stammenden kritischen Geistern ein *"Verfassungspatriotismus"*, wie ihn etwa Habermas propagiert, zum einzig denkbaren Kontrapunkt zu werden. Die Journalistin Charlotte Wiedemann sucht z.B. in der "Woche", den Geißler/Süßmuth-Flügel der CDU gegen Schäuble und rechtere Exponenten ins Gespräch zu bringen. Angesichts einer zerfallenden Linken gelten ihr – in vertrauter bündnispolitischer Tradition – antirechte Kritiken wie jene Friedbert Pflügers (*"Die Republik driftet"*) unterstützenswert. Eine Problematisierung des Konzepts *"Zivilgesellschaft"* hält sie gegenüber solcher Realpolitik der Vernachlässigung für würdig. In einer Debatte des "ak" schreibt sie: *"Sicher kann man dem Begriff Zivilgesellschaft anlasten, daß er zur Beschreibung der bestehenden Verhältnisse wenig taugt und für ihre Analyse noch weniger hergibt. Das scheint mir aber, mit Verlaub, gegenwärtig eher ein seminaristisches Problem zu sein. Weitaus entscheidender für den Verlauf der Debatte ist, daß konservative Meinungsmacher zunehmend die 'Zivilgesellschaft' ins Visier nehmen, um dagegen ihre Auffassung eines national konturierten Staates zu setzen. Und das ist, leider, kein seminaristisches Problem."* (ak, 11.5.1994)

Die klägliche Rolle, die die Verfassungspatrioten bei der Wiedervereinigung spielten – letztlich haben sie allesamt vor "einig Vaterland" ihren Kotau gemacht – ist aber logische Konsequenz ihres Denkens. Wer sich auf deutsche Verfassungstraditionen beruft, darf sich nicht wundern, wenn völkisches Deutschtum dabei herauskommt, ist doch die These von der deutschen Nationalgeschichte in ihr ebenso fundiert, wie die Definition des Deutschen über Blutsbande. Aber auch vom spezifisch deutschen Fall abgesehen: Bürgerliche Rechtstraditionen, die Verfaßtheit bürgerlicher Staaten lassen sich historisch wie logisch von ihrer nationalen, also: nationalistischen Fundierung gar nicht trennen. Wer die abstrakte Seite des Staatsbürgerdaseins propagiert, befördert implizit ideologisch als Kehrseite *immer* auch den Mythos der konkreten Sprach-, Abkunfts- oder Kulturbande.

Linke, die sich immer mehr beschränken, die Positionen Geißlers, Süßmuths, Pflügers zu reproduzieren – wahlweise mögen sie auch Konzepten von "Zivilgesellschaft" folgen, wie sie z.B. durch Michael Brumlik, Jan Philipp Reemtsma oder Dan Diner propagieren – opfern ihre Inhalte, ohne dafür gegen den nationalistischen Trend im mindesten haltbare Positionen einzutauschen.

Wie marginalisiert die verfassungspatriotische Haltung indessen in den aktuellen deutschen Diskursen ist, zeigt sich an der Verfassungsinitiative eines Bündnisses von Brumlik bis Grass. Der Versuch, die Abstammungsregel im deutschen Grundgesetz zu ändern, gedacht als Gegenwehr gegen rechte Dominanz, ging in der veröffentlichten Debatte völlig unter.

Will eine Linke sich rekonstruieren, muß sie reflektieren, daß ihre eigenen, z.B. leninistischen Denktraditionen in der Frage "Nation und Staatlichkeit" über die bürgerliche Symbiose von Verfassungspatriotismus und Nationalismus nicht hinausreichte. Die Theoriedefizite zu füllen, und sich theoretisch wie praktisch antinational zu definieren, ist die einzig sinnvolle Antwort auf die erneut erkennbare Barbarisierung der bürgerlichen Staatlichkeit.

ters (vom SPD-Parteivorstand für Schulungsfragen abgestellt): *"Die SPD und die Nation"* (9). Das Ex-SDS-Mitglied rechnet darin mit der alten *"Ost- und Entspannungspolitik"* der SPD ab und besinnt sich zurück auf den ersten SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, der – so Fichter – nach 1945 gemeinsam mit Erich Ollenhauer an der nationalen Einheit festgehalten habe und der in der Politik der forcierten Westorientierung Adenauers die Gefahr einer Verfestigung der Spaltung erblickte (10).

SPD: "national sensible Geister"

Fichter kommt zum Schluß, daß die *"Enkelgeneration in der westdeutschen Sozialdemokratie"* mit dem Godesberger Programm *"ihre gesamtdeutsche Identität"* verloren habe; *"Ein tiefer Mentalitätsbruch war die Folge, der sich im Neuvereinigungsprozeß Ende der achtziger Jahre durch eine generationsspezifische Sprachlosigkeit nicht nur in der SPD-Führungsetage bemerkbar machte"* (S. 148).

Erklärtes Ziel der Schrift ist es, gegen die ehemaligen Weggenossen wie Günther Grass, Günther Gaus oder Jürgen Habermas zu streiten, die die Zweistaatlichkeit verinnerlicht hätten und die Wiedervereinigung, so Fichter, als *"narzißtische Kränkung"* erleben würden, oder gegen Oskar Lafontaine, der *"in seinen Reden am liebsten über die Antiquiertheit des Nationalstaates"* sinniere (S. 70). Gegen sie müsse in der SPD ein normales Verhältnis zum Nationalstaat, die Wiedergewinnung einer nationalen Identität, durchgesetzt werden. Nur so könne die SPD zu ihrer alten Tugend, zur Solidarität zurückfinden. Fichters Gedanken kreisen um die "nationale Aufgabe", mit den wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung fertigzuwerden; dafür müsse freiwillig Verzicht geleistet werden, statt länger auf der Idee des Wohlfahrtsstaates zu beharren – die *"Frage der nationalen Einheit"* müsse vor die *"soziale Frage"* rücken: *"Die liebgewordenen Vorstellungen der SPD der achtziger Jahre vom ewigen Frieden, vom unerschütterlichen, bürokratisch verwalteten Wohlfahrtsstaat oder vom scheinbar gefahrlosen Einstieg in die kleine, feine und reiche europäische Marktwirtschaft sind an ihr Ende gekommen."* (S. 207)

Ebenso wie die erklärtermaßen rechtskonservative Brigitte Seebacher-Brandt, die, wie Glotz es ausdrückt, auch zu *"jener kleinen, feinen Truppe der 'national sensiblen Geister' innerhalb der SPD"* gehört, *"das Scheitern der Partei"* in unmittelbarem Zusammenhang mit dem *"problematischen Verhältnis der SPD zur Nation"* sieht, verknüpft auch Fichter Regierungsfähigkeit und nationale Orientierung: *"Es wird der SPD wohl kaum gelingen, über die 30 Prozent-Marke zu kommen, wenn sich in der Partei nicht eine Mehrheit findet, die dafür streitet, daß die SPD erneut die Partei der sozialen und nationalen Einheit"* wird (vgl. FAZ, 13.11.93).

Solche Einschätzung, aber vor allem das Schlüsselwort von der wiederzuerringenden *"nationalen Identität"* aktivierte die national gesinnten intellektuellen Freunde. In allen großen Zeitungen wie auch der taz erschienen – durchweg zustimmende – Buchbesprechungen:

* Für den "Spiegel" (2.8.93) lobte der ehemalige ARD-Korrespondent in der DDR, Peter Merseburger, Fichters Forderung, daß die SPD endlich die Idee des Wohlfahrtsstaates aufgeben und Solidarität mit dem Ostblock üben müsse, und die Angriffe gegen das *"postnationale Lebensgefühl"* der *"sozialdemokratischen Führungsriege"*.

* Für die ZEIT ging der Ex-tazler Klaus Hartung in die Bütt. "Vademecum für Minenhunde" titelte er gegen Diskursgegner und hob besonders hervor: *"In seiner Werteskala rückt Fichter 'Freiheit, Demokratie und Nation' nach vorn; erst dann folgen 'Wohlfahrtsstaat, Ökologie und Internationalismus'. Man kann ihm in der Befürchtung folgen, daß die deutsche Demokratie ohne eine geklärte nationale Identität kaum die nötige Solidarität entwickeln wird, um mit der Verelendung im Osten fertig zu werden."* Dabei geht Fichter dem Hartung noch längst nicht weit genug, denn, so Hartung, *"die Divergenz zwischen Europapolitik und deutscher Interessenlage"* werde bei jenem noch *"kaum berührt."*

* Für die taz (21.8.93) fand Wolfgang Templin lobende Worte: *"Fichter geht es aber vordringlich um das Versagen der eigenen Partei. In einem eindringlichen Kapitel 'Kalte Herzen – verfehlte Strategien' beschreibt er, wie die Verkennung und Leugnung des Befreiungs- und Einigungsbestrebens in Ostdeutschland zur Blockade der gesamten gegenwärtigen SPD-Politik führte."* Wenn Fichter das *"Denkverbot und die Tabuisierung der Diskussion in Sachen 'neue nationale Einheit der Deutschen'"* durchbreche, spreche das *"nur für ihn"*.

Wen wundert, daß bei soviel Zustimmung die *"kleine, feine Gruppe der nationalen Geister"* in der SPD derzeit wächst und das Bündnis mit den unverfälscht rechtsnationalen Kreisen sucht.

Innerhalb der SPD formierten sich rechtsnationalistische Jugendliche im Hofgeismarer Kreis. Er besteht aus jungen SPD-Mitgliedern, die gemeinsam mit dem Leipziger Juso-Vorsitzenden Sascha Jung den nationalen Gedanken in der SPD hochhalten wollen. Sie beziehen sich mit diesem Namen auf das historische Vorbild einer Gruppe von Jungsozialisten, die sich im Gegensatz zur offiziellen Sozialdemokratie nach der Besetzung des Rheinlandes durch französische und belgische Truppen 1923 betont national und staatsbejahend verhielten. Es kursiert ein Flugblatt dieser Truppe, in dem es heißt: *"Wer sich als Deutscher bewußt zu seiner Nation und deren Kultur und Geschichte bekennt, wird schnell als Rechtsradikaler ausgegrenzt."* Die Deutschen und vor allem die deutschen Politiker, fordert der Kreis, sollten sich *"von den sinnlosen Schuldkomplexen, der tiefen Nationaldepression lösen"* (vgl. FAZ, 15.7.93). – Kaum verwunderlich, daß Tilman Fichter, dem ausgerechnet die *"Rolle eines Kundschafters der SPD-Führung"* zugewiesen wurde, sich gegen eine *"einfache Ausgrenzung der Hofgeismarer"* wandte. Die *"jungen Leute um Jung"*, so Fichter, seien eben *"fasziniert von der ethnisch-nationalen und aktivistisch-staatstreuen Tradition des historischen Hofgeismarer Kreises"*, und das müsse man verstehen...

Trotz der teils scharfen Angriffe auf die sozialdemokratische Ostpolitik und auf führende Funktionäre sind die exponierten Nationalen in der SPD nicht etwa isoliert, lediglich eine Minderheit um Gaus und Glotz opponiert gegen ihre Interventionen. Im Bemühen, nationale Verantwortung zu übernehmen, deckt die SPD-Führung die Vorstöße vielmehr und nähert sich der Parole von der "nationalen Identität" immer mehr an.

Beispiele der Links-Rechts Zusammenarbeit

Auf Prozesse des Eindringens einer durchformulierten deutsch-völkischen Ideologie in verschiedenste gesellschaftliche Lager setzt schon seit längerem eine "neue Rechte", die sich theoretisch auf die französische "nouvelle droite" um Alain de Benoist bezieht. Sie modernisierte rechte Ideologie und formuliert ihren Rassismus nunmehr kulturalistisch, den Nationalismus ethnoplural. Nicht auf kurzfristige Parteigründungen orientiert sie ihre Aktivitäten, sondern auf gezielte Diskursinterventionen, um so gesellschaftliche Hegemonie zu erringen. Diese "Neue Rechte" hat sich in verschiedenen Organen seit längerem bemüht, mit links-alternativen Nationalisten ins Gespräch zu kommen, und begrenzt eine kontinuierliche Links-Rechts-Connection (u.a. mit Günther Nenning, Alfred Mechtersheimer) schon seit längerem hergestellt.

Über die aktuellen Debatten erreichte ein neurechtes Spektrum um die rechtsradikale Wochenzeitung "Junge Freiheit" einen neuen Grad an gesellschaftlicher Akzeptanz. Sie nutzt speziell ihre Interviewseite, um hier neben Nolte, Schönhuber, Mohler und Gauweiler die sogenannten "Querden-

ker" der gesprächsbereiten Linksnationalen zu versammeln. Es geht darum, die rechtsradikale Marginalisierung immer weiter zu durchbrechen, "linke" Namen werbewirksam zu präsentieren und so die Zugänge eigener Ideologen zur "seriösen" Presse zu verbreitern. Die "Junge Freiheit" wirbt damit, ein *"Forum ohne geistige Schranken"* zu sein, und praktiziert geschickt nützliche Arbeitsteilungen: der Pole Andrzej Madela interviewte Templin, während das Verbreiten der Auschwitzlüge dem Gastautoren David Irving überlassen blieb.

Neben dem bereits zitierten Bürgerrechtler gelang es ihnen bisher das Mitglied der Grundsatzkommission der IG-Metall, Kowalsky, den Fraktionsvorsitzende der PDS in Mecklenburg-Vorpommern Scheringer, den Linksnationalisten Ammon und den Schatzmeister der Berliner Alternativen Liste Schröder, zu Wort kommen zu lassen. Einig sind sich die hier Rede und Antwort stehenden Vertreter vor allem darin, linke Inhalte zu denunzieren, Breschen in ehemals linke Diskussionszusammenhänge zu schlagen und – wo andere darüber erst nachdenken – die Öffnung nach rechts ganz praktisch voranzubringen. Hauptgegenstand ihrer Ausführungen ist die Geißelung *"überkommener linker Inhalte"*; Wolfgang Kowalsky erklärt z.B. in der "Jungen Freiheit" den Antifaschismus für *"ein totes ideologisches Konstrukt"* (JF 11/92), Herbert Ammon rechnet mit der *"Multikultur-Ideologie der tonangebenden Linken"* ab (JF, 18.3.94).

Daß über früher gültige Formierungsgrenzen hinweg immer mehr Bündnisse nationalistischen Ideologiegehalts zustandekommen, dokumentiert sich insbesondere in diversen Unterschriftenlisten der letzten Zeit. Die bereits erwähnte Ehrenerklärung für Nooke wäre hier ebenso anzuführen wie die Initiative für die Kandidatur Jens Reichs zum Bundespräsidenten, die das Zusammenwachsen Deutschlands befördern sollte und neben einer Anzahl von Bürgerrechtlern unter anderem rechte FAZ-Autoren bzw. -Herausgeber als Unterstützer fand. Auch in der Aufforderung an westliche und deutsche Politik, militärische Interventionen in Bosnien zu forcieren, kamen mehrfach – unterschiedlich zusammengesetzt – Links-Rechts-Pools überein.

Das bisher breiteste Bündnis zwischen links- und rechtsnationalistischer Intelligenz aber provozierte der rechte Historiker und Revisionist Rainer Zitelmann, der als Cheflektor des Ullstein Verlages eine besondere Vorliebe für ehemalige Linke und Alternativnationalisten an den Tag legte – bei ihm veröffentlichten u.a. Fichter, Kowalsky und Mechtersheimer. Als Leiter der "Welt"-Beilage "Geistige Welt" brachte er gemeinsam mit den Mitstreitern Schacht und Schwilk diverse Artikel zur Veröffentlichung, die rechtsnationalistisches und geschichtsrevisionistisches Gedankengut transportierten. In eigenen Artikeln nahm er die *"Nischenkonservativen"* aufs Korn, die gegenüber der Linken *"Appeasement"* betrieben. Ein erheblicher Teil der wahrlich nicht linksverdächtigen "Welt"-Redakteure protestierte gegen den neuen Vorgesetzten, sei es aus Konkurrenz, sei es, weil sie tatsächlich – wie sie schrieben – befürchteten, als Steigbügelhalter der Reps fungieren zu sollen. Die "Welt"-Redakteure setzten durch, daß zunächst die Zitelmann-Vertrauten Schacht und Schwilk zur "Welt am Sonntag" zurückdelegiert wurden, und daß schließlich auch Zitelmann sich vom leitenden Posten bei der "Welt" verabschieden mußte.

"Libidinöse Beziehung zur Schuldgeschichte Deutschlands"

In einem Leitkommentar der FAZ vom 8.6.94 stellte sich Autor Eckhard Fuhr in der Debatte um deutsche *"Mittellage"* vor die neurechten Autoren Zitelmann und Weißmann: *"Wer als 'Feind des Westens' gebrandmarkt werden kann, ist in die Defensive gedrängt und von Ausgrenzung bedroht. An Publizisten wie Zitelmann und Weißmann wurde das – überraschend ist es nicht – in einer Weise vorexerziert, die mit intellektueller Redlichkeit und der viel beschworenen Streitkultur wenig zu tun hat."*

Fuhr dreht, wie die Neurechten, den Vorwurf der "Sonderwege" einfach um: *"Paradoxerweise soll dieses deutsche Sonderbewußtsein, auch Verfassungspatriotismus genannt, deutsche Sonderwege beenden."* Er behauptet zunächst, defensiver als Zitelmann und Weißmann, die Westbindung werde von niemandem in Frage gestellt, und poltert: *"Der aus der fast libidinösen Beziehung zur Schuldgeschichte Deutschlands aus dem schrecklichen Faszinosum der nationalsozialistischen Verbrechen gespeiste negative Nationalismus, das antideutsche Deutschtum, wendet sich aggressiv gegen jeden, der die 'Westbindung' nur für eine schlichte und vernünftige Tatsache hält, nicht aber für einen neuen therapeutischen Nationalkult."* Der Beitrag endet aber in der Anbindung der eigenen Position an die der neurechten Exponenten: *"... es ist töricht, alle Fragen als 'antiwestlich' zu tabuisieren, die über den Status quo westlichen Selbstverständnisses hinausweisen"*.

Daß Zitelmann die erreichte Position bei der "Welt" nicht halten konnte, wird vielfach als Beleg dafür angesehen, daß die neurechte Connection sich gegenüber einer dominanten Mitte isoliert habe. Die Argumentation erinnert an ähnliche Einschätzungen 86/87, die damals die rechten Historiker Stürmer und Nolte an den Rand gedrängt sahen; deren Vorstöße veränderten, wie sich schnell erweisen sollte, dennoch die Debattenverläufe entscheidend und konnten sich binnen kurzer Fristen durchsetzen.

So mag relevanter als der Ausgang des Streits in der "Welt"-Redaktion werden, von welchem Personenkreis sich die Angegriffenen die *"Ehrenhaftigkeit"* ihres politischen Tuns bescheinigen lassen konnten. Michael Wolffsohn und Brigitte Seebacher-Brandt, Arnulf Baring und Günther Nenning, Alfred Mechtersheimer und Eckhard Jesse attestierten Zitelmann in einem (übrigens von jenem selbst verfaßten) Text, daß der *"seine ganze politische Erfahrung zur kompromißlosen Verteidigung der Demokratie gegen Angriffe von Links- und Rechtsradikalismus eingesetzt"* habe. Nur der *"Meinungsfreiheit"* und *"Meinungsvielfalt"* zu Diensten wollte man sein, betonte hinterher Seebacher-Brandt, und verdeutlichte sogleich, welche Meinung hier vervielfältigt werden soll, indem sie im gleichen Kontext den Geschichtsrevisionisten Ernst Nolte als *"bedeutenden Denker und großen Anreger"* feierte (Zitate nach FAZ, 18.4.94). Natürlich durften auch die Unterschriften von Templin und Fichter unter diesem Dokument nicht fehlen. Fichter bemühte, nach Beweggründen gefragt, zunächst die *"abstrakte Frage der Meinungsfreiheit"*, verwies dann auf positive Erfahrungen, die er mit Zitelmann *"als Redakteur im Ullstein Verlag gemacht"* habe, um schließlich die nationalistische Katze aus dem Sack zu lassen: es gelte, die *"Frage der nationalen Identität offensiv"* anzugehen; es gebe eine *"nationale Problematik"*, die *"die alternative Intelligenz"* nicht bewältigt habe; und schließlich sei aktuelle Politik umfassend als nationale durchzubuchstabieren: *"Wenn die Arbeiter von Wuppertal in den kommenden Jahren auf zehn Prozent ihres Einkommens verzichten sollen, um Ostdeutschland zu reindustrialisieren, dann hat das mit der nationalen Frage zu tun. Warum sollten sie auf einen Teil ihres Lebensstandards verzichten, wenn es nicht eine nationale Klammer mit den Menschen in Sachsen gibt?"*

Eine zweite Erklärung für Schwilk und Schacht fand weitere Unterstützung aus dem illusteren Kreis von – insbesondere dem Osten entstammenden – Autoren: Hans Christoph Buch, Walter Kempowski, Lutz Rathenow und Gabriel Laub setzten sich für Zitelmanns Kumpanen ein (vgl. taz, 18.3.94).

Zurück zur deutschen "Mittellage"

In einem "Spiegel"-Beitrag spitzt Bodo Morshäuser seine Position gegen Vertreter der "political correctness" zu: *"Seit 1990 lautet die Frage: Auf welche Weise nimmt dieses nun große und nicht mehr besetzte Land seine ihm zustehende Position an oder nicht."* In der Tat ist dies die Frage, die deutsche Intellektuelle unterschiedlicher Herkunft derzeit umtreibt. Einig ist man sich darin, sie auf jeden Fall national zu "lösen" – Berührungspunkte nach rechts werden in keiner Weise gescheut, Schranken kaum noch gesetzt. Ein kleiner, rechtskonservativer Intellektuellenkreis versucht auf dieser Grundlage gegenwärtig mit eigenen, weitergehenderen Positionen meinungsbildend zu wirken.

Als Historiker stellen sich diese "Jungkonservativen" zwar in die Tradition Noltes, über dessen noch 1986 als geschichtsrevisionistische Offensiven begriffene Vorstöße gehen sie aber bereits weit hinaus. Die Relativierung und teilweise Rehabilitierung der NS-Politik durch Nolte ist die Grundlage für Untersuchungen, in denen etwa Rainer Zitelmann "modernisierende" Züge des Nationalsozialismus für aktuelle Politik wiedergewinnen will. *"Die Konservativen sind in den letzten 20 Jahren so marginalisiert worden, daß sie sich zum Teil auch aus purer Resignation auf historische Gedankengänge beschränken"*, kritisiert Karlheinz Weißmann. Gegen die *"Toscana Fraktion"*, aber auch den *"Geißler/Süßmuth-Flügel"* gerichtet, ruft er zum Abschied von der *"Schuld-Metaphysik"* und der *"üblich gewordenen schwarzen Legende zur nationalen Geschichte"* auf; die daran geknüpfte Weltanschauung sei so überholt, daß sie bereits alle *"Symptome des Wirklichkeitsverlustes"* zeige. Bürgerliche Gegner, wie die dynamischen Newcomer Friedbert Pflüger (11), werden in der FAZ mit dem Verdikt, sie suchten einen *"intellektuellen Morgenthauplan"* zu dekretieren, ad acta gelegt (FAZ, 18.4.93).

Die neurechte Historikergruppe sucht nahtlos an die deutsche Nationenbildung 1871 anzuknüpfen und will aus dem daraus gewonnenen Bild – entgegen der alten Konzentration auf Geschichte – entschieden *"Gegenwartspolitik"* betreiben. Weißmann flicht die gewonnenen Schlußfolgerungen im zeitgemäßen Yuppie-Stil dem Schnelldurchgang durch deutsche Nationalgeschichte ein. Als *"verständlichen Wunsch"* bezeichnet er, daß die Nation Deutschland 1871 *"ihren Platz in der Welt ihrem Rang gemäß"* bestimmen wollte. Der Rang, der ihr gebührte, war der einer *"Großmachtposition"*. Als *"selbstverständlich"* gilt, daß sich die übrigen Großmächte davon bedroht fühlen mußten, es zu Kriegen kam und Deutschland *"eben zweimal eine katastrophale Niederlage hinnehmen"* mußte (Junge Freiheit 10/92). Den deutschen Faschismus behandelt Weißmann in seinem Geschichtsdurchgang nicht weiter, zieht hingegen Konsequenzen für die Gegenwart. Deutschlands *"Westintegration"* der Nachkriegszeit wird in Frage gestellt. Um die wieder durchgesetzte Weltmachtrolle wahrzunehmen, müsse Deutschland die traditionelle *"Mittellage"* zur Grundlage außenpolitischer Orientierungen machen: *"Tatsächlich kehrte Deutschland mit dem Ende der Teilung Europas in seine ursprüngliche geopolitische Lage zurück. Das erzwingt ein Nachdenken über Außenpolitik, das auf Faktoren Rücksicht nimmt, die es während des Kalten Krieges nicht gegeben hat."*

Offensiv ins Gespräch gebracht wird diese These von Zitelmann, Weißmann und anderen rechten Publizisten und Wissenschaftlern in dem Band *"Westbindung, Chancen und Risiken für Deutschland"*. Während ein Autor wie Weißmann noch vor zwei Jahren eher in den neufaschistischen Nischenblättern publizierte, brilliert er nunmehr breit im bürgerlichen Feuilleton. Es müsse als *"selbstverständlich"* gelten – schreibt Weißmann in der FAZ vom 22.4.94 – daß *"Deutsche über die Westbindung"* nachdenken, und fährt fort: *"Dabei geht es im Kern nicht um die Fragen, ob die Nato in der Vergangenheit eine sinnvolle Allianz gewesen ist, und als einzige mögliche Bundniskonzeption verbleibt, sondern darum, daß die 'Westbindung' als ideologisches Versatzstück sich überlebt hat und in Deutschland falsches Bewußtsein speist."* Er fordert also eine Revision der Politik der Kohl-CDU, die – wie die FAZ mutmaßt – auch dem Ziehvater Nolte möglicherweise zu weit gehen könnte. Entgegen Noltes Erfahrungen, festgefügte Systemauseinandersetzung erfordere im Antikommunismus geradezu zwangsläufig das Bündnis mit dem Westen, kann heute – nach Auflösung der Systemauseinandersetzung – die neue Rechte auf alte Positionen des antiwestlichen Denkens einschwenken. Die Debatte wird durchaus auch historisch offensiv geführt, und die Kontroverse über die Politik Adenauers gesucht, der sich für eine Westintegration und damit auch für die Bindung an westlichen Liberalismus und Demokratie entschieden habe.

Mit ihren Thesen zur *"Mittellage"* und antiwestlichen Ideologieelementen stoßen Jungfaschisten wie Weißmann im entstandenen Links-Rechts-Pool auf Anklang. In ehemals links angesiedelten Gruppen – bei Kommunitaristen, Teilen der Sozialdemokratie, DDR-Dissidenten – werden solche Ideologieelemente schon heute geteilt. Daß die Rolle Deutschlands in der Welt neu definiert werden müsse, ist in der entstehenden nationalen Elite unumstritten. Ihre spezielle Auflösung des "Problems" bringt die neufaschistische Rechte gegenwärtig mit Thesen in die Offensive, die über die weitverbreitete Ablehnung von Maastricht im öffentlichen Disput präsent sind. Die neufaschistische Rechte ist im enstandenen nationalistischen Links-Rechts-Pool also alles andere als isoliert, und die Erlangung von Diskursfähigkeit ist ihrer neurechten Strategie entscheidend.

Die Neurechten denken aber auch immer wieder in Richtung Parteiformierung nach: Zum *"Abschied von der Bonner Republik"* fehle, schrieb etwa Weißmann, nur noch *"eine Partei des gesunden Menschenverstandes"*, die die Lösung der Westbindung umsetze. Für den Fall, daß dies gelänge, prognostiziert er eine glänzende Zukunft: *"Ich glaube, daß den Deutschen, die in ihrem Werdegang eigentlich noch nie so richtig fertig geworden sind, die so viele jugendliche Züge behalten haben, daß denen noch große Aufgaben zuwachsen werden, die zu erfüllen die älteren Nationen nicht in der Lage sein werden."* (Junge Freiheit, 10/92)

Gabriele Becker/ Berthold Brunner

Anmerkungen:

1) Gregor Schöllgen, *"Keine Angst vor der Macht"*, ZEIT vom 25.2.94; Schöllgen ist Geschichtsprofessor in Erlangen.

2) Enzensbergers Beitrag: Die Infragestellung der Universalität der Menschenrechte über die These, ihre Verwirklichung sei zunächst einmal in räumlicher Nähe – sprich: eigener Kulturkreis, eigene Nation – voranzutreiben; vgl. "Spiegel", *"Ausblicke auf den Bürgerkrieg"*, 21.6.93.

3) Dieter Zimmer, *"PC oder: Da hört die Gemütlichkeit auf"*, ZEIT vom 22.10.1993

4) Kowalsky verfaßte das Buch *"Rechtsaußen und die verfehlten Strategien der deutschen Linken"*, 1993, diverse Essays und Interviews; Röhl, der vor kurzem bei Nolte promovierte, rechnete u.a. in der FAZ mit der *"Lebenslüge Antifaschismus"* ab (9.10.93).

5) Vgl. die Beiträge von rh. in: "ak" 317 und 329

6) Vgl. z.B. zum Verhalten von Immanuel Geiss und Christian Meier "ak" 329, S. 32

7) Vgl. Ernst Nolte, *"Die unvollständige Revolution"*, FAZ vom 24.1.91, S. 27

8) Interview mit Wolfgang Templin, Junge Freiheit vom 25. 2. 1994.

9) Tilman Fichter, *"Die SPD und die Nation. Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit"*, Berlin, Frankfurt/Main 1993

10) Schumacher erklärte z.B. 1945: *"Deutschland wird nie die Oder-Neiße-Linie, wie sie von den Siegermächten in Potsdam festgelegt wurde, als deutsche Grenze anerkennen. Wir werden um jeden Quadratmeter Bodens jenseits dieser Linie mit friedlichen Mitteln kämpfen. Dieses verwüstete Niemandsland, auf dem kein Halm und keine Ähre wächst und das Polen weder volklich noch politisch noch organisch auszugestalten in der Lage sind, ist das Terrain, um das wir kämpfen."* Zitiert nach FR, 13. 11.1993, S. 10.

11) Pflüger, CDU-Bundestagsabgeordneter, veröffentlichte 1994 die Streitschrift *"Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder"*.

Flüchtlinge contra "Rothschilds"

Neueste Antworten auf Antisemitismus, Rassismus und die soziale Frage

"Flüchtlingsbewegungen & Rassismus" heißt ein Aufsatz, der zur Zeit durch die übriggebliebene linke Zeitungs-und Magazinlandschaft geistert: Er wurde in den "Beiträgen zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik" abgedruckt und von "Medico International" als Broschüre herausgegeben (1). Ähnliche Beiträge oder gekürzte Versionen wurden in der Zeitschrift "Forum" des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) und der autonomen "Interim" veröffentlicht. Der Autor des Ausgangstextes, Dr. Eberhard Jungfer, stellt darin die These auf, daß *"die Aktualität des Antisemitismus sich erst vor der Tatsache erschließt, daß die Juden jener Zeit* (gemeint ist der NS) *die Flüchtlinge par excellence"* gewesen seien. Der Autor versucht sich an einer Auseinandersetzung mit der Theorie Hannah Arendts, deren Erklärungsansätze zu Antisemitismus er aber – zusammen mit denen von Horkheimer, Adorno u.a. – nicht gelten läßt (2).

Die "Geschichte der Bleichröders und Rothschilds"

Angeboten wird in diesen Neuveröffentlichungen eine Antisemitismus- (und damit auch Rassismus-) Definition, die jenseits der komplizierten Unwägbarkeiten der Kritischen Theorie liegt. Sie glaubt sich deren Ansätze zur Erklärung, wie es zum modernen Antisemitismus kam, sparen zu können: Als *"nicht erhellend "*, qualifiziert Jungfer etwa die Antisemitismustheorie Hannah Arendts ab. Begründung: sie beziehe sich nur auf die Geschichte *"der kleinen jüdischen Oberschicht"*, aus der *"Geschichte der Bleichröders und Rothschilds"* lasse sich die Entstehung des Antisemitismus nicht erschließen. Nun ist die Frage, wie bürgerlich-assimilierte Juden und das Ostjudentum sich unterschiedlich entwickelten, welche Widersprüche dabei wirkten und wie sie jeweils von der Massenvernichtung erfaßt wurden, ein interessanter und berechtigter Untersuchungsgegenstand. Interessant wäre ebenfalls der Gegensatz, in dem antisemitische Mythen und Zerrbilder ideologisch integriert wurden: Hier der Luftmensch, dort plutokratischer Drahtzieher.

Schon aus der Formulierung der Fragestellung wird bei Jungfer aber deutlich, daß sein Text mehr mit dem Ressentiment selbst als mit dessen Erklärung zu tun hat. Wer einen Begriff wie *"die Geschichte der Bleichröders und Rothschilds"* analytisch nutzen will, ohne über dessen antisemitische Implikationen Rechenschaft abzulegen, reproduziert diese.

Jungfer grenzt schon durch seine Fragestellung jeden Erklärungsansatz aus, der den Antisemitismus aus seiner Entstehungsgeschichte heraus behandelt; aus dem engen Zusammenhang von kapitalistischer Strukturierung und jüdischer Emanzipation Ende des 19. Jahrhunderts. Vielmehr werden die europäischen Juden von Jungfer in Flüchtlinge aus Osteuropa auf der einen Seite und in "reiche" assimilierte Westjuden andererseits sozial selektiert. Daß die Flüchtlingsfrage ab 1933 durchaus nicht mehr nur die armen osteuropäischen Juden betraf, wird zwar erwähnt. Dennoch liegt der neu vorgelegten Theorie zugrunde, das Ereignis Auschwitz – vor allem die antisemitische Verfolgung und Vernichtung *aller* als Juden Selektierten – umzudefinieren, sie nimmt Auschwitz als austauschbare Chiffre, in die beliebig andere Opfer eingefügt werden könnten, und relativiert das Ereignis dadurch. Die Trennung der Themen Auschwitz und Antisemitismus fügt der Relativierung des historischen Ereignisses eine spezifisch "linke" Variante hinzu: Vor diesem Hintergrund muß bewertet werden, wenn es bei Jungfer selbstverständlich immer um Rassismus und nicht um Antisemitismus geht; wenn der Argumentationsgang zur Antisemitismustheorie verdichtet werden soll, daß Flüchtlinge heute mit den gleichen Argumenten und einer ähnlichen staatlichen Strategie verfolgt würden, wie damals die ostjüdischen Migrantinnen und Migranten.

Jungfer geht es also um eine erweiterte Rassismusdefinition, die sich das Thema des historischen Antisemitismus sozusagen einverleibt. Hier findet die von einigen befürchtete Wende – nachdem der Antizionismus nicht mehr so aktuell ist, würde, nach einer Phase der Leugnung, offener Antisemitismus von links sich erneut artikulieren – m. E. ihren ersten theoretischen Ausdruck. Mag auch die krampfhafte Suche nach einem revolutionären Subjekt, welches seinen Antagonismus aus der sozialen Lage heraus definiert, ein weiterer Antrieb für solche Theoriebildung sein: daß durch Theorieansätze wie den Jungfers die Möglichkeit geschaffen wird, den Antisemitismus im wahrsten Sinne des Wortes vor Ort, in der Entstehungsgeschichte von Auschwitz, zu entsorgen, kann nicht übersehen werden.

"Seit die Hoffnung auf einen Sieg der palästinensischen Befreiungsbewegung in allzu weite Ferne gerückt ist," schreibt Ingrid Strobl über die Aktualität des linken Antisemitismus, *"läßt das Engagement deutscher Linker für Palästina merklich nach. Daraus zu schließen, daß mit dem Verschwinden antizionistischer Politik auch der dem Antizionismus implizite Antisemitismus verschwände, wäre allerdings naiv. Es ist im Gegenteil zu befürchten, daß der 'normale' Antisemitismus, der sich mehr oder weniger gut hinter dem Antizionismus verborgen hatte, nun auch bei Linken oder (denn so viele gibt es nicht mehr) bei ehemaligen Linken unverhüllt zutage treten wird."* (3)

Nachdem die Verdrängung der Vernichtung des europäischen Judentums in der Vergangenheit auf Israel projiziert wurde, beginnt nun ein Prozeß zu greifen, in dem der Antisemitismus für ein historisches Auslaufmodell erklärt wird, um das Ressentiment wieder offen äußern zu können: Wenn es keinen Antisemitismus mehr gibt, kann das, was ich sage oder meine, auch nicht antisemitisch sein, so die Logik. Da dieses Herangehen als eine Parteinahme für die heutigen Opfer, in dieser Definition: die Flüchtlinge, daherkommt, scheint es so, als würden ernsthafte Konsequenzen aus der "Vergangenheit" gezogen.

In praktischer Fortführung der angelegten Theoriemuster artikuliert sich die moralische Haltung dann wie folgt: *"Einst gehörte die Riesenvilla einem Mitbegründer der Deutschen Bank, der, weil er Jude*

war, Deutschland verlassen mußte. Was, wenn eines Tages seine Erben vor der Tür stehen und das Haus verlangen? 'Auch die würden die Villa nicht kriegen', antwortet ein junger Bertini mit Angelrute in der Hand. Sieht er keinen Unterschied zwischen Spekulanten der Marktwirtschaft und Alteigentümern, die heute das zurückverlangen, was ihnen die Nazis weggenommen haben? 'Jüdisches Kapital hat doch am Krieg verdient. Und in die Gaskammern gingen doch nur die armen Juden. Die Reichen, wie der Besitzer der Villa, die konnten doch fliehen.' Der junge Mann mit den Rastalocken bemerkt seinen Antisemitismus nicht." (Aus der "taz" vom 28. März 1994, Tagesthema zum Häuserkampf in Potsdam; wenige Tage nach dem Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge)

Es ist ja nicht anzunehmen, daß die Leute, die das Haus besetzt halten, nicht wissen, welche Geschichte es hat. Sie werden darüber diskutiert haben. Sie werden sich Gedanken darüber gemacht haben, wie sie ihr Interesse, in dem Haus zu bleiben, durchsetzen können. Sie werden versucht haben, diese Haltung, die hier als individuelle Meinung daherkommt, historisch, politisch und ideologisch zu begründen. Dazu werden sie sich zwar nicht gerade der "Protokolle der fünf Weisen Zions" bedient haben, wie das die Antisemiten von der anderen Seite tun. Sie werden bei den linken Autorinnen und Autoren nachgeschaut haben, wo sich Meinungen finden lassen, die in dieses Konzept hineinpassen.

Branscheid entdeckt die wahren Opfer...

Die linken Autorinnen und Autoren, von denen dieser Aufsatz handelt, formulieren nicht den drastischen Antisemitismus, den der Hausbesetzer im Munde führte. Sie behaupten nicht explizit, daß *"jüdisches Kapital am Krieg verdient"*, daß *"in die Gaskammern doch nur die armen Juden gingen"*. Mit der spezifischen Form ihrer Theoriebildung bedienen sie aber diese Haltungen in der Szene. Diese Aussagen sind eine Zuspitzung eines bestimmten Verhältnisses zur Massenvernichtung der europäischen Juden, sie geben sich wesentlich aktueller und fortschrittlicher, als sie rezipiert werden – zum Beispiel von diesem jungen Mann. Diese TheoretikerInnen müssen sich fragen lassen, wo die geistigen Urheber solcher Aussprüche sitzen, wer sie sind. Beispiele für eskalierenden Antisemitismus, wie das zitierte, werfen die Problematik von Mustern auf, die den Weg alles Irdischen gehen, vom Stammtisch über die Medien zum Brandsatz.

Das gilt auch für "Medico International" und seinen Aktivisten Hans Branscheid. Durch die Veröffentlichung in Broschürenform versucht "Medico" nicht nur, dem Jungfer-Text weite Verbreitung zu sichern, Branscheid fügte dem Text auch noch ein zustimmendes Vorwort hinzu: *"Vor dem unbeachtet gebliebenen Hintergrund der Vertreibung und Verfolgung der verarmten ostjüdischen Migranten, also nicht aus der Geschichte der 'Bleichröders und Rothschilds'"*, solle dieser Medico-Report *"Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus"* reflektieren, die *"ab dem Moment modern zu nennen sind, wo eine Politik der Aussonderung, welche schon den Kern der Vernichtung in sich trägt, mit der nationalen Organisation gesellschaftlicher Produktivität"* verbunden werde.

Hans Branscheidt erfüllt mit der Veröffentlichung dieses Aufsatzes also gleich zwei Ansprüche. Erstens soll die Vertreibung und Verfolgung der ostjüdischen Migranten thematisiert werden, weil die bisher vor der Geschichte der *"Bleichröders und Rothschilds"* in den Hintergrund geraten sei. Branscheid wiederholt das Stereotyp, das Jungfer in seiner Studie bemüht, und daß er die Chiffren für "jüdische Bankiers" in Anführungen setzt, macht die Sache nicht besser, sondern schlimmer. Die Veröffentlichung der Studie begründet Branscheid weiter mit der Behauptung, die Geschichte der ostjüdischen Migration wäre unbeachtet geblieben – verschiedenste Studien u.a. jüdischer AutorInnen in ungeheurer Arroganz negierend. Jungfer selbst gibt zu, daß er die ostjüdische Migration nicht entdeckt hat, aber eine Formulierung wie der *"unbeachtet gebliebene Hintergrund"* beschreibt vor allem die Situation von Leuten, die sich mit dem Thema einfach bisher nicht beschäftigt haben. Hier spielt auch ein Mechanismus hinein, der die eigene Erkenntnis verabsolutiert, anstatt zu untersuchen, wie neu oder aktuell sie wirklich ist. Was ausgesagt werden soll, ist klar: Gab es bisher nur eine Geschichtsschreibung der reichen Juden (obwohl die ja alle haben fliehen können), kommt jetzt die Wahrheit ans Licht.

Der zweite von Branscheid in seinem Vorwort formulierte Anspruch lautet: Mit Jungfers Studie wende sich die Aufmerksamkeit den wahren Opfern und den wirklichen Gründen für die *"rationelle Massenvernichtung"* zu. Die *"Aktualität des Antisemitismus"* erschließt sich darin, daß *"die Juden jener Zeit die Flüchtlinge par excellence"* waren, bekräftigt Branscheid Jungfers These, und auch er interpretiert damit, die Vernichtung der europäischen Juden sei im Kern die Vernichtung von für die Produktion überflüssigen Menschen gewesen. Nun ist nicht neu, daß das Handeln der Nationalsozialisten als bevölkerungspolitisch motiviert beschrieben wird. Neu ist allerdings, daß dieser bevölkerungspolitische Interpretationsansatz auf eine Erklärung der antisemitischen Ideologie hin fortgeschrieben werden soll. Antisemitismus erscheint hier bloß mehr als eine Aussonderungspolitik, die sich beliebig auf andere Bevölkerungsgruppen übertragen läßt, ein Ansatz, der letztlich jede Herrschaftsideologie auf eine sie angeblich determinierende Fundierung im sozialen Status der Bevölkerungsgruppe zurückführt.

Wer platten Ökonomismus vermutet und eine nachträgliche Selektion der Opfer, liegt nicht ganz falsch: Die Reduktion der Shoa auf ein bevölkerungspolitisches Entsorgungsprogramm hat auch immer die Funktion der Entsorgung des Antisemitismus selbst, hat zumindest das Leugnen seiner Evidenz zum Ziel

Branscheid ergänzt solch deutsches Ausmisten um die modische Unterstützung eies durch alle Feuilletons geisternden Anti-Antifaschismus: *"Jede Definition des Faschismus"*, schreibt er in seinem Vorwort, *"aber wird immer wahlloser und immer falscher. Wird dies gerade dort, wo sie zusammentrifft auf die aktuelle Debatte über Flüchtlinge, Asyl, Brandanschläge und zeitgenössischen Antisemitismus."* Der Autor traut sich offensichtlich nicht, offen seine Meinung zu sagen, er redet in Rätseln. Deutlich genug wird in seinen Ausführungen aber: Um Faschismus-Definitionen zu ringen, sei unsinnig, mit einer Analyse rassistischer Mobilisierungen habe solch unnötiger Ideologiekram nichts zu tun. Wer also heute auf der Suche ist nach Kriterien für eine gesellschaftliche Analyse und das Offensichtlichste bemerkt, nämlich daß überzeugte Nationalsozialisten dazu neigen, gegen Flüchtlinge zu hetzen und sie auch umbringen, daß sie Antisemiten sind, wäre Branscheid zufolge also schon auf der falschen Spur. Wer die Zusammenhänge von rassistischer Mobilisierung der Bevölkerung und staatlicher Politik untersuchen will, sollte sich endlich eines Besseren besinnen und den Thesen Jungfers folgen.

Jungfers Umgang mit Hannah Arendt

Jungfer grenzt sich zunächst ab von Hannah Arendt, von der Kritischen Theorie und ihren Ansätzen, den modernen Antisemitismus zu erklären. *"Daß der Antisemitismus zu einem konstituierenden Faktor der Gesellschaft wurde und daß er schließlich in ein bürokratisches System der Massen-*

vernichtung mündete, erklärt sich aber nicht aus der Geschichte der Bleichröders und Rothschilds..." Der gesamte Aufsatz jedoch bezieht sich auf das neunte Kapitel der "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" – jeder Abschnitt ist mit einem Zitat aus diesem Kapitel eingeleitet. Hannah Arendts *"Beschreibung des Problems der Staatenlosen, deren Schaffung, Internierung und Deportation, der Internationalisierung der Judenfrage als Flüchtlingsproblem* (sic!) *und des Zusammenbruchs des Asylrechts sowie der Aporien der Menschenrechte"* sei, so Jungfer *"von beklemmender Aktualität."* Was als Auseinandersetzung mit der Aktualität Arendts daherkommt, stellt sich als Versuch der Historisierung der Massenvernichtung heraus. Die Formulierung Jungfers, die schönen Worte *"Internationalisierung, Judenfrage, Flüchtlingsproblem"* insbesondere, lassen schon auf den Zweck – die Objektivierung eines belasteten Sprachgebrauchs – schließen. Die Funktion dieses Sprachgebrauchs liegt in der scheinbaren Objektivität, die sich durch eine solche distanzierende und historisierende Wortwahl herstellt.

Das jeweils zitierte 9. Kapitel von Hannah Arendt handelt zudem gar nicht vom Antisemitismus. Jungfer versucht also, sich eines zentralen Elements ihrer Theorie zu entledigen: Sie beschreibt einen Zusammenhang von der Entstehung des Antisemitismus zur jüdischen Geschichte selbst; von da aus konstatiert sie eine Ablösung des Antisemitismus von seinem Objekt, den Juden. Antisemitismus findet sich nach Arendt eben auch ohne Juden, in verschiedenen Strukturen totaler Herrschaft, er ist zwangsläufig angelegt.

Jungfer hingegen konstruiert einen Kausalzusammenhang: Hier jüdische Existenz und Präsenz, dort Antisemitismus. Ohne diese Kausalität existiert der Antisemitismus nicht, der, so Jungfer, durch den vom Kapitalismus ermöglichten Abschluß des Emanzipationsprozesses der Juden *"provoziert"* wurde (4). Ein solcher Kausalzusammenhang wurde von Arendt nie behauptet; im Gegenteil: gerade das völlige Verschwinden dieses Zusammenhanges macht ihre Theorie aus.

Zentral ist bei Jungfer die These, daß es einen von 1880 bis 1945 fortschreitenden Prozeß der Ausgrenzung und Verfolgung der osteuropäischen Juden gab, die in den Westen geflüchtet waren, und der in der Massenvernichtung mündete; die Aktualität bestehe darin, daß heute mit den Flüchtlingen ähnlich umgegangen werde, es also viele Kontinuitäten gebe und es in jeder Form der Ausgrenzungspolitik unter bestimmten Voraussetzungen wieder zu einem *"bürokratischen System der Massenvernichtung"* kommen könnte. Diese These ist diskutierenswert. Nicht diskutierenswert hingegen ist, daß die Opfer der Vernichtung, Bankiers und Luftmenschen, in dem Maße verschwinden, wie eine bestimmte soziale Zuschreibung zur Voraussetzung wird, um vernichtet zu werden. Denn genau diese soziale Zuschreibung trifft bei der Vernichtung der europäischen Juden nicht zu; wie jede Reduktion ist auch

Die "Judenfrage": Von der Überbevölkerung zum Flüchtlingsproblem zur Massenvernichtung

Auszüge aus: "Flüchtlingsbewegungen und Rassismus" von Dr. Eberhard Jungfer:

"Die Juden jener Zeit waren die Flüchtlinge par exellence. Erst vor dieser Tatsache erschließt sich die Aktualität des Antisemitismus. Hannah Arendts Versuch, den Antisemitismus *'aus der Kenntnis der Geschichte des europäischen Judentums im 19. Jahrhundert zu begreifen'*, ist in dieser Hinsicht nicht erhellend, zumal sie diese mit der Geschichte der kleinen jüdischen Oberschicht gleichsetzt. Auch die Kritische Theorie, die den Umschlag vom Judenhaß zum Antisemitismus mit der Bindung der Juden an eine untergehende Zirkulationssphäre (Horkheimer) und mit der autoritären Struktur der Persönlichkeit und der Stereotypie des Denkens entsprechend der Serienproduktion (Dialektik der Aufklärung, Studies in Prejudice) in Verbindung setzt, verliert über Juden als Flüchtlinge kein Wort. Und noch Trude Maurer, die über die östjüdischen Flüchtlinge die bislang umfangreichste Darstellung vorgelegt hat, schreibt, daß der Antisemitismus *'vor allem gegen die emanzipierten und assimilierten Juden'* gerichtet gewesen sei. Daß der Antisemitismus zu einem konstituierenden Faktor der Gesellschaft wurde und daß er schließlich in ein bürokratisches System der Massenvernichtung mündete, erklärt sich aber nicht aus der Geschichte der Bleichröders und Rothschilds, nicht aus dem besonderen Verhältnis der Juden zum Staat und zur Gesellschaft des 19. Jahrhunderts und nicht aus der Häufung der Juden in den freien Berufen.

(...)

Die Bücher von Steven E. Aschheim und Jack L. Wertheimer haben auf den modernen Antisemitismus neues Licht geworfen. Das Zusammenspiel von antisemitischer Agitation gegen ostjüdische Migranten und staatlicher Diskriminierung derselben war vielleicht dessen wichtigstes Charakteristikum und hatte zur Folge, daß der Antisemitismus im Zeitalter des Imperialismus und im ersten Weltkrieg nicht dumpfer antimodernistischer Protest blieb, sondern zu einem gesellschaftlichen Konstitutionsfaktor wurde und eine Massenbasis gewann als Ideologie, in welcher die nationalen Klassen ihren Anspruch auf Teilhabe an der gesellschaftlichen Produktivität formulierten. Die jüdischen 'Luftmenschen' und Flüchtlinge wurden zum Gegenbild einer völkischen Konzeption der Gesellschaft. Die Judenfrage europäisierte sich durch die ostjüdische Migration nach Westen und infolge des deutschen Ordnungsanspruchs im Osten; sie erschien zunächst als Problem der Überbevölkerung, dann als europäisches Flüchtlingsproblem und schließlich als technisches Problem der Massenvernichtung. Die gegen das jüdische Handels- und Finanzkapital gerichteten Strömungen im Antisemitismus, wie sie im Kleinbürgertum und auf dem Lande vorkamen, wie auch der Haß der Ärzte, Juristen und Journalisten gegen ihre jüdischen Konkurrenten waren demgegenüber gänzlich zweitrangig und über antikapitalistische Inhalte des Antisemitismus nachzudenken hieße nur, selbst einer Propaganda aufzusitzen. Die ostjüdischen Migranten aber, die sich in Wien, Berlin oder Paris in neuen Ghettos sammelten, wurden zur negativen Schablone einer gesellschaftlichen Transformation."

Zitiert nach: Medico-Report 19, S. 6ff; die im Original vorhandenen Anmerkungen wurden weggelassen.

diese falsch. Gefährlich wird sie, wenn daraus wird: *"...in die Gaskammern gingen nur die armen Juden"*.

Welches Interesse steckt also dahinter, aus dem Massenmord an den europäischen Juden eine Vernichtung überflüssiger Menschen zu machen? Die Aktualität des Antisemitismus liegt nach diesem Ansatz in den Parallelen des staatlichen Umgangs mit Flüchtlingen aus dem Trikont heute und osteuropäisch-jüdischen Flüchtlingen im NS und vorher. Das Interesse, solche Thesen herauszubringen, ist ein aktuell-politisches: Es geht um die Frage, ob sich anhand der sozialen Frage erneut ein politisches Subjekt konstituieren könnte. In diesem Fall sind die Flüchtlinge gemeint, die hierher kommen. Fragwürdig wird dieses Interesse dann, wenn in diesem Zusammenhang die Evidenz des Antisemitismus geleugnet wird; wenn der Antisemitismus als Auslaufmodell einer bestimmten Phase historisiert wird. Und zwar nicht nur, weil es viele gibt, wie etwa den *"jungen Mann mit den Rastalocken"*, die nur allzu zufrieden wären, würde sich in der Beschäftigung mit der Gegenwart die Vergangenheit auflösen. Das Problem besteht dabei nicht nur in einer Aktualisierung ökonomistischer Ansätze, in diesem Fall der Behauptung, nach der *"sofortigen Aufhebung aller Privilegien der Reichen und Weißen"* (Branscheidt) wären der Antisemitismus und der Rassismus (und vielleicht sogar der Sexismus) gebannt.

Eberhard Jungfer war auch anwesend auf der Vorstellung des Buchs *"L'Affiche Rouge – Immigranten und Juden in der französischen Résistance"* (siehe "konkret" 3/94) und dafür zuständig, *"den Bogen zu schlagen von den historischen Themen zu aktuellen Fragestellungen"* ("Interim" Nr. 283). Auch dort vertrat er die Ansicht, daß die heute verwendeten rassistischen Stereotype *"bis ins Detail"* jenen gleichen, mit denen damals ostjüdische Migranten und heute Roma und Sinti belegt werden, aber auch Italiener und Türken. Die Aktualität des Antisemitismus, sagte Jungfer in Bezug auf den Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge, liege in der rassistischen Flüchtlingspolitik Deutschlands. *"Ich möchte noch etwas zum staatlichen Philosemitismus hinzufügen: Er hat eine gewisse Leichtigkeit, denn es gibt ja keine Judenfrage als Flüchtlingsfrage mehr. Dieser staatliche Philosemitismus ist nur auf die Reputation im Ausland bedacht und hinter ihm versteckt sich die rassistische Flüchtlingspolitik"*. Die alte Philosemitismus-Legende (5) wird hier wieder aufgewärmt, nichts als eine Projektion der eigenen Verdrängung der Realität der jüdischen Überlebenden (und nicht nur der), die von diesem Phänomen nichts gemerkt haben. Jungfer leugnet schlicht die Existenz von Jüdinnen und Juden in Deutschland; das Eingeständnis ihrer Existenz würde eine Aktualität des Antisemitismus jenseits der Thesen Jungfers beleuchten. Ein solcher Schritt bedeutet mehr als nur eine selektive Wahrnehmung. Als im September 1992 die jüdische Baracke in Sachsenhausen brannte, gab es auch ähnliche Reaktionen: Hier macht der Staat ja was, auf einmal ist ein Minister am Ort des Geschehens. Den Polizisten wird heute noch auf Demonstrationen entgegengeschrien: Wo wart ihr in Rostock? Daß es ein Verhalten staatlicher Repräsentanten zum Antisemitismus gibt, ist also Anlaß, selbst nichts zu tun. Mit der Aussage von der Leichtigkeit des Philosemitismus des Staates wird geleugnet, daß es antisemitische Ausschreitungen und eine staatliche Indifferenz diesen Vorfällen gegenüber gibt, wenn nicht eine partielle Duldung; oder schlicht, daß von Reps bis CDU die Entsorgung der Vergangenheit und damit auch ein offener Antisemitismus der Wahlkampfschlager der Rechten ist, ist nicht Zufall, sondern kalkulierte Revision. Es ist nicht mehr notwendig, gegen Antisemitismus Aktivitäten zu entwickeln – was heute heißt: gegen die Historisierung der Shoa –, statt dessen wird mit dieser Historisierung der Antisemitismus zu einer individuellen Sichtweise, zu einer Meinung reduziert, die im staatlichen Handeln keine Rolle mehr spielt. *"Wer heute Antisemit ist, propagiert Massenmord und weiß, was er tut"*, sagte Jungfer und wollte etwas ganz anderes damit aussagen, als man ihm positiv unterstellen möchte: Aus dem Gesamtzusammenhang seiner Rede ergibt sich das, was jetzt – nach der Ergreifung der mutmaßlichen Brandstifter von Lübeck – alle bürgerlichen Medien behaupten: es sind Einzeltäter.

Jungfers ehrlicher Antirassismus

"Ein ehrlicher Antirassismus muß sich heute an der aktuellen Flüchtlingsfrage erweisen", sagte Jungfer noch in seinem Beitrag. *"Ehrlich"*, diese apodiktische Formulierung legt nahe, es gäbe auch einen unehrlichen Antirassismus, der z.B. darin bestehen könnte, Rassismus nicht nur in bezug auf Flüchtlingsprobleme zu betrachten. Dem folgend könnte also die Aussage des jungen Mannes als "Sozialismus eines dummen Kerls" ausgelegt werden oder als Anachronismus ohne Wirklichkeitsbezug. Wahrscheinlich ist er sogar mit Flüchtlingen solidarisch. Die Journalistin, die ihm mit dem Namen der Villa Bertini auch noch den Namen des jüdischen "Kriegsgewinnlers" anhängt, kommentiert seine Aussage mit der Bemerkung: *"Der junge Mann mit den Rastalocken bemerkt seinen Antisemitismus nicht."* Auch andere, vor allem Leserinnen und Leser der "taz" aus der Potsdamer Szene, scheinen ihn *nicht bemerkt* zu haben. Es gab zwar einige Leserbriefe zu diesem Artikel, die offensichtlich aus den betroffenen Potsdamer Gruppen stammen bzw. mit ihnen zu tun haben – in keinem dieser Briefe wird jedoch diese Aussage, *"Jüdisches Kapital"* habe *"doch am Krieg verdient, in die Gaskammern"* wären *"doch nur die armen Juden (gegangen)"*, wahrgenommen. Und weil sie nicht wahrgenommen wird, wird sich auch nicht von ihr distanziert. Nun wäre es möglich zu sagen: Wer hierzu schweigt, stimmt dem zu. Oder aber, die "taz" lügt. Denn: *"Diskutieren will der junge Mann nicht, schließlich gebe es einen Besetzerratsbeschluß, kein Wort mit der Presse zu wechseln, 'wegen manipulativer Berichterstattung'."* Wenn die "taz" also gelogen hätte, wäre dies einmal mehr ein gefundenes Fressen gewesen. Ein solches Zitat zu erfinden, ist sehr *manipulativ* und würde zudem in die Linie der "taz" passen, die Autonomen (wer immer es auch sein mag, das schert diese Zeitung, wie alle anderen, wenig) jeder Dummheit, die begangen werden kann, zu bezichtigen. Aber es gab keine Empörung in der Szene, obgleich die Auseinandersetzungen zwischen Hausbesetzern und Polizei bzw. Stadtregierung in Potsdam, genau und mit viel Sympathie verfolgt wurden.

Daß es keine Empörung gab, nicht einmal in Form von Leserbriefen, die die Journalistin, die dies aufschrieb der Lüge bezichtigten, läßt darauf schließen – zumal die "taz" schon wegen geringerer Lügen angegriffen wurde –, daß es sich hierbei 1. nicht um eine Lüge handelt, also korrekt kolportiert wurde, und 2. sich diese Aussage auf einen solchen Grad an Zustimmung in der Szene berufen kann, daß sie genausowenig wahrgenommen wird, wie der *"junge Mann mit den Rastalocken seinen Antisemitismus nicht (bemerkt)"*.

Einmal unterstellt, was sehr wahrscheinlich ist: Daß der *"junge Bertini mit Angelrute in der Hand"* sich Gedanken gemacht hat über diese Aussage, also weiß, was er sagt, aber es schlicht nicht für Antisemitismus hält, sondern für die linke Interpretation der historischen Wahrheit – er hätte in Eberhard Jungfer einen gefunden, der diese Aussage intellektuell aufbereitet

Eigentlich ist nicht viel passiert. Die Aussage, die Shoa sei gegen die armen Juden gerichtet gewesen, *"die Reichen, wie der Besitzer der Villa, die konnten doch flie-*

hen", hat eine weitere Legitimation bekommen, was heißt, die Leute, die so denken, erhalten es auch bestätigt. Daß solche Aussagen durch eine linke Historisierung der Shoa begünstigt werden, die das eigene Ressentiment nicht zum Thema werden lassen soll und die das eigene Interesse nach einem Schlußstrich nicht einmal infragestellt, gibt zu größter Sorge Anlaß.

Und zwar nicht nur, weil diese aktuell aufgemotzten Erklärungsmodelle der Massenvernichtung den anwachsenden Antisemitismus salonfähig machen könnten. Die Leugnung der Zusammenhänge von nationaler Formierung und Antisemitismus, von Ressentiment und realer Politik, von Antisemitismus und Sexismus, von Auschwitz und Antisemitismus, von Bankiers und Luftmenschen – diese Leugnung hat nur eine Funktion: das eigene Bewußtsein über eine Möglichkeit von politischer Praxis jenseits von Auschwitz – als historischem Bruch – zu legitimieren, hinter der das Interesse nach Schlußstrich ebenso steht, wie die Sehnsucht nach einer sozialen Verortung der Kämpfe, die man selbst nicht führen will.

Eine wichtige Frage wird sein, ob die ForscherInnen und TheoretikerInnen, die bevölkerungspolitische Programme (und damit die kapitalistische Rationalität) als die zentrale Tätermotivation betrachten, wie etwa die "Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits-und Sozialpolitik", ihren Ansatz jetzt zur Antisemitismus-Theorie fortschreiben wollen, ob sie also ihrem Exponenten Jungfer folgen. Bisher haben sich die VertreterInnen dieser Richtung eher bedeckt gehalten, was den Antisemitismus angeht (6).

Vielleicht war es zu erwarten, daß die Auseinandersetzung mit diesem Land zu keinen anderen Konsequenzen führen konnte, als zunächst den Antisemitismus und damit seine Folgen per Willensakt abzuschaffen, um überhaupt eine Perspektive der Veränderung zu sehen. Diese Frage kann der Autor nicht beantworten. Daß sich die Indifferenz ins Unendliche fortsetzen läßt und sogar zur Notwendigkeit zu werden scheint, um in Deutschland linke Politik machen zu können, ist der beliebteste Selbstbetrug in einer Zeit, in der es kaum noch Gründe zu geben scheint, gegen die Verhältnisse in einem Land zu kämpfen, in dem Menschen sich so zurichten lassen wie *der junge Mann mit den Rastalocken.*

Den Verfolgten von heute und damals hilft es schließlich einen Scheißdreck, wie ihre Situation vergleichbar ist; sie können mehr lernen aus den Unterschieden. Eine große Gemeinsamkeit haben sie jetzt schon: Eine Linke, die sich lieber mit den Tätern beschäftigt als damit, die potentiellen Opfer zu unterstützen und in ihrer Gegenwehr solidarisch mit ihnen zu sein. Widerstand, so scheint es, zumindest relevanter, wird in Deutschland erneut nur von den Anderen – den Fremden, von denen, die nicht dazu gehören – entwickelt werden.

Eberhard Jungfer und der *junge Bertini* gehen einen Weg, in dem sie sich die potentiellen Opfer aussuchen, mit denen sie sich beschäftigen wollen. In sie werden alle Projektionen hineingelegt, die subjektiv mit dieser Gruppe etwas zu tun haben. Antirassistische Politik ist schon häufiger diesen Weg gegangen, sie ist immer dann gescheitert, wenn die Objekte der Begierde sich ganz anders verhalten haben, als es von ihnen erwartet wurde, als es also in diese Projektion hineinpaßt.

Eine kurze Geschichte zum Schluß

In der Woche, in der zum ersten Mal seit 1945 in Deutschland eine Synagoge brannte, wurden auch kurdische Proteste gegen die deutsche Kriegsführung in Türkei-Kurdistan massiv kriminalisiert. Es gab hunderte Gründe, hier konkrete Zusammenhänge zu sehen und die politisch umzusetzen. Eine Woche später gab es ein Treffen Berliner Linker, auf dem es um den Brand in der Synagoge ging und was gegen diese neue Qualität offenen Antisemitismus zu tun sei. Auf diesem Treffen sagte eine Frau, die staatliche Reaktion wäre doch angemessen gewesen und die Juden würden doch nur mit diesem Staat paktieren. Sie selbst würde die Situation der Kurden gerade viel mehr anmachen. Das, genau das ist Deutschland: In allem taucht die Selektion auf. Wahrscheinlich hat auch irgendjemand auf einem Kurdistan-Treffen gesagt: Aber das mit der Synagoge...

Je weniger sie über sich selbst wissen wollen, über die Geschichte ihres Landes aus einer anderen Perspektive als der der Täter, je weniger sie Beschreibungen anderer gelten lassen (Jungfer entsorgt alle Antisemitismus-Theorien jüdischer Denker aus der Zeit der Shoa in zwei Sätzen!), desto stärker wirkt die nationale Bindung, die etwas Unhinterfragbares zu sein scheint, und die, je mehr sie geleugnet wird – sei es explizit oder implizit, verkleidet als Objektivierung – die Identifikation mit Deutschland bedeutet.

Ein weiteres Nachdenken verliert sich über den Schrecken der Konsequenz dieser Aussage in Schweigen.

Tjark Kunstreich

Anmerkungen:

Bei dem *kursiv* Gesetzten handelt es sich um Zitate aus "taz" (28.3.94), "Interim" Nr. 283 und "Medico-Report" 19

1) Dr. Eberhard Jungfer: Flüchtlingsbewegungen und Rassismus, Medico-Report 19, kostet DM 8,-

2) So etwas wird natürlich gern gelesen, vor allem in solchen internationalistischen Gruppen, die sich – wie jetzt der BUKO im Mai auf seinem Bundeskongreß – im Jahre 4 des neuen Deutschland doch ein bißchen mit der Rolle des deutschen Staates nach außen und innen beschäftigen wollen. Dazu paßt der Aufsatz Jungfers wie die Faust aufs Auge: Im "Forum" geht es selbstverständlich nicht, sich mit Antisemitismus auseinanderzusetzen, ohne in erster Linie über Israel zu reden (obwohl diesmal bemüht ausgewogen); in der "taz" vom 26.5. wird in einer Anzeige für ein Treffen der Menschenrechtsdelegationen, die an Newroz in Kurdistan waren, mit einem Zitat von Hendrik M. Broder geworben, daß die Deutschen zwar aus der Geschichte gelernt hätten, keine Juden mehr umzubringen, daß das aber bei anderen nicht so sicher sei. Das wäre also gegessen: Das kurdische Volk ist das jüdische von heute.

3) Ingrid Strobl: Das Feld des Vergessens, Jüdischer Widerstand und deutsche "Vergangenheitsbewältigung", edition ID-Archiv 1994. In diesem Buch sind mehrere Texte von Ingrid Strobl zu diesem Thema gesammelt. Das Zitat stammt aus dem Vortragstext "Das unbegriffene Erbe – Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken", der ebenfalls in diesem Buch zu finden ist.

4) *"Sicherlich ist es, sehr allgemein gesprochen, richtig, daß die Juden in Deutschland den Abschluß ihres Emanzipationsprozesses der Durchsetzung des Kapitalismus verdanken und daß dieser mit der Krise der 1870er Jahre auch den modernen Antisemitismus provozierte."* (Seite 7)

5) Was in der Geschichte der BRD doch immer verdrängter Antisemitismus war, dem die Möglichkeit des Umkippens in Aggression immer sehr deutlich innewohnte, bspw. als man Israel zum gelungenen "Blitzkrieg" gratulierte, wird nun für bare Münze genommen. Und das findet bei Jungfer nun ausgerechnet heute statt, wo mit der Wiedervereinigung die Schamgrenzen fielen, und verlogener Philosemitismus allerorten wieder in seine Kehrseite umschlägt.

6) "Es ging uns nicht darum, die Frage zu beantworten, ob der Antisemitismus modern oder antiquiert ist, sondern mir geht es hauptsächlich darum, diese Völkermordprogramme (...) zu erklären. Die Betonung der Modernität von Bevölkerungsprogrammen und Wirtschaftsplanung ist nicht Abgrenzung zum Thema Antisemitismus – sonst hätten wir uns auch ausführlicher über den Antisemitismus geäußert." (Susanne Heim, die auch in den "Beiträgen" veröffentlicht und eine exponierte Forscherin dieser Richtung ist, in einem Interview mit dem Arbeiterkampf, 1992) – Jungfer wurde offenbar zu dem Vortrag eingeladen, weil das Buch *L'Affiche Rouge* ebenso wie die "Beiträge..." im Verlag Schwarze Risse – Rote Straße erschienen ist. Auch das Nachwort des Verlages in *L'Affiche Rouge* geht in die gleiche Richtung.

Radikale Linke und PDS

Auf ihrem Europa–Parteitag im Januar stellte die PDS Heinrich Graf von Einsiedel als künftigen Bundestagskandidaten der PDS vor. Einsiedel war im Zweiten Weltkrieg als Kriegsgefangener in der Sowjetunion Vizepräsident des "Nationalkomitees Freies Deutschland", nach dem Krieg verließ er die DDR in Richtung BRD und gehörte dreißig Jahre der SPD an. Im "Neues Deutschland" wurde der Graf als guter Nationalist vorgestellt, der sich selbst als *"Deutschnationaler"* bezeichne; im nachhinein hat er das als mißlungene Ironie charakterisiert und nennt sich nur noch einen *"Nationalisten"*.

Parteiinterne Proteste gegen Einsiedel wurden in einer Erklärung der Parteioberen (Gysi/Bisky/Brie/Gohde/Lederer), *"Die Borniertheit erneut als eine politische Kategorie"*) scharf gegeißelt, Gegnerschaft zur deutschen Einheit wurde darin als *"reaktionär"* abgestempelt. (vgl. hierzu den Artikel von Heiner Möller, *"Junker Jörg im Liebknecht-Haus"*, in "konkret" 5/94)

Mittlerweile hat sich nicht nur bestätigt, daß die Parteioberen die PDS auf stramm (links)nationalistischen Kurs festlegen wollen, sondern auch, daß die Auseinandersetzung um Einsiedel, wie die FAZ zurecht vermutete, Teil der versuchten Isolierung der "Sektierer" in der PDS ist – es geht vor allem um die Kommunistische Plattform (PDS-Jargon: KPF) im Osten und die DKP im Westen.

Einsiedels Kandidatur auf Platz eins der sächsischen Landesliste der PDS signalisiert den Sieg der populistischen "Erneuerer" im lange schwelenden Konflikt mit den "Stalinisten".

Weit weniger Aufregung als die Einsiedel-Kritik verursachte ein erneuter Fall der politischen Kontaktaufnahme mit Nazis in der Partei. Die Tatsache, daß PDS-Mitglieder der Dresdner Jugendgruppe "Roter Baum" an einem NPD-Treffen im Kurort Berggießhübel bei Dresden teilgenommen haben, hat zwar zu kontroversen Diskussionen auf dem sächsischen Parteitag, aber zu keinen Konsequenzen geführt.

Nachfolgend beschäftigt sich *Horst Pankow* mit der nationalistischen Entwicklung der PDS und begründet, warum diese nicht nur nicht wählbar, sondern zu bekämpfen ist.

Heiner Möller beleuchtet die unsägliche Rolle, die der ehemalige KB und der "ak" seit 1990 bei der Durchsetzung linksnationalistischer Positionen spielt.

Ein abgefahrener Zug

"Gysis bunte Truppe" unterwegs zum national-demokratischen Sozialismus

Frage: *"Aber die Sitten verrohen doch. Steigende Gewalt auf der Straße, Kriminalität bis hoch in die Chefetagen der Wirtschaft. Werden wir uns an all das gewöhnen und in dieser Hinsicht vielleicht eine sittenlose Gesellschaft?"*
Antwort: *"Wenn ich es etwas nationalistisch ausdrücken darf: Wir haben es meines Erachtens mit einer von West nach Ost driftenden Amerikanisierung zu tun, mit dem way of life, der in Westdeutschland seit langem Fuß gefaßt hat. (...) Und jetzt überrollt uns die Welle."*
Aus einem ND-Interview mit Ernst Luther, Ethik Professor aus Halle, dessen Lehrstuhl "in den Sperrmüll der Nachwendegeschichte" geworfen wurde, 13.5.94.

Wenn die PDS mit der Inthronisierung des Bismarck-Urenkels Heinrich Graf von Einsiedel als einen ihrer prominentesten und spektakulärsten Bundestagskandidaten ein Bekenntnis zum völkischen Deutsch-Nationalismus ablegt, ist das nur konsequent. Konsequent ist auch der darin zum Ausdruck kommende weitgehende Verzicht auf politische Verrenkungen wie "Verfassungspatriotismus" und ähnlichen Schnickschnack.

Die PDS hat seit ihrer späten Geburt aus der sterbenskranken SED in Permanenz positive Bekenntnisse zur kapitalistischen Produktionsweise (Marktwirtschaft) und zum bürgerlichen Staatsapparat (Demokratie) abgegeben. Die Einverleibung der DDR in die BRD (Wiedervereinigung) hat sie begrüßt und durch ihr Abstimmungsverhalten im Bundestag hat sie Berlin wieder zur Hauptstadt gemacht.

Der Sozialismus, den diese Partei mit dem Attribut demokratisch im Namen führt, ist ihr nicht als Vorsatz der Beseitigung von Warenproduktion und Staat von Bedeutung, sondern als Identifikationsangebot für den wohlmeinenden Gutmenschen. Auch als Ausdruck der Bewahrung von "Ostidentität" gegen die arroganten Wessis wird er geschätzt. Antikapitalistische Kritik wird "Sektierern" und "Ultralinken" überlassen und mit diesen abgelehnt. Das angestrebte Ziel besteht in einer "echten Wiedervereinigung" (Einsiedel) und der Durchsetzung eines "neuen Gesellschaftsvertrages". Eine solche Affirmation des bestehenden Zustandes bedarf gewöhnlich keiner weiteren Rechtfertigung durch irgendwelche höheren Weisheiten. Das Bekenntnis zur Nation und ihren ökonomischen wie politischen Grundlagen berechtigt eine Partei hierzulande in die Konkurrenz um Macht und Ämter einzutreten, sie stellt dadurch ihre "Politikfähigkeit" unter Beweis. Die PDS hat es da allerdings etwas schwerer. Wer sich an die Anfangsphase der "Grünen" erinnert, weiß welcher Haß und welche Diffamierung einem politischen Newcomer von Seiten der Konkurrenten entgegenschlagen. Die PDS trägt schwer an der Last ihrer DDR- und SED-Vergangenheit, die ihr als Mangel an "Demokratiefähigkeit" ausgelegt wird. Wenn so originär demokratische Institutionen wie Verfassungsschutz, Gauckbehörde und Treuhand das politische (und manchmal auch private) Leben zur Hölle machen, fällt es nicht immer leicht, die verfassungskonforme Kontenance zu bewahren. *"Die Hauptdiffamierung gegen die PDS geht doch dahin"*, erzählt Einsiedel in der PDS-Mitgliederzeitschrift "Disput" 8/94, *"daß man sagt, die PDS ist die Nachfolgepartei der SED. Sie meinen, wir wollen beginnen, der Bundesrepublik ein DDR-System aufzudrängen. Dafür bin ich ein Gegenbeispiel."*

Damit hat der Graf das Dilemma der PDS und das laufende Bewältigungsprogramm "auf den Punkt" gebracht. Die Botschaft des Grafen und seiner Kandidatur lautet: Kann denn eine Partei, die einen Deutschnationalen wie mich, dessen Lebenswerk in Krieg und Frieden den Einsatz für Deutschland sowohl in seiner faschistischen wie demokratischen Form dokumentiert, kann eine solche Partei wirklich in dem Verdacht stehen, sich nicht jederzeit fürs Vaterland zu engagieren? Kann eine Partei, deren Führung sich auf völkische Blut- und Bodenmystik und auf eine romantische Mittelalterverklärung beruft, wie in der Verteidigung Einsiedels durch Gysi, Bisky und Co. (ND, 29.3.94), überhaupt auf den Gedanken kommen, aus der Kontinuität der deutschen Erfolgsgeschichte herauszutreten zu wollen?

Ist die Herkunft der PDS aus der Kapitulationsmasse der SED der Hauptgrund für ihr derzeitiges Dilemma, so besteht darin aber auch die – derzeit wohl einzige – Chance für einen möglichen bescheidenen Wahlerfolg. Als "Ostpartei" vertritt sie im Wortsinne die Interessen der Ossis.

Und dies sind "deutsche" Interessen. Bekanntlich prägte der heutige Ehrenvorsitzende der PDS Modrow, als er noch nomineller DDR-Konkursverwalter war, die Parole *"Deutschland einig Vaterland"* und trug offensiv zur Entstehung der schwarz-rot-goldenen Fahnenschwenker- und Pogrombewegung bei, die alsbald vergeblich um den politischen Lohn ihrer Bemühungen anstand. Für viele endete dieser Weg verdienterweise auf den Fluren von Arbeits- und Sozialämtern.

Inhalt einer radikal-linken Agitation gegenüber diesen Leuten wäre zunächst einmal das Insistieren auf einer alten realsozialistischen Tugend: der Selbstkritik. Nirgendwo wird der Nachteil, den nationalistische Aktivitäten für die gewöhnlichen Mitläufer notwendig mit sich bringen, deutlicher als am Schicksal der gescheiterten Ossis.

Die PDS, die den Anschluß ja gewollt hat, versucht nun, indem sie das selbstverschuldete Elend als ein durch fremdes Einwirken verursachtes darstellt, die nationalistische Borniertheit der Ossis politisch zu nutzen.

"Ein Großteil der diskriminierten Ostdeutschen fühlt sich als Deutsche zweiter Klasse, betrachtet sich in erster Linie als 'Ossi', nennt sich auch ganz unbefangen so und sieht in der Art und Weise, wie Ostdeutschland verwaltet und von der Treuhand 'großzügig' entindustrialisiert wird, Fremdbestimmung und Kolonisierung. (...) Eine 'Wende' ist nicht abzusehen. Auch nicht in dieser, der nationalen Frage, von allem Anfang völlig verfehlten Bonner Politik." (Ronald Lötzsch im "Neuen Deutschland" vom 26.3.94)

"Ostidentität", wie sie von der PDS instrumentalisiert und gefördert wird, zeichnet sich im wesentlichen durch die folgenden politischen Glaubensbekenntnisse aus: die "Wiedervereinigung" war notwendig, doch wurde sie von inkompetenten, in der "nationalen Frage" versagenden Politikern vergeigt (die "Helmut! Helmut!"-Rufe von 1990 sind vergessen); der Kapitalismus wird als einzig mögliche Form des Produzierens anerkannt, doch will man von seinen unangenehmen Wirkungen verschont bleiben, weil man "Deutscher" ist; ein parlamentarisch-demokratischer Staat wird ausdrücklich bejaht und das autoritäre Modell der postfaschistischen BRD begrüßt, allerdings sollte dieser Staat noch härter als bisher gegen "Kriminelle", "Korrupte" und "Ausländer", diesen Verkörperungen des "Volksfremden" und "Undeutschen", vorgehen. Beständig sind im "Neuen Deutschland" Beschwörungen eines zunehmend apokalyptischer werdenden, von Spekulation, Kriminalität und Drogen heimgesuchten Ostens zu lesen. Da wird die "Amerikanisierung Sachsens" ebenso beklagt wie die "Indianer-Werdung der Ostdeutschen".

Eine Haltung zum Kapitalismus, die seine vorgeblich positiven "schaffenden" Bestandteile gegen seine negativen "raffenden" verteidigen will, steht in der Tradition einer romantischen, zumeist völkischen "Kritik" an seinen Wirkungen, in welcher der Nationalsozialismus nur eine, wenngleich die bisher bestialischste Version war. Die Vorstellung, Kapital, Markt und Staat könnten durch politische Eingriffe zu Mitteln eines allgemeinen Wohlergehens gemacht werden, wird regelmäßig mit deren eigentlichen Zweckbestimmungen konfrontiert. Wird dann die sie affirmierende Haltung nicht zugunsten einer radikalen Kritik aufgegeben, sind ihre Träger gezwungen, scheinbar überökonomische und überpolitische Rechtfertigungen ihrer Ansprüche zu entwickeln. Da der Inhalt des Verhältnisses der Untertanen zu ihrem jeweiligen staatlichen Souverän durch die nationale Ideologie definiert wird, ist es nicht verwunderlich, daß die Ossis ihre Anliegen als "Deutsche" vortragen und es ist zu erwarten, daß sie um so "deutscher" werden, je mehr ihre materielle Situation sich verschlechtert.

Eine Partei, die diese verhängnisvolle Entwicklung falschen Bewußtseins zu ihrem Bewegungselement macht, ist eine aktive Mitbetreiberin der deutschen Misere, sie ist nicht "links", wenn dieses wolkige Adjektiv irgendetwas mit menschlicher Emanzipation von Kapital und Staat zu tun haben soll. Wenn es konsequent ist, daß sich die PDS mit nationalistischen Mumien wie Einsiedel umgibt und sich bemüht, als konsequente Sachwalterin deutscher Interessen dazustehen, dann ist es für eine radikale Linke konsequent, diese Partei aufs schärfste zu bekämpfen.

Ein völlig ungeeignetes Mittel ist allerdings die öffentliche Diskussion, wie sie beispielsweise von der "konkret"-Redaktion am 17.5. in Rostock mit dem PDS-Vorzeigenationalisten Johann Scheringer gesucht wurde. Dieser war schlau genug, sich einer Debatte zu entziehen, in der vor einem vorwiegend kritischen Publikum der reaktionäre Inhalt seiner nationalen Haltung offenkundig geworden wäre. Überhaupt erwecken solche Diskussionsangebote an (Links-)Nationalisten den Eindruck, als wollten die Veranstalter hier eine Sozialisierungs- und Zivilisierungsarbeit durchführen, die eigentlich die PDS, wenn sie denn "links" wäre, zu leisten hätte.

Bei künftigen Auftritten von PDS-Nationalisten sollte diesen klargemacht werden, daß man im Nach-Auschwitz-Deutschland vielleicht noch Gedichte schreiben kann, daß es aber unangenehm wird, wenn man versucht, den herrschenden Nationalismus durch eine weitere Spielart zu bereichern.

Horst Pankow, Potsdam

Linke Alternativen

"Die CDU hat am Wochenende mit hundert Leuten das rechte Ufer (der Elbe) vom Müll gesäubert. Ich schlage vor, die PDS säubert das linke."

Christine Ostrowsky, PDS-Dresden, laut Sächsische Zeitung

Graf Einsiedel: "Ich bin ein Nationalist"

Auf Befragen zweier Ex-KBler und zweier PDSler äußerte sich Graf Einsiedel in der Parteizeitung "Disput" (8/94) zu seiner Selbstbezeichnung als "Deutsch-Nationaler" und zum Absingen der Nationalhymne beim Überqueren "der ehemaligen Zonengrenze":

"Ich bedaure nachträglich, daß ich das so salopp dahingesagt habe... Mit diesem Wort 'deutsch-national' wollte ich hinaus auf die Verantwortung, die man hat, diese Teilung, diese Ausgrenzung der DDR, diesen Einigungsvertrag, der für mich eben einen kolonialistischen Anstrich hat und ein Siegfrieden ist, in eine echte Wiedervereinigung zu wandeln." ... "Ich singe gar keine Hymnen. Das war dumm und salopp formuliert. Wenn ich über den antifaschistischen Schutzwall gefahren bin, habe ich noch nie die Hymne gesungen. Das habe ich als mißglückten Gag formuliert... Ich wollte meine Befriedigung – zu der stehe ich auch – darüber zum Ausdruck bringen, daß diese Teilung aufgehört hat."

"Aber man kann ruhig sagen, ich bin ein 'Nationalist'. Das sind für mich tiefe emotionale Entwicklungen. Da könnt Ihr mich nicht mehr umkrempeln, das steckt in mir drin. Wenn die PDS das nicht aushält, soviel 'Nationalgefühl'... Ich sage immer, der beste Weg den Nationalismus zu überwinden, ist das Gebot der Nächstenliebe. Liebe andere Nationen wie die eigene. Man kann andere Nationen nicht lieben, wenn man seine eigene verteufelt und einen Selbsthaß entwickelt, nur sagt, die Deutschen haben Auschwitz gehabt, deshalb muß ich diese Nation hassen."

Demokratisch-sozialistische Antworten auf den *"wollüstigen Selbsthaß auf die eigene Nation"*, den ND-Chefredakteur Reiner Oschmann (ND, 27.4.94) so sehr fürchtet...

Aus der Tiefe der Volksseele

Wahlen und PDS – wie der ehemalige KB im nationalen Sumpf versackt

Den 72jährigen Heinrich Graf von Einsiedel als Nationalisten zu entlarven, ist uninteressant. Der Graf, wegen seiner Tätigkeit im "Nationalkomitee Freies Deutschland" während seiner sowjetischen Kriegsgefangenschaft in der BRD als "Landesverräter" abgestempelt, hat im zurückliegenden Jahrzehnt keine bemerkenswerte negative Rolle bei der Verbreitung nationalistischer Politik gespielt, die diese Abgrenzung rechtfertigen würde. Seine Bekenntnisse zur *"nationalen Verantwortung"* der Linken für eine *"wirkliche"* Vereinigung sind mit der Ausnahme seiner – mittlerweile relativierten – Aussage, ein Deutschnationaler zu sein, nichts, was nicht in der PDS und dem "Neues Deutschland" (ND) gang und gäbe wäre. Der PDS-Ehrenpräsident Hans Modrow, heute "Schutzherr" in der Partei für deren Kommunistische Plattform (KPF), personifiziert diesen PDS-Nationalismus.

Nicht Einsiedel ist von Interesse, sondern die Tatsache, daß die Führung der PDS sich den Urenkel Bismarcks als Bündnisfigur für die Bundestagswahl ausgeschaut hat, um mit den staatstragenden Parteien auf deren ureigenstem Feld zu konkurrieren: im das größere Deutschland begründenden Nationalismus. Der gute Deutsche, national bis ins "Erbgut", besorgt um das deutsche Volk selbst dann noch, als er mit dem kleineren Teufel Stalin gegen den größeren Teufel Hitler paktierte, Antistalinist und Sozialdemokrat hernach – eine solche Lebensbiographie von Einsiedel wird gezeichnet, und so einer soll helfen, den Makel der PDS als SED-Nachfolgepartei zu tilgen.

Man kann den Vorgang wie Georg Fülberth ("konkret" 6/94) mit dem Bündnismodell der DKP-"Friedenslisten" und mit *"Isolation und Hilflosigkeit"* der PDS begründen, die keine besseren Kandidaten im Westen finde – obwohl das nicht erklären kann, warum der Graf dann demonstrativ in Sachsen und nicht im Westen zum Kandidaten gekürt wurde. Man muß allerdings eine beachtliche Portion an Starrsinn aufbringen, um wie Fülberth zu behaupten, der Vorgang habe *"mit Nationalismus nichts"* zu tun. Damit setzt er seine bemerkenswerte Ignoranz gegenüber der linken Diskussion zum Zusammenhang von Nationalismus, Staat und Kapitalismus fort, die er am Thema des (von ihm bestrittenen) Nationalismus der KPD und der DDR/SED vorführte. Die Einsiedel-Kandidatur hat neben der erhofften Außenwirkung eine parteiinterne Komponente: die Reinigung der PDS von ihren realsozialistischen Schlacken.

Das in der bürgerlichen Öffentlichkeit aufgebaute Image der Partei als "SED-Nachfolgerin" wird als hinderlich für die Wahl angesehen. Zwar kommt die PDS kurzfristig nicht von diesem Image los, weil sie nun einmal ihre Mitgliedschaft überwiegend aus ehemaligen DDRlern, die zu einem großen Teil SED-Mitglieder waren, rekrutiert. Doch macht sie (fast) alles, um durch Wohlverhalten den Gegenbeweis anzutreten. Wenn der Berliner CDU-Innensenator wegen der Existenz einer Kommunistischen Plattform in der PDS nicht nur die "Beobachtung" der PDS durch den Verfassungsschutz rechtfertigt, sondern ihre nachrichtendienstliche Überwachung in Aussicht stellt, dann wirkt diese staatsamtliche Kriminalisierung tief in die Partei und befördert bei aller empörten Rhetorik der Parteispitze gegen dieses Vorgehen das eigene Bemühen um Reputierlichkeit.

Kraß hat die "Beilegung" des Konflikts um "Stalinisten" und die "Erneuerer" um Christine Ostrowsky in Sachsen die Auswirkung des äußeren Drucks auf die inneren Entscheidungen der Partei verdeutlicht. Unter Einbeziehung des Hauptkontrahenten der "Stalinisten" wurde zugunsten der auf Populismus setzenden "Erneuerer" entschieden: die Führungsleute der Flügel stehen nicht an der Spitze der Bundestagsliste. Retter aus der Not des die Partei spaltenden Konflikts waren Graf Einsiedel und die bisherige bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Christina Schenck vom Unabhängigen Frauenverband (die nach erfolgloser Kandidatur bei den Grünen entdeckte, daß ihre frauenpolitischen Positionen dort nicht mehr zu vertreten seien). Nachdem die beabsichtigte Kandidatur Einsiedels in Bayern erheblichen Staub in der West-PDS aufgewirbelt hatte, lud ihn der sächsische PDS-Vorstand demonstrativ zur Kandidatur ein. Die PDS-Versammlung wählte ihn auf Platz eins, ihm folgen mit Barbara Höll und Christina Schenk zwei weitere Nicht-Mitglieder der PDS auf der "Offenen Liste". Damit habe die sächsische PDS *"drei Menschen auf die ersten Plätze (gesetzt), denen keine Spur der SED-Nachfolge anhaftet"*, jubelte das ND (17.5.). Ein Sieg des grenzenlosen Wahlopportunismus, der als Beleg für die "Erneuerungsfähigkeit" der Partei abgefeiert wird.

Zugleich wurde in der PDS der Druck auf die KPF verstärkt. Das ND (18.4.) zitiert den unvermeidlichen Parteitaktierer Wolfgang Gehrcke, der *"unter dem Dach einer Partei zwei unterschiedliche Parteien"* entdeckt hatte: *"Die KPF funktioniere zunehmend als 'eigene Partei' und stehe... tatsächlich in größerer Nähe zur DKP als zur PDS"*, was von der Sache her stimmen mag. Gehrcke deutet Konsequenzen an: *"Was beträchtliche Teile der PDS in Bayern und Hamburg betrieben,"* (aus den beiden Landesverbänden war die schärfste Kritik an Einsiedels Kandidatur gekommen,) *"habe mit der PDS-Programmatik nichts mehr gemein, dränge nach Auseinandersetzung und Lösung..."*. Das Dilemma der sogenannten Stalinisten in der PDS, die trotz Anbiederung mit der demonstrativen Wahl des DKP-Sprechers Heinz Stehr auf einen hinteren Listenplatz in Brandenburg gedemütigt wurden, ist, daß sie wahl- und bündnispolitisch genauso opportunistisch agieren wie die PDS-Führung, allein von ihrer realsozialistischen Orientierung nicht lassen wollen. Sie müssen in der PDS-Logik zwangsläufig regelmäßig den kürzeren ziehen, weil sie den Nachweis, mit ihrer Politik WählerInnen zu ziehen, nicht antreten können.

West-PDS: BWK und VSP

Wahlopportunismus prägt auch das Verhalten derjenigen Restlinken aus den ehemaligen K-Gruppen im Westen, die zwecks Überlebens unter das Dach der PDS geschlüpft sind. Dabei muß abgestuft werden zwischen BWK, VSP und Ex-KB. Letzterer wirkt immer mehr als Agentur des linken Nationalismus der PDS im Westen.

Der BWK (Abspaltung aus dem früheren KBW) löst seine Tätigkeit zunehmend in die PDS auf, einzelne seiner Regionalorganisationen existieren als Arbeitsgemeinschaften in der Partei (vgl. Bahamas 10). Seine Zeitung "Politische Berichte" versteht sich immer stärker als Organ zur inneren Einflußnahme in der PDS. Anders als im "ak" des Ex-KB, der eher PDS-gesamtideell wirkt, ist allerdings das Bemühen unverkennbar, an der Entwicklung eines Flügels in der Partei zu arbeiten. Die BWK-Zeitung ist denn auch vom Zwiespalt des Vereins geprägt: einerseits Artikel und Enthüllungen über die großdeutsche Politik, andererseits affirmative Artikel aus dem PDS-Parteileben. In einem blamabel unkritischen Gespräch mit Einsiedel kommt BWK-Redakteur Fochler zu dem positiven Ergebnis, daß den "roten Grafen" seine Kritik am Stalinismus *"nicht zu der gängigen bürgerlichen Konsequenz"* führe, *"den Angriff Hitlers"* (auf die Sowjet-

union) *"als Befreiung gutzuheißen"*. Die Sicht, daß *"man damals dennoch auf Seiten der Sowjetunion stehen"* mußte, reicht offenkundig aus, Einsiedels Nationalismus zu übersehen.

Nicht neu, aber verstärkt bemüht sich jetzt auch die VSP (hervorgegangen aus der trotzkistischen GIM und der stalinistischen KPD/ML) um Anerkennung durch die PDS. Mit einer kuriosen Mischung aus politischen und persönlichen Motiven begründet der Kölner SOZ-Redakteur Winfried Wolf, warum er der Bitte des PDS-Parteivorstands entsprechen wolle, als Verkehrsexperte auf Platz eins der Landesliste Baden-Württemberg zu kandidieren. Politisch, weil die VSP beschlossen habe, die PDS zu unterstützen, weil dies – anders als 1990 – nicht mehr umstritten sei, und weil er, Wolf, mit der PDS seit längerem verkehrspolitisch zusammenarbeite. Persönlich, weil er die knappe erste Hälfte seines Lebens im Ländle verbracht und dort viele Freunde habe, die seine Kandidatur unterstützten (SOZ, 19.5.94).

Wolfs Kandidatur schließt eine Verirrung der VSP ab, die sich Außenstehende politisch nie so recht erklären konnten: ihren Abstecher in die "Radikale Linke" und die Unterstützung der Kampagne "Nie wieder Deutschland" (bzw. deren Duldung in der Mitgliedschaft). SOZ-Redakteur Christoph Jünke führt die Arbeitertümelei in der VSP vor, rechnet mit der "Radikalen Linken" ab und löst ansatzweise das Rätsel der VSP-Verirrung von 1990/91: *"Die Herbstrevolution"* von 1989 – er schreibt von der DDR – *"verschärfte die Hoffnungen auf eine emanzipative sozialistische Bewegung vor unserer Haustür. Wir atmeten den Hauch der Revolution und haben ihn doch nicht begriffen. Als er schon vorbei war, gaben wir uns ... falschen Illusionen hin, kriegten den geordneten Rückzug nicht mehr hin und die gesamte angestaute Radikalität entlud sich im (heute deutlich als fatal erkennbaren) 'Deutschland ohne mich'. Die Denunziation des Völkischen ersetzte die Entwicklung von politischen, d.h. eingreifenden Strategien."* Also heißt es heute "Deutschland mit uns" und Denunziation des *"mittlerweile sehr vom Zynismus geprägten Intellektuellen-Milieus"* der "konkret" und anderer, denen gegenüber die VSP *"als eine Organisation der Arbeiterbewegung"* abgehoben wird, die versuche, sich *"im linken Gewerkschaftsmilieu sozial zu verankern"*. Wir erfahren, daß *"die zugegebenermaßen immer weniger werdenden BetriebsaktivistInnen noch heute das Parteileben beherrschen"*. Welche eingreifenden Strategien gemeint sein könnten, schreibt ein Karl aus Düsseldorf: ein *"radikaler Neuanfang"* sei nötig, *"jetzt kommt es darauf an, die Rest-VSP zu stabilisieren"*, die SOZ-Herausgeberschaft zu erweitern. Als *"Möglichkeit der Neuformierung der Linken"* beschwört er die Chancen aus *"Winnies Kandidatur für die PDS"* (SOZ-Beilage, 19.5.94). Bin ich nun Voyeur oder Masochist, weil ich als "Chronist der Linken" so etwas lese und mich darüber amüsiere, wie wenig sich verändert hat? Speist sich dieses Interesse aus Zynismus, Resignation oder heimlicher Liebe?

Vermutlich letzteres; denn freuen kann unsereinen weder der weitere Niedergang aller Sektoren der Linken, noch die Beharrlichkeit, mit der nicht neue Perspektiven gesucht, sondern als Gutes im Schlechten nur fortwährend eine "Restidentität" beschworen wird, die nichts weiter als die eigene Weiterexistenz zum Ziel hat. Der VSP/SOZ geht's schlecht. Mitgliedschaft und Zeitungsauflage sinken, die seit Monaten propagierte Erweiterung der Herausgeberschaft reduzierte sich auf ein Treffen der SOZ mit sich selbst, der Sozialistischen Linken Karlsruhe und einer Besucherin vom "ak". Mit letzterer wurde – wie Jünke schreibt – *"eine engere Zusammenarbeit"* in Form von Artikelaustausch und gegenseitigen Besuchen der Redaktionen vereinbart. Da es dem "ak" zwar nicht gut, aber weniger schlecht geht als der SOZ, darf dennoch eher Höflichkeit, als ein bevorstehender Zusammenschluß erwartet werden.

Wenn auch bei BWK und VSP bündnispolitischer Opportunismus dominiert, gehen sie nicht so weit wie die Ex-KB-Mehrheit, deren PDS-Repräsentanten schon 1990 vor und hinter den Kulissen eifrig an der Isolierung der "sektiererischen" Gruppen im Westen gearbeitet haben.

Rolle des Ex-KB in der PDS

Damals ging es vor allem gegen die DKP, aber auch gegen BWK und VSP, soweit diese als Strömung in der PDS arbeiten wollten. Das Vorgehen 1994 sprengt nun allerdings die damaligen Dimensionen. In die Kampagne pro Einsiedel und gegen seine Kritiker sind die Ex-KBler faustdick verstrickt. Die von André Brie verfaßte Erklärung der PDS-Prominenten Bisky/Brie/Gysi gegen die Einsiedel-Kritiker (*"Die Borniertheit erneut als eine politische Kategorie"*, ND 29.3.94) wurde demonstrativ von den beiden Wessis Claudia Gohde (Koordination der West-PDS) und Andrea Lederer (stellvertretende Fraktionsvorsitzende) unterzeichnet; nicht aber von Hans Modrow (der gute Kontakte zur KPF und DKP unterhält), weil er Borniertheit nicht mit Borniertheit beantworten wollte. Inhaltlich machen sich die beiden Ex-KBlerinnen mit dieser Erklärung zu Propagandistinnen eines schwülstigen, bodenständig-völkischen Kulturnationalismus, der von der originären Rechten genau so formuliert werden könnte. Es mit dem

Kai Ehlers: Russen zwischen Cholerik und Sinnlichkeit

"Geradezu sprichwörtlich ist die russische Freundschaft, gefürchtet, aber auch, überall auf der Welt, am meisten im Lande selbst, ist russische Cholerik. Wer schließlich hätte ein zupackenderes Image als der russische Muschik, wer gälte für sinnlicher als die russischen Frauen?"

"Russe, das ist keine ethnische Bezeichnung, es benennt eine kulturelle Zuordnung: Weite, Vielfalt, Grenzenlosigkeit, ja, Haltlosigkeit und Zerrissenheit, Melancholie und die Neigung zu zerfließen, auf der anderen Seite Spontaneität, Improvisationsgabe, Vielseitigkeit."

"Russe sein heißt herrschen. Von den Frauen ist gesondert zu reden."

"Der sowjetische Mensch war der von seiner Seele enteignete Mensch, der Mensch ohne Eigenschaften, noch genauer, der irreale, gläubige, irrationale, der ganz alte Mensch, der sich als Realist, Rationalist, Atheist, kurz, als 'neuer sowjetischer' Mensch aufführen mußte."

"Nirgendwo aber werden zur Zeit auch so viele Kräfte mobilisiert wie gerade in der ehemaligen Sowjetunion, um die verlorene Verbindung zwischen materiellem und seelischem Sein der Menschen auf neue Weise wiederzufinden."

"Bedenkt man schließlich, wie sich Byzantinismus und Technokratismus... zur bisher höchsten Form des Patriarchats verbunden haben, dann stellt sich die Frage: Was geschieht, wenn diese Pyramide zerfällt, wenn das darin eingeschlossene Weibliche befreit wird? Die patriarchalen Kategorien von Fortschritt sind in die Krise geraten. Im Zusammenbruch von Kolchosen und Sowchosen werden Elemente unmittelbarer Sippenorganisation wieder lebendig; darin spielen die Frauen die entscheidende Rolle. In den Dörfern kommen die 'Babuschkas' wieder zu Ehren."

"Kann dies bedeuten, daß nicht nur das industrielle Fortschrittsmodell, nicht nur herkömmliche monotheistische Vorstellungen, sondern das ganze herrschende patriarchalische Gesellschaftsgefüge und die darin befangenen Emanzipationsvorstellungen in Rußland an ihre Grenzen kommen: Mehrberechtigung statt Gleichberechtigung auf der Basis der Anerkennung der Unterschiede, statt ihrer Leugnung? Ich denke ja."

(aus: ak 364 vom 9.3.94)

Begriff linker Nationalismus zu versehen, läßt sich allein mit der Herkunft der Verfasserinnen begründen. Formal unterstützen sie den Versuch, unbotmäßige Strömungen per Verdikt im "Neues Deutschland" zu isolieren, das sich bei allen wichtigen Konflikten trotz anderslautender Beteuerungen immer noch als Parteiorgan beweist. Namentlich geht es um die KPF Hannover und Hamburg, den Hamburger PDS-Geschäftsführer Andreas Grünwald und eine *"lautstarke bayerische Gruppe von PDS-Mitgliedern"*.

Daß zwei ehemalige Redakteurinnen des "ak" sich für dieses Vorgehen hergeben, müßte eigentlich nicht automatisch dem "ak" angelastet werden. Daß der "ak" ihr Vorgehen nicht für kritikwürdig hält, beweist aber die Ausgabe vom 11. Mai (Nr. 366). Da wird in einem dümmlichen PDS-Parteiartikel von Claudia Gohde eine Mixtur aus grünen, linken, sozial- und christdemokratischen Kritiken an der PDS gerührt, denen allen eines gemeinsam sei: dem "Hauptfeind" PDS schaden zu wollen. Das entspricht (mag sich die Autorin auch im Vorspann gerade davon ironisch distanzieren) in Stil und Niveau der DKP-Logik der 70er Jahre. Es entspräche an Dummheit etwa dem Vorwurf, mit seiner Scharping-Kritik stütze der "ak" die Regierung Kohl. Der Inhalt der linken PDS-Kritik wird sorgsam umgangen: die "konkret" vom Mai sei, heißt es im "ak", großteils *"einem vermeintlichen Nationalismus"* der PDS gewidmet. Da wäre es nicht uninteressant, im "ak" erläutert zu bekommen, was es bedeutet, *"Nation als nicht primär politische Kategorie"*, sondern *"als eine kulturell-geschichtliche"* zu verstehen, und wie *"die Linke die deutsche Einheit als emanzipatorischen Impuls aufnehmen"* solle, wie Gohde und Lederer im ND u.a. formulierten.

Es waren wiederum zwei ehemalige KBlerInnen (darunter erneut Claudia Gohde), die im Parteiorgan "Disput" ihr Eintreten für Einsiedels Kandidatur als irgendwie links zu retten versuchten. Es mißlang – Einsiedels Einlassungen zu seinen deutschnationalen "Ausrutschern" machten die Sache nicht besser (vgl. kurze Auszüge im Kasten auf S. 39). Originalton Gohde: *"Ich bin in der Zweistaatlichkeit aufgewachsen, für mich ist eben die deutsche Geschichte untrennbar mit Auschwitz verbunden. Insofern entfällt für mich alles, was in Richtung Stolz, Patriotismus geht. Es ist zumindest irgendwie gebrochen für mich."* (Disput 8/94). Irgendwie... Aber mit Goethe, Junker Jörgs Kemenate und den mecklenburgischen Kornfeldern scheint patriotische Heilung möglich.

Die stramme PDS-Orientierung des "ak" erklärt auch die Heftigkeit, mit der Redakteur Heinrich Eckhoff auf die Neuorientierung der DDR-Zeitung "junge Welt" im "ak" reagiert hat. Ihm, wie dem ND und auch Christoph Jünke in der SOZ, ist sowohl die Aufnahme sich antideutsch nennender Redakteure in die "jW"-Redaktion ein Greuel, als auch die Tatsache, daß damit PDS-Kritiker Teil der Redaktion sind. Zwar ist die Rede von "Emanzipation"; die Stoßrichtung der Kritik wird aber daran deutlich, daß nicht etwa Selbstverwaltung für die Redaktion, ein Redaktionsstatut o.ä. eingeklagt, sondern die Zerstörung *"einer spezifischen Ostidentität"*, *"einer Ostzeitung als eines der letzten Identitätsobjekte"* (Eckhoff) beklagt wird; es ist fast, als zerstöre Gremliza das Hausblatt für die Pflege der sorbischen Sprache (1). Eingefordert wird ein Reservat, in dem eine schwülstige "Identität" des Ossi als "vom Westen" enttäuscht und übervorteilt zu bewahren ist; dieses Reservat solle der unverständige Wessi bestaunen, aber nicht betreten. Daß sie gerade die Ost-Heimattümelei, einen ostdeutschen Nationalismus der PDS, nicht als links ansahen, weil die Ostdeutschen darin nicht in ihrer Eigenschaft als Ausgebeutete und Opfer der kapitalistischen Wiedervereinigung angesprochen werden, wurde den Mitgliedern der Gruppe K bereits 1990 als unverzeihliches Sektierertum ausgelegt. Den "emanzipatorischen Impuls", der mit der Wiedervereinigung verbunden werden könne, wollten und wollen uns dagegen "ak"-Redakteure aufschwatzen.

Man kann mit Fug und Recht sagen, daß in Bezug auf Öffnung nach rechts, in der Auseinandersetzung mit den Vertretern realsozialistischer Positionen und bei der Bereitung des Bodens für linken Nationalismus in der PDS die Ex-KBler in etwa die Rolle spielen, die das Gros der ehemaligen K-Grüppler in den achtziger Jahren gegen die Linken in den Grünen gespielt hat.

Was ist nur vom KB geblieben, in dessen Nachfolge der "ak" agiert? Als wir – d.h. ein großer Teil der heute Bahamas-Machenden – ihn 1991 verließen (er wurde im April 1991 aufgelöst), hatten wir die Abgrenzung vom positiven Eingehen der Mehrheit des KB auf das deutsche Selbstbestimmungsrecht und vom Einschwenken auf die PDS als Massenorientierung hinter uns. Als wir im August 1992 den "ak" verließen (der eineinhalb Jahre als "Dach-ak" von den beiden ehemaligen KB-Gruppen, Mehrheit und Minderheit, geführt wurde), hatten wir die antiserbische, prokroatische Haltung der damaligen KB-Mehrheit erleben müssen. Seither wurden aus der "ak"-Redaktion und dem Ex-KB mal die Forderung nach offenen Grenzen als sektiererisch entlarvt; mal wurden Lichterketten als massenpolitischer Ansatz propagiert; mal die Forderung nach einer "Polizei-Möglichkeit" der "internationalen Gemeinschaft" erhoben.

Trauriger Höhepunkt des Nachrechtsrutschens des ehemaligen KB ist nun ein Artikel seines ebenso ehemaligen Redakteurs Kai Ehlers im "ak" 364 vom 9. März 1994. Unter der Überschrift *"Von der Kraft der Extreme"* wird der Zerfall der Sowjetunion und die Zukunft Rußlands und der GUS aus der "russischen Volksseele" heraus analysiert. In einer skurrilen Mischung aus historischen, völkerkundlichen, antipatriarchalen und esoterischen Ansätzen umschreibt Ehlers das völkische Klischee in seiner ganzen Vielfalt (vgl. kurze Zitate im nebenstehenden Kasten; der Beitrag wurde übrigens auch in der PDS-Theoriezeitschrift "Utopie kreativ" abgedruckt). Im darauffolgenden "ak" 365 klärt uns Ehlers' fellow-traveller Knut Mellenthin von der Redaktion auf, daß der Artikel zwar kritikabel sei, daß er aber irgendwie doch auch wieder über der eingegangenen Kritik stehe, weil er *"in dieser Ganzheitlichkeit in der linken Publizistik meines Wissens ein einmaliger und interessanter Ansatz ist."* Vermutlich ist es die von Ehlers betriebene "Völkerkunde", das Wühlen in der "Volksseele", die dem "ak" *"interessant"* erscheint, nachdem er inzwischen das Selbstbestimmungsrecht von Deutschen, Kroaten und Muslimen in Jugoslawien hochgehalten hatte. Das würde auch erklären, warum der dumpfe Kulturnationalismus im Papier von Gohde/Lederer dort niemandem aufgefallen ist...

Heiner Möller

Anmerkung:

1) Dabei gäbe es gegen das Tageszeitungsprojekt "junge Welt" einiges einzuwenden. Allerdings hat die von Eckhoff zitierte Befürchtung, *"die Zeitung (könnte) künftig an den Bedürfnissen ihrer ostdeutschen Leser vorbei gemacht werden"*, auch etwas Anbiederisch-Lächerliches, da doch gerade die rapide gesunkene Auflage die (unbestritten) unhaltbare betriebswirtschaftliche Situation herbeiführte. Bestenfalls kann er die Bedürfnisse einer sinkenden Restleserschaft meinen.

Die zitierten Antireaktionen aus dem PDS-Lager beweisen, daß Borniertheit dort wirklich eine politische Kategorie ist. Erstens gibt es genügend PDS-Freunde in der neuen "jW" und zweitens muß man einen so PDS-freundlichen neuen Chefredakteur wie Günter Kolodziej aus dem Westen doch nicht mit aller Gewalt ins "antideutsche Lager" treiben.

"Eine finanzielle Sanierung der "jungen Welt" auf der Basis einer radikal linken, gesamtdeutschen Tageszeitung zu versuchen, grenzt indessen fast an Verrücktheit. Es wird am Ende vermutlich nur der Kampf ums wirtschaftliche Überleben übrigbleiben. Die ersten drei Wochen "junge Welt" hinterließen zudem den wenig überzeugenden Eindruck, das neue Projekt sei in jeder Hinsicht dünn geblieben. Vielleicht aber kenne ich ja die ost-westlichen Lesebedürfnisse zu wenig...

Das Gespenst des "revolutionären Subjektes"

oder die Schwierigkeiten mit der Kritik der Politischen Ökonomie

Vorbemerkung

Dieser Artikel möchte auf die Überlegungen von cl. und jw. (Westberlin) aus Bahamas 8 ("Es rettet uns kein höh'res Wesen") antworten.

Cl. und jw. setzen sich in ihrem hier angesprochenen Artikel mit dem Aufsatz von Barbara Brick und Moishe Postone auseinander, der in deutscher Sprache unter dem Titel "Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus" zirkuliert (1).

Der Aufsatz von cl. und jw. soll zugleich genutzt werden, um einige Positionen von M. Postone darzustellen. Darüber hinaus möchte ich eigene Überlegungen zum "revolutionären Subjekt" in die Diskussion werfen.

Elemente des Ansatzes von Moishe Postone

Da ich weder davon ausgehe, daß die Leserschaft ausreichend über den Ansatz von M. Postone (und B. Brick) (2) informiert ist, noch daß dieser aus dem Artikel von cl. und jw. ersichtlich wird, möchte ich zuerst deutlich machen, worin das Interessante in Postones Positionen meiner Auffassung nach besteht.

Der Ausgangspunkt bei Postone liegt in fast allen seiner Texte in dem kritischen Abstoßen vom *"traditionellen Marxismus"*. Unter die Bezeichnung *"traditioneller Marxismus"* subsumiert Postone nicht nur die altbekannten arbeiterbewegten Partei-Marxisten der II. und III. Internationale inklusive ihrer gegenwärtigen Schattengestalten, sondern auch Kritiker dieser Positionen wie z.B. Friedrich Pollock.

Sie alle eint ein theoretisches Gerüst, das folgende Grundannahmen beinhaltet (3):

– Der kapitalistische Gesamtzusammenhang wird von der Distributionssphäre aus begriffen, nicht als übergreifende Totalität, die die Scheidung der verschiedenen Sphären (Produktion, Distribution, Austausch und Konsumtion) erst selber setzt.

– Daraus ergibt sich ein Sozialismusverständnis, das diesen als gesellschaftliche Form der Verteilungsorganisation begreift, die der industriellen Produktionsweise mehr entsprechen würde (4).

– Die Interpretation der Produktionsverhältnisse als Distributionsverhältnisse (5) setzt die industrielle Arbeit und mit ihr die zugehörigen Arbeitenden als überhistorische Konstanten, die sich im Selbstverständnis des traditionellen Marxismus durchaus auch in einer postkapitalistischen Gesellschaft finden lassen würden (6).

Den hier genannten Annahmen liege, so Postone, eine Ontologisierung gesellschaftlich erzeugter Instanzen zugrunde. Wert, die den Wert erzeugende proletarische Arbeit, sowie das Proletariat würden nicht als Gegenstand der Kritik, sondern als Ausdruck überhistorischer Notwendigkeiten behandelt (7).

Der traditionelle Marxismus argumentiere demnach vom "Standpunkt der Arbeit" aus und kritisiere die Distribution der Arbeit. Analog zu Hegel erscheine in diesem Denken die Arbeiterklasse als das im Sozialismus zu sich kommende identische "Subjekt-Objekt". Die Kategorien des Wertes und des Kapitals würden als gesellschaftliche Bedingungen und Schranken außerhalb der "Arbeit" angesetzt.

Postone interpretiert nun die Kategorie des Wertes als vergegenständlichten Ausdruck einer zusätzlichen abstrakten Dimension der Arbeit im Kapitalismus. Arbeit, so Postone, konstituiere eine spezifische, quasi-objektive Form der gesellschaftlichen Vermittlung, die einen abstrakten unpersönlichen Charakter besitze und ihrerseits Subjektivität und Objektivität in dieser Gesellschaft präge (8). Der Wert, seine Zeitbestimmung und damit auch die kapitalismusspezifische Arbeit stellten eine quasi-unabhängige, objektive gesellschaftliche Struktur dar, die den Produzenten als abstrakter Zwang erscheine. Auf diesen Zusammenhang beziehe sich der Fetischismusbegriff bei Marx. Marx gehe es also um eine Kritik der arbeitsvermittelten gesellschaftlichen Beziehungen vom Standpunkt einer historisch entstehenden Möglichkeit der (selbst)-bewußt gesellschaftlichen Vermittlung.

Der Wert (und als potenzierter Wert das Kapital) ist nun nichts anderes als eine Verobjektivierung dieser spezifischen Funktion der Arbeit im Kapitalismus, die nicht als solche erscheinen kann. Die Arbeit kann nur als "Arbeit" selbst, also Tätigkeit im Stoffwechselprozeß mit der Natur erscheinen, nicht als Form der gesellschaftlichen Vermittlung. Diese spezifische Funktion scheint der Arbeit äußerlich zu sein (9). Aus diesem Grunde beginnt Marx im Kapital im Unterschied zu der Einleitung in die "Grundrisse" nicht mit einer überhistorischen Erklärung der "Produktion" und der "Arbeit", sondern mit der spezifischen Verobjektivierung der Arbeit im Kapitalismus, also mit der Ware (da die spezifische Funktion der Arbeit im Kapitalismus nicht als Attribut der Arbeit erscheinen kann). Arbeit konstituiert also nicht immer gesellschaftliche Beziehungen, sondern ist in vorkapitalistischen Gesellschaften von diesen konstituiert. Sie vermittelt nur in der kapitalistischen Gesellschaft die gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Wert (das Kapital als selbstreferentieller Wert) setzt nun erst den Primat des Produzierens gegenüber den von ihm ebenfalls produzierten anderen Sphären. Der Primat der Produktion ist kapitalismusspezifisch (10), da nur in dieser Gesellschaftsformation der Wert verwertet werden muß. Die Produktion findet hier nicht statt, um die Kosumtion zu ermöglichen, sondern um die Selbstverwertung des Wertes zu gewährleisten, letztlich also als Selbstzweck. Die Wertabstraktion entsteht dabei nicht in der Distributionssphäre, wie noch Sohn-Rethel glaubte (11), sondern in der Produktionssphäre und ist damit "Arbeits"abstraktion. Gleichwohl läßt sich hieraus keine überhi-

storische Notwendigkeit des Primats der Produktion schließen, weil die Kreislaufbewegung des Kapitals, die in der Produktion immer wieder ihren Anfang hat eben nur für die fetischistische, den Menschen nicht bewußte Struktur des Kapitalverhältnisses gültig ist.

Dadurch nun, daß das Kapitalverhältnis nicht nur in der Produktion, sondern eben auch in der Distribution und Konsumtion beheimatet ist, dadurch daß diese Sphären nur als Mittel zur Verwertung erscheinen und gleichzeitig das Kapital seine eigene Grundlage (den zu verwertenden Wert) immer wieder selber erzeugt, erscheint es selbst als Totalität. Totalität ist allerdings, wie Adorno schon wußte, eine kritische Kategorie, keine der positiven Darstellung (12). Wenn ich also den Fetisch der Kapitalakkumulation darstelle, kann es nicht darum gehen, einen überhistorischen Gegenstand, "Arbeit" bei Ricardo, "Geist" bei Hegel, als zu sich kommende Einheit mit dem Endpunkt seiner Verwirklichung zu beschreiben, sondern ihn als Entwicklung immanenter Widersprüche in der Möglichkeit des Übergangs von dem inneren Widerspruch zum äußeren Widerspruch (Sprengung der Form) terminierend zu betrachten (13).

Dies meinen Postone und Brick, wenn sie dem "Sein" nicht das "Sollen" (analog zu Kant und als eine Kategorie außerhalb des Gegenstandes verstanden) entgegensetzen möchten, sondern "Sollen" als objektive Möglichkeit des Gegenstandes, als immanentes Moment des widersprüchlichen "Seins" begreifen (14).

Wenn nun die Klasseninteressen im Kapitalismus, wie Brick und Postone argumentieren, selber erst von den Zwängen der Kapitalreproduktion gesetzt sind, wenn man also nicht einfach auf die vorausgesetzten Subjekte vertrauen kann, die diese Formen durchschauen könnten, dann muß die Frage auf die Möglichkeit der immanenten Destruktion der Objekt-und Subjektformen zielen. Es geht Brick und Postone ja auch nicht, wie cl. und jw. suggerieren, um die Frage der Wahrscheinlichkeit des Entstehens eines "revolutionären Subjektes" oder gar um die platte Entscheidung "Optimismus" versus "Pessimismus". Es geht vielmehr zunächst um die theoretisch zu bestimmende historische Möglichkeit eines Durchbrechens des fetischistischen Gesellschaftszusammenhanges (15).

Nun muß eingestanden werden, daß das Aufzeigen dieses immanenten Momentes, das die fetischistischen Formen sprengen könnte, in diesem Artikel zu kurz kommt. Brick und Postone arbeiten sich eben hier eher an den Positionen von Pollock und Horkheimer ab und zeigen deren Verkürzungen auf. Die gegenstandsbezogene Annäherung an das vom Kapitalverhältnis selber produzierte nichtidentische Moment findet in anderen Texten von Postone statt (in Postone 1978 und wesentlich erweitert in Postone 1993; vgl. allgemein zum bisher Referierten Becker 1992).

Angedeutet seien nur folgende Überlegungen von M. Postone zur Krise der wertförmigen Reproduktion der Gesellschaft: Das Problem des *"Maßstabs des Wertes"* ist nicht als rein quantitatives Problem zu begreifen, sondern als eine qualitative Bestimmung der Kategorie "Wert" selber. Während der Maßstab des materiellen Reichtums notwendig spezifisch und jeweils verschieden im Hinblick auf die verschiedenen Produkte ist, unterstellt die *"gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit"* eine allgemeine externe Norm, eine abstrakte Form der Zeit, die sich gegenüber der Spezifität der Produkte indifferent verhält. Zeit ist hier keine Funktion von Ereignissen, sondern eine uniforme, kontinuierliche und homogene, deshalb eine leere Zeit, die in gleiche, qualitätslose Einheiten einteilbar ist. Diese *"abstrakte Zeit"* ist historisch einzigartig der kapitalistischen Gesellschaft eigen (16). Die Zeitverausgabung wandelt sich in der Entstehungszeit des Kapitalismus von einem Resultat in einen externen Maßstab für die Aktivität des Einzelnen. Der Wert als Maß der Zeit begreift nun nur unmittelbare Zeit (Wertbestimmung des Produktes: die Zeit, die notwendig ist, um es zu reproduzieren). Eine Steigerung der Produktivität setzt deshalb nur eine neue Wertnorm, so daß die produktivere Arbeit in der gleichen Wertmasse resultiert. Gleichwohl ändert sich die abstrakte zeitliche Konstante historisch, da sich der gesellschaftliche Inhalt (die Produktivität im weitesten Sinne) geändert hat. Die Zeiteinheit wird im Verlaufe der Geschichte aus diesem Grunde "dichter". Die abstrakte Zeiteinheit, die Stunde beispielsweise, bewegt sich somit in der historischen Zeit. Die Bewegung resultiert aus einer qualitativen Veränderung der Arbeit, der Produktion und des Bewußtsein. Diese Veränderung ist jedoch in der Wertdimension nicht ausdrückbar. Der Wert ist immer Ausdruck der Zeit als Gegenwart. Er ist ein Maßstab der Verausgabung unmittelbarer Arbeitszeit, unabhängig vom Stand der Produktivität der Arbeit. Gerade dadurch aber entsteht der "Tretmühleneffekt" (17), der unabhängig von der Produktenmasse das Kapital zur ständigen Akkumulation zwingt und deshalb eine Dynamisierung des Produktionsprozesses bedeutet. Das vergangene Wissen und die vergangene Arbeitszeit haben sich allerdings nicht in Luft aufgelöst, sondern werden in einer entfremdeten Form akkumuliert, als konstantes Kapital, vor allem als fixes Kapital. Das immer größere Anwachsen des konstanten Kapitals gegenüber dem variablen, oder anders ausgedrückt: die Steigerung der Sachkapitalintensität, ist eben nur der Ausdruck davon, daß sich die eigene Geschichte in der Wertdimension nicht ausdrücken kann. Die gesellschaftliche Produktivität beinhaltet das gesellschaftliche Wissen, die gesellschaftlichen Fähigkeiten. Diese sind heute allerdings keine Funktion der Fähigkeiten und des Wissens der unmittelbar Produzierenden mehr und hängen demnach nicht mehr an der direkten Verausgabung von Arbeitszeit. Eine Disparität entsteht zwischen der Entwicklung dieser Produktivkräfte der Arbeit, des akkumulierten kollektiven Wissens der Spezies auf der einen Seite und dem Wertrahmen auf der anderen Seite. Somit liegt das nicht-identische Moment in der Akkumulation der historischen Zeit. Ein immanentes Potential der Produktivkräfte ist entstanden, das im krassen Widerspruch zu den existierenden konkreten Arbeiten steht. Die produktiven Kräfte des gesellschaftlich allgemeinen Wissens und der Fähigkeiten sind die erste Quelle des materiellen Reichtums, nicht die direkte unmittelbar verausgabte Arbeit. Der (wenn man so will) "objektive" Bezugspunkt für kapitaltranszendierendes Bewußtsein liegt in der Reflexion auf den Widerspruch zwischen den Möglichkeiten der vergangenen Arbeit, die ein ungeheures Produktivkräftepotential ins Leben gerufen hat, und dem tatsächlichen, der Verwertung unterworfenen unmittelbaren Arbeitsprozeß. Diese Reflexion ist nun nicht etwa auf "die Arbeiter" beschränkt, sondern weil das Kapitalverhältnis eben eine Totalität darstellt, und nicht nur "ökonomisches" Verhältnis ist, potentiell allen Menschen zugänglich, die in diesem historisch entstandenen Widerspruch leben (18).

Wenn sich sagen läßt, daß auch das Kapitalverhältnis noch zur Vorgeschichte der Menschheit zählt, dann kommt man aus der Vorgeschichte nur heraus, wenn es möglich wird, die eigene Geschichte anzueignen, die sich als Potential der Produktivkräfte und des eigenen Wissens darstellt, aber eben nicht wertmäßig ausdrückbar ist. Die Aneignung der eigenen Geschichte als subjektives Aufgreifen des Wertwiderspruchs hat aber zur Voraussetzung, daß die Individuen sich kritisch zu ihrer wertförmigen Konstituierung verhalten können. In diesem Punkt kann die Analyse nur weitergetrieben werden, wenn die Form des Wertes (und ihre Widersprüche) auch als Form der Konstituierung der Subjekte gesehen wird.

Zum Begriff des "revolutionären Subjektes"

Cl. und jw. werfen Brick und Postone vor, daß sie nicht in der Lage seien, die immanente Produktion eines selbstbewußten Subjektes zu zeigen, das das Kapitalverhältnis überwinden könnte. Dazu sei, so die Autoren, nicht nur der Nachweis des *"objektiven und immanenten Widerspruchs (der Kapitalismus zehrt seine eigene Substanz auf)"* (19) notwendig. Aus diesem Widerspruch folge nämlich noch nichts. Es müsse *"darüber hinaus ein konkret-gesellschaftlicher, der seine lebendigen und selbständig handelnden Subjekte mitproduziert"* (20), aufgewiesen werden. Dies könne nur geschehen, wenn gezeigt würde, daß *"die menschlichen Anhängsel der Wertproduktion die Beliebigkeit und Austauschbarkeit ihrer Rolle in der voll entfalteten Warenwelt"* (21) erfahren würden, wobei diese Erfahrung dann in notwendiges Erkennen umschlagen müsse (22). Da Brick und Postone diese Dynamik nicht zeigen könnten, sei ihre Dynamisierung nur eine leere Hoffnung.

Cl. und jw. äußern nun den Verdacht, daß die Gesamtheit der der Wertproduktion Unterworfenen als uniforme Masse sich vollständig der gesellschaftlichen Dynamik anpassen würde und *"die Einzelnen subjektive Resistenz einbüßen und jedes Kritikvermögen sich verlieren"* würde (23). Die Autoren versuchen sodann den Marxschen Warenfetischbegriff darzustellen. Sie kommen zu dem Schluß, daß hier nicht die Subjekte im Mittelpunkt der Analyse stünden, sondern der gesellschaftliche Objektivitätszusammenhang, der die *"Tendenz aufweise, selbst noch die Fähigkeit der Subjekte ,...(ihn) zu durchschauen, zu vernichten"* (24). Der Kapitalismus stelle so nur die objektiven Möglichkeiten seiner Überwindung bereit, auf gesellschaftlichem Feld arbeite er allerdings dieser Möglichkeit entgegen (25).

Die Autoren sehen also einen objektiven, immanenten Widerspruch im Kapitalverhältnis, der die objektive Möglichkeit zur Überwindung darstelle. Daneben steht für sie allerdings ein gesellschaftliches Feld, in dem die Subjekte sich bewegten. Hier sei dieser konkret-gesellschaftliche Widerspruch nicht zu erkennen.

Diese Trennung ist als naive Reproduktion der Unmittelbarkeit zu bezeichnen. Das Kapitalverhältnis manifestiert sich ja eben nicht nur als eine "Seinsform", die im objektiven, ökonomischen Bereich wirkt, sondern gleichzeitig als eine Subjektform und Bewußtseinsform, in der sich die Menschen bewegen und sich gegenseitig wahrnehmen. Das Kapital ist eben nicht nur auf eine ökonomische, objektive Sphäre bezogen, sondern konstituiert diese Sphäre und mit ihr die subjektive, gesellschaftliche und andere Sphären ja erst.

Wenn ich also von krisenhaften "Widersprüchen im Kapitalverhältnis" rede, geht es nicht nur um das sukzessive Verschwinden der wertproduktiven Arbeit im "ökonomischen Bereich", sondern es muß dann gleichzeitig um eine Krise des Subjekts, das sich in der Wertökonomie bewegt, gehen. Diese Einsicht ist kategorial, nicht nur empirisch. Sie kann also auch nicht mit dem Verweis auf die Werbung, die Kulturindustrie und anderen subjektbedrohlichen Instanzen vom Tisch gewischt werden. Die Fragestellung, die cl. und jw verschütten, lautet also: Wie zeigt sich die Krise des spezifisch gesellschaftlichen Verhältnisses (des Wertes; des Kapitals), die in der "ökonomischen Sphäre" am Sinken der Wertmasse (der wertproduktiven Arbeit, vgl. oben), am Auseinandertreten des Potentials der Produktivkräfte und der unmittelbaren Arbeit deutlich wird, in den Seins- und Bewußtseinsformen der Menschen? Anders formuliert: Welche wertkonstituierten Subjektformen geraten in die Krise und welche Entwicklungsalternativen ergeben sich daraus? Der Anspruch, daß das Krisenhaft-werden der wertkonstituierten Subjektformen notwendig in Erkennen umschlagen müsse, ist abstrus. Die Menschen können den Fetischismus ja nur durchbrechen, wenn sie auf die immanenten Widersprüche, die sich "objektiv" darstellen, sowie auf die Widersprüche in ihrer Subjektform reflektieren. Diese Selbsterkenntnis als vom Kapitalverhältnis konstituiertes Subjekt läßt sich allerdings nicht als selbst wieder nur nachzuvollziehende Notwendigkeit denken. Das Reflektieren auf den eigenen Konstitutionszusammenhang und das Begreifen des scheinbar nur "Objektiven" auch als Subjektiv-produziertes (26) ist eben keine Notwendigkeit. Es ist eine historisch entstehende Möglichkeit. Ebenso müßte es darum gehen, nicht wie cl. und jw meinen, ein in der bürgerlichen Geschichte entstandenes Subjekt nun in seinem Untergang zu betrachten. Die vergangenen Subjektformen sind vielmehr selber noch als notwendig kapitalimmanent zu analysieren (27). Diese Vorstellung, ein schon vorhandenes Subjekt gehe nun in dem total gewordenen Kapitalismus unter, müßte selbst noch als Ideologie (notwendig falsches Bewußtsein) identifiziert werden.

Die Krise des wertförmigen Subjekts ist aber nicht nur kategorial mit der Krise der wertförmigen Reproduktion der Gesellschaft gesetzt. In Erscheinung tritt sie darin, daß den Individuen die Struktur, in der sie agieren, problematisch wird. Die Identitäten als "Arbeiter" oder als "Intellektueller" im "öffentlichen" Bereich lösen sich in diesem Prozeß ebenso auf, wie die Identitäten der Privatexistenz als "Frau" oder "Mann". Erst mit dem Problematischwerden dieser bisher zwangsgesetzten Formen, über die sich die Individuen definierten, wird die Reflexion auf das immanente Potential der Produktivkräfte (des eigenen gesellschaftlichen Zusammenhanges) möglich. Der "objektive", "ökonomische" Widerspruch des Kapitalverhältnisses ist eben nur durch die Distanz der Individuen zu ihrer bisherigen Subjektform für diese erkennbar. Aus diesem Grunde ist, so absurd dies im ersten Moment klingen mag, gerade jetzt die Distanz zur zweiten Natur des Kapitalverhältnisses massenhaft erst möglich. Diese Einsicht allerdings zeitigt keinen "Optimismus". Sie bedeutet das Bewußtsein der historisch entstandenen Möglichkeit der Emanzipation vom Kapitalfetisch.

Den Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft erscheint bekanntermaßen die Zirkulation (von Waren und Arbeitskräften) als Sphäre der Bestätigung ihrer Subjektfunktion. Entfällt sie auch nur zum Teil, erleiden sie schwere "Identitätskrisen". Den Individuen, die sich in diesem Sinne als sich "selbst-bestimmende" Menschen begreifen, tritt aber nun in ihrem Leben eine äußere Notwendigkeit als extrinsische Sphäre entgegen. Diese Sphäre, oft als die "Gesellschaft" oder die "Allgemeinheit" bezeichnet, ist von der individuellen Handlungsperspektive der "Subjekte" aus nicht greifbar. Gegenüber dieser "zweiten Natur" sind und empfinden sich die Individuen als Objekte, da sie erfahren, daß sie "daran nichts ändern können". Subjekt-Sein als planvolle Organisation der individuellen Reproduktion, des Verkaufs der Arbeitskraft, der Lebensplanung und der Warenkäufe funktioniert also nur im Rahmen eines Objekt-Seins gegenüber einer extrinsischen, quasi-unabhängigen Sphäre. Auf diesen Sachverhalt wollte Karl Marx hinweisen, wenn er das Kapital als sich selbst bewegendes "Subjekt" kennzeichnete. Dies ist jedoch nicht als Beschreibung zu lesen im Sinne eines "Seht her, das Kapital ist das eigentliche Subjekt", sondern als Kritik des Zirkulationssubjektes durch Darstellung des spezifischen gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Das Kapital ist ja nichts anderes als ein spezifisches gesellschaftliches Verhältnis, das nicht bewußt von den involvierten Menschen gesteuert wird und deshalb subjektlos ist. Der Quasi-Subjektstatus des Kapitals, seine Bewegungskraft gerät in die Krise, wenn die Funktion der Arbeit als gesell-

schaftliche Vermittlung krisenhaft wird. Sie wird es zunehmend dann, wenn die unmittelbare wertproduzierende Arbeit nicht mehr die primäre Quelle des materiellen Reichtums ist. Die Krise des Quasi-Subjekts Kapital ist aber gleichzeitig die Krise der Zirkulations-Subjekte, der Individuen, die sich bisher in dieser Form reproduzierten. Das Subjekt der Zirkulation kann nur leben, wenn es sich ein Über-Subjekt, den verselbständigten gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, entgegensetzt. Die Befreiung vom Quasi-Subjekt Kapital bedeutet deshalb ebenfalls die Selbstbefreiung der Individuen von der Form des autonomen Zirkulationssubjektes (28). Die bisher verbreitete Konzeptionen des revolutionären Subjektes als "die Arbeiterklasse" blieb den Individuen äußerlich. Das Sein der Klasse transzendierte die Mitglieder der Klasse. Der Glaube an die bewußtseinsunabhängige "historische Mission" hat sich als religiöse Konzeption erwiesen (29). Die erste Bedingung von revolutionärer Subjektivität ist das Entstehen einer "Nicht-Klasse", für die jede Arbeit zufällig, gleichgültig und kontingent ist. Nicht die Arbeiterklasse als transzendentes Meta-Subjekt, sondern die Individuen, die sich nicht mehr durch die Stellung im Produktionsprozeß definieren lassen, stellen das subjektive nicht-identische Moment im Kapitalismus dar. Von dieser historisch entstandenen nicht-homogenen Gruppe könnte eine Kritik an der perversen Inversion hervorgehen, die in der Arbeitsmystik liegt. Das Einklagen von Tätigkeiten ohne ökonomisches Ziel, von Tätigkeiten also, die die Finalität in sich selbst haben, wie Kommunikation, Zärtlichkeit, Entfaltung von Fähigkeiten u.a. entthront die "Arbeit" als den ersten Sinnbezug der individuellen Existenz. Soziale Experimente, die der Abhängigkeit des *"radikalen Monopols"* (Ivan Illich) der Industrieprodukte und des Marktes entgehen wollen, können selbstverständlich den Fetisch der Kapitalreproduktion nicht aufheben. Das Schaffen einer nicht-staatlichen sozialen Infrastruktur (Bildung, Gesundheitswesen u.a.) schon innerhalb des Kapitalismus ist allerdings zwingend notwendig, um überhaupt zu erfahren, was die Aneignung der gesellschaftlichen Produktivkräfte bedeuten könnte. "Wilde" Produktion von Gebrauchsgegenständen, "wilde" Schulen, in denen unabhängig von "Gnosokraten"-Lehrern gelernt wird, "wilde" Unis und vieles mehr sind notwendige Erfahrungsräume für das Entstehen von systemtranszendierendem Denken und Handeln (30). André Gorz und Ivan Illich haben interessante Überlegungen geliefert, die allerdings mit Hilfe einer Theorie der gesellschaftlichen Konstitution revidiert werden müssen. Die Marxsche Kritik ist aber entgegen den Interpretationen der Adepten der letzten 150 Jahre nichts anderes. Sie ist eine Theorie einer spezifischen Form der gesellschaftlichen Vermittlung, einer Vermittlung über Arbeit, die die Formen der Objektivität und Subjektivität konstituiert (31).

Johann Phillipp Becker

Ich danke der "Postone-Arbeitsgruppe" der "Hamburger Studienbibliothek" für die interessanten Anregungen, ohne die der Artikel in dieser Form sicher nicht geschrieben worden wäre. Momentan lesen wir das 1993 erschienene Buch von Moishe Postone ("Time, labor, and social domination"). Bei Interesse an einer Mitarbeit oder an Infos: Tel. (040) 765 80 68.

Literaturhinweise:

– Adorno, Th. W.: Negative Dialektik. Frankfurt am Main 1975.
– Ders.: Ästhetische Theorie. F. a. M. 1973.
– Becker, Johann Philipp: Das Problem der Wertkritik. In: ak 345 (26.8.92), 28-29.
– Brick, Barbara/ Postone, Moishe: Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus. In: Bonß/Honneth (Hrsg.): Sozialforschung als Kritik. F. a. M. 1982, 179-239.
– Brunner, Berthold: Traditioneller Marxismus und kritische Theorie. In: Bahamas 11, 47f. 1993.
– Gorz, André: Abschied vom Proletariat. Überarbeitete Neuauflage. F. a. M. 1988.
– Illich, Ivan: Fortschrittsmythen. Reinbek bei Hamburg 1978.
– Kurz, Robert: Subjektlose Herrschaft. Zur Aufhebung einer verkürzten Gesellschaftskritik. In: Krisis 13. Ed. Krisis Horlemann. Bad Honnef 1993, 17-94.
– Marx, Karl: Einleitung (zu den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie") In: MEW Bd. 42, Berlin 1983, 19-45.
– Postone, Moishe: Necessity, Labor, and Time. A Reinterpretation of the Marxian Critique of Capitalism. In: social research 1978, 45, 4 winter, p. 739-788.
– Ders.: Time, labor, and social domination. A reinterpretation of Marx's critical theory. Cambridge University Press 1993.
– Sohn-Rethel 1973: Geistige und körperliche Arbeit, 2. Aufl. F. a. M. 1973.

Anmerkungen:

1) Dieser Artikel ist erstmals unter dem Titel "Critical pessimism and the limits of traditional marxism" in der Zeitschrift "Theory and society" 11/82, 617-658, erschienen. Eine Überarbeitung von Brick/Postone mit dem Titel "Critical theory and political economy" findet sich in der Aufsatzsammlung "On Max Horkheimer", die von Seyla Benhabib, Wolfgang Bonß und John McCole 1993 herausgegeben wurde (Massachusetts Institute of Technology 1993). Zur ersten Orientierung vgl. die Besprechung von Brunner 1993.
2) Da Postone schon in anderen Artikeln ähnliche Ideen vorgetragen hat und ich den Anteil von B. Brick nicht einzuschätzen weiß, beziehe ich meine Aussagen in einigen Fragen nur auf Postone.
3) Im folgenden wird nicht immer der Konjunktiv I benutzt, da die referierten Gedanken in der Form des Indikativs erfahrungsgemäß leichter zu verstehen sind.

4) Vgl. Postone, 1978, 741f.

5) Vgl. Brick/Postone 1982, 198.

6) Vgl. a.a.O., 199.

7) Vgl. a.a.O., 201.

8) Vgl. Postone 1993, 5.

9) Vgl. Postone 1993, 166.

10) Vgl. auch Kurz 1993.

11) Vgl. Sohn-Rethel 1973, 45ff.

12) Vgl. in der "Negativen Dialektik" auf den Seiten 148ff die Aussagen zur "Dialektik" und S. 183f zur "immanenten Kritik".

13) Vgl. Brick/Postone 1982, 213.

14) Vgl. a.a.O., 227. Vgl. ebenfalls Adornos "Negative Dialektik" an den angegebenen Stellen.

15) Vgl. a.a.O., 179.

16) Vgl. Postone 1993, 200ff.

17) Vgl. a.a.O., 206.

18) Das heißt selbstverständlich nicht, daß wesentliche Teile der Bevölkerung diese Einsicht in absehbarer Zeit notwendigerweise erlangen werden. Es heißt aber: es gibt kein prädeterminiertes Kollektivsubjekt, das eine historische Mission hätte. Wir als Kritiker des Kapitalverhältnisses müssen uns allerdings in der Analyse der bestehenden Widersprüche dieses Verhältnisses selber reflektieren. Es macht keinen Sinn, sich selbst ständig als einsamen Mahner zu stilisieren, der eine Totalität kritisiert, der fast alle anderen Menschen hoffnungslos verfallen seien. Unsere Kritik des Kapitalverhältnisses ist ja selber Produkt der Totalität. Die Totalität ist allerdings keine einheitlich-homogene, sie ist eine widersprüchliche. Die Erfahrung des Widerspruchs ist jedoch nicht auf ein paar Dutzend Kapitalismuskritiker beschränkt.

19) Cl. u. jw., Bahamas 8, 42, Z. 1.

20) Ebd.

21) Ebd.

22) Vgl. ebd.

23) A.a.O., 42 Z. 2.

24) A.a.O., 43 Z. 2.

25) A.a.O., 42 Z. 2.

26) Vgl. Adornos Überlegungen zur Subjekt-Objekt-Problematik in der "Ästhetischen Theorie".

27) Vgl. Kurz 1993.

28) Robert Kurz kommt (ohne die Beiträge von Gorz und Postone aufzugreifen) in seinen Überlegungen zum "Subjekt-Begriff" zu der These, daß ein selbstreflexiver, bewußter Zugriff auf die eigene Formkonstituierung mit dem Begriff "Subjekt" nicht mehr faßbar sei (vgl. Kurz 1993). Kurz kann allerdings nicht deutlich machen, welcher Begriff für eine derartige Lebensäußerung denn in Frage kommt. Dabei muß man bedenken, daß andere Begriffe wie "Individuum" oder "Mensch" ebenfalls spezifisch gesellschaftliche Qualität haben und nicht ontologisch zu lesen sind.

29) Vgl. Gorz 1988, 11.

30) Ivan Illich hat Überlegungen zur *"schöpferischen Arbeitslosigkeit"* und einer nicht-marktförmigen Vernetzung der gesellschaftlichen Beziehungen geliefert (vgl. z. B. Illich 1978). Hier müßte eine kommunistische Bewegung anknüpfen, allerdings nicht ohne einen kategorialen Analyseapparat, wie er von Marx angestrebt und nun z. B. von Postone reinterpretiert wurde.

31) Vgl. Postone 1993, 398.

Jenseits vom Wertgesetz...?

An den Bahamas Nr. 11 ist ablesbar, daß "Werttheoretisches" die moderne Linke umtreibt. Die Diskussion ist nicht neu. Solange sie "immanent" geführt wurde – als werkimmanenter theoretischer Diskurs über Marx-Aussagen zu Wert und Mehrwert, Formbestimmung und Totalität, Entfremdung und Fetisch – war wenig Ärgerliches daran. Die anfängliche Hauptmessage: "Wider den Politizismus!" schien nicht unbedingt schlüssig, wenngleich für Linke zeitgemäß. Aber darüber lohnte kein Streit.

In den letzten Monaten hat sich die Sache unter einem Aspekt grundlegend verkehrt: Die Warnung vor Politizismus gilt nur noch für die anderen; etliche "gelernte" Wertgesetzler selbst politisieren jetzt auf Teufel komm raus. Bahamas 11 spiegelte das. Und während ich z.B. mit Türcke nie gestritten hätte, ob die Wertform, der tendenzielle Fall der Profitrate oder schlicht Ausbeutung Dreh- und Angelpunkt kapitalistischer Mißwirtschaft ist, bringt mich seine "Versachlichung" des Rassenbegriffes (mittels Werttheorie) in aktive Opposition.

Weil also, von links betrachtet, die modernen Wertgesetzler übergegangen sind zur Umwertung bisheriger Werte, ist Antikritik angesagt. Das ist "politizistisch" motiviert, also auch der Aversion gegen "rechte Reizwörter" bzw. dem Wunsch, innerlinks wenigstens klaren Antirassismus als Konsens zu haben, geschuldet; beginnen will ich dennoch, methodisch korrekter, mit Bemerkungen zur Debatte über Weltmarkt und Werttheorie.

Brick/Postone

Berthold Brunner hat in Bahamas 11 auf einen Aufsatz aufmerksam gemacht, der eine sachliche Auseinandersetzung über Inhalte und Nutzen einer werttheoretischen Deutung des Kapitalismus eröffnet, jenem von Brick/Postone, "Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus". In ihm wird nachgezeichnet, was nach Marxscher Analyse das "Wertgesetz" impliziert, um dann aufzuzeigen, wie traditioneller Marxismus und Kritische Theorie von einem "reduktionistischen" Kapitalbegriff ausgehend zu falschen Schlußfolgerungen kamen.

Weil, in meiner Wahrnehmung, die wert"gesetzlich" hantierenden Werttheoretiker, so auch Brick/Postone, wenig dazutun, Marx' Wertbegriff und seine Implikationen (für Laien) zu veranschaulichen, will ich einige Grundlagen referieren. Ich beziehe mich dabei nur auf das, was Brick/Postone ihrerseits zum Wertgesetz thematisierten; kann und will also nicht die Werttheorie schlechthin referieren, die bekanntlich im "Kapital" insgesamt entwickelt wird.

Diese Reduktion ist problematisch, da mit der Zuspitzung der Werttheorie (als einer allgemeinen Gesellschaftstheorie) auf "das Wertgesetz" gerade die komplizierten Fragen der Zusammenhänge zwischen Basis und Überbau, zwischen Ökonomie und Politik bzw. Ökonomie und subjektivem Faktor "vereinfacht" werden; aber eben darin liegt das Spezifikum jenes "wertgesetzlichen" Theorieansatzes, um den es hier geht.

Grundlegend, auch für das, was Brick/Postone ausführen, sind bestimmte Passagen aus dem ersten Band des Kapitals. Er beginnt *"mit der Analyse der Ware"* (MEW 23, S. 49), wobei zunächst die Differenz zwischen Gebrauchs- und Tauschwert herausgearbeitet wird. Eine Konsequenz dieser *"Spaltung des Arbeitsprodukts in nützliches Ding und Wertding"* (87) ist, daß alle "Privatarbeien" *"einen doppelten gesellschaftlichen Charakter"* erhalten: Sie *"müssen ein bestimmtes gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen"*; und können es nur, *"sofern jede besondere nützliche Privatarbeit austauschbar ist, also ihr gleichgilt"*. (87).

Der Tauschwert der Waren bemißt sich nach dem durchschnittlichen Arbeitsquantum, das zu ihrer Herstellung erforderlich ist. Marx spricht von der *"gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit"*. Über sie definiert sich nun das sogenannte "Wertgesetz", das bei Brick/Postone u.a. immer wieder als Schlüssel zum Verständnis gesellschaftlicher Entwicklungen thematisiert wird. Marx kennzeichnet es als *"wissenschaftliche Einsicht"*, daß *"die unabhängig voneinander betriebenen, aber als naturwüchsige Glieder der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit allseitig voneinander abhängigen Privatarbeiten fortwährend auf ihr gesellschaftlich proportionelles Maß reduziert werden, weil sich in den zufälligen und stets schwankenden Austauschverhältnissen ihrer Produkte die zu deren Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als regelndes Naturgesetz gewaltsam durchsetzt, wie etwa das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt."* (89)

Das Gewaltsame daran ist, daß jeder Produktivitätsfortschritt, der die notwendige Arbeitszeit verkürzt, weder dazu beiträgt, daß die tatsächliche Arbeitszeit verkürzt wird, noch dazu, daß der Wert der Arbeitskraft ansteigt. Denn, so Brick/Postone: *"Sobald das neue Produktivitätsniveau gesellschaftlich allgemein geworden ist, fällt der Wert pro Zeiteinheit auf sein ursprüngliches Niveau zurück. ... Weil also die Form des Reichtums zeitlich bestimmt ist, bewirkt eine Produktionssteigerung nur eine neue Norm gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit. Die Wertgröße pro Zeiteinheit bleibt die gleiche. Die Arbeitszeit, die notwendig ist, um eine bestimmte Wertmenge zu produzieren, vermindert sich daher nicht, sondern bleibt bestehen. Und diese Zeit wird zunehmend intensiviert."* (206)

Eine Zuspitzung erfährt dieser Prozeß dadurch, daß unter kapitalistischen Bedingungen nicht nur Waren- und Wertproduktion Ziel ist, sondern die Produktion von "Mehrwert": Der spezifische Nutzen der "Ware Arbeitskraft" ist es, daß sie über ihren Wert (was zu ihrem Unterhalt notwendig ist) hinaus Mehrwert produziert, dessen Aneignung Ziel kapitalistischer Akkumulation ist. Aber ebenso wie die Jagd nach Reduktion notwendiger Arbeitszeit ist auch die Jagd nach Mehrwertsteigerung widersprüchlich:

"Die Steigerungsraten der Produktivität müssen sich immer schneller erhöhen, damit der Mehrwert in dem fürs Kapital erforderlichen Maße wächst... Da jedoch das Mehrprodukt die Form des Werts und nicht des stofflichen Reichtums hat, resultiert dieser stofflich expandierende Prozeß – gegen den Augenschein – darin, daß sich die Wachstumsrate des Gesamtmehrwerts immer stärker vermindert. Die ungeheure Masse stofflichen Reichtums repräsentiert somit keinen entsprechend hohen Stand des gesellschaftlichen Reichtums." (206)

Das ist korrekt aus Kapital, Band 1 zitiert bzw. referiert, und was die Zunahme von Arbeitshetze – gerade mit der Beschleunigung technologischer Innovationen – angeht, deckt sich die Sache mit dem, was wir aktuell beobachten können. Die andere Seite ist komplizierter: Die Wertnorm *"gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit"* führt zur Frage nach dem Wert der einzigen wertschaffenden Ware, der Arbeitskraft. Nach Marx wird sie nicht nach ihrem Gebrauchswert, sondern nach ihrem Tauschwert bemessen, der wiederum orientiert ist an ihren Reproduktionskosten. Anders gesagt, orientieren sich die Löhne nicht an der (ständig steigenden) Produktivität der Arbeit, sondern verharren auf dem Minimum, das zum

Kauf der erforderlichen Lebensmittel, zur Ausbildung etc. unabdingbar ist. Daher führt die Anhäufung stofflichen Reichtums unter kapitalistischen Bedingungen nicht zu steigendem gesellschaftlichen Reichtum.

Soweit die Theorie bei Marx. Aber: Ist es, auf die heutige Lage der arbeitenden Klassen in den kapitalistischen Metropolen bezogen richtig zu sagen, sie vegetierten am Existenzminimum entlang, respektive, es habe sich dort kein "steigender gesellschaftlicher Reichtum" entwickelt? Brick/Postone unterstellen es; meine Wirklichkeitswahrnehmung sagt mir Gegenteiliges: Die Metropolenarbeitskraft wird, um in der Marxschen Begrifflichkeit zu bleiben, weit über ihrem Wert bezahlt, was auch den gesellschaftlichen Reichtum über Jahrzehnte anwachsen ließ. Und dieser Sachverhalt ist bestimmt keine Bagatelle, wenn es darum geht zu registrieren, warum sich das angebliche "revolutionäre Subjekt" Proletariat so überwältigend mit kapitalistischer Akkumulation identifiziert. Dafür gibt es also handfestere Gründe als die Undurchschaubarkeit einer verschleierten, formbestimmten Produktionsweise – wie die Wertgesetzler immer wieder sagen.

Versuche ich aber, in Anwendung Marxscher Werttheorie das Phänomen "Wohlstandskapitalismus" zu analysieren, so komme ich zu dem Schluß, daß die Fixierung der Preise der Ware Arbeitskraft, also der Löhne, an ihrem Wert freie Arbeitsmärkte zur Voraussetzung hat. Das war jahrzehntelang wegen fehlender Mobilität von Kapital und Arbeit, wegen nationalökonomischer Beschränkungen nicht der Fall. Weder konnten Produktionsstandorte weltweit beliebig gewählt werden, noch waren Facharbeiter, Techniker etc. entsprechend disponibel. So kam es quasi zu Monopollöhnen und zu jenem Wachstumsmodell, das auch als Fordismus bezeichnet worden ist; also einer Massenfertigung, die aus der Not zu zahlender Monopollöhne die Tugend einer Akkumulation über Massennachfrage machte. Rechte wie linke Theoretiker der Mehrwertproduktion haben versucht, diesen Mechanismus für eine planerische Reichtumspolitik zu nutzen. Wachstumsimpulse über Massennachfrage zu geben, spielte sowohl bei der Plandiskussion in der Sowjetunion (NEP) eine Rolle als auch beim keynesianischen Modell von Antikrisenpolitik; und insgesamt kulminierte das Modell in einer Art Staatskapitalismus.

Brick/Postone gehen nun, ohne diese realen Modifikationen der Wertproduktion zu thematisieren, auf die theoretische Verarbeitung des sogenannten Staatskapitalismus bei Pollock, Horkheimer u.a. Autoren der Frankfurter Schule ein. Zu Recht kritisieren sie dabei, daß die Frankfurter eine quasi widerspruchsfreie Geschlossenheit (Krisenbewältigung, bewußtseinsmäßig integrierte Arbeiterklasse) der staatskapitalistischen Ökonomie und Politik unterstellten.

"Staatskapitalismus" und Frankfurter Schule

Denn weder die volksgemeinschaftliche Totalerfassung, der Einsatz von Bewußtseinsindustrien noch die Reichswirtschaftsplanung tangierten irgendwie den Grundwiderspruch einer auf Kapitalverwertung angelegten Reichtumsproduktion. Im Gegenteil: Arbeitsdienst und Lohnstopp, rastlose Modernisierung und Rüstungsproduktion endeten zwangsläufig im kriegerischen Griff nach den Weltmärkten bzw. in der Entwertung einer "nutzlosen" Akkumulation. Was Marx als "selbstverwertenden Wert" gekennzeichnet hatte, wurde hier auf die Spitze getrieben: Akkumulation um ihrer selbst willen, die tugendhafte Selbstaufopferung der produktiven Volksgemeinschaft, und beides mündete mit innerer Logik in die totale Katastrophe.

Zugleich muß, denke ich, deutlicher als bei Brick/Postone dies hervorgehoben werden: Die Staatskapitalismus-Theorie der Frankfurter hatte zwar Spezifika (Totalitarismus, Bewußtseinsindustrien). Im Kern übernahm sie aber die Theorie von Staat, Monopolen und "staatsmonopolistischer Planung", wie sie im Imperialismusbuch von Lenin entwickelt und in dieser oder jener Variante von diversen marxistischen Schulen übernommen worden war. Daß Monopole, Trusts, Verbände und staatliche Planung den Weg zur Aufhebung des Wertgesetzes und seiner krisenhaften Wirkungsweise ebnen würden, war in fast allen "marxistischen Schulen", von linken Sozialdemokraten (Hilferding, Bauer), über Trotzkisten bis zu orthodoxen Kommunistischen Parteien, Grundüberzeugung. Der Streit ging nur darum, wie der Weg dahin politisch zu beschreiten wäre und welche Form die Planung annehmen müsse.

Wichtig für die Aufarbeitung marxistischer Theorien zu "Staatskapitalismus" und "Übergang zum Sozialismus" ist also, daß Traditionalisten und Kritische Theorie in der Frage der Überwindung des Wertgesetzes im Grunde einer Meinung waren: daß sie durch Monopole und Planung erreicht werden könne. Nur die Wertung war gegensätzlich: Sahen die Traditionalisten darin eine positive Option (Kommunismus in einem Land etc.), deuteten die Frankfurter Monopole, Planung, Bewußtseinsindustrien etc. als Elemente einer neuen gesellschaftlichen Totalität, in der objektive und subjektive Krisenfaktoren eliminiert sind.

Jenseits dieser Frage nach der unterschiedlichen Bewertung der historischen Formen von Staatskapitalismus ist, denke ich, aber als Konsens festzuhalten, daß der "reduktionistische" Kapitalbegriff, den Brick/Postone absolut zu Recht kritisieren, zu jenen "Entartungen" oder Fehlentwicklungen führte, an denen der Realsozialismus als emanzipatives Projekt scheiterte. Auf die andere Seite, die Ausweglosigkeit der staatskapitalistischen Konzeption der Frankfurter, will ich unten in anderem Zusammenhang eingehen.

Zur aktuellen Wirkung und Bedeutung des Wertgesetzes, gerade jenseits staatskapitalistischer Konzeptionen, muß aber dies ergänzt werden: Wenn wir beobachten, wie in den 80ern Trikont und RGW verarmten, die Metropolen weltweit dominierten und sich das sogenannte "global ressourcing" durchsetzte, so steht nichts anderes dahinter als die Globalisierung jener "Naturgesetzlichkeit", mit der die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit gesellschaftliche Produktion regelt. Es ereignete sich die fast völlige Entwertung der Kapitalstöcke in den Volkswirtschaften, deren gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit über der der Weltkonzerne lag. Und jetzt beobachten wir, wie in der globalen Konkurrenzsituation der Preis der Ware Arbeitskraft, zunächst durch Produktionsverlagerung in Billiglohnstandorte, auf ihren Wert, also auf die Höhe ihrer Reproduktionskosten heruntergebracht wird. Dies aber führt jetzt auch in den Metropolen zur absurden Situation, daß Produktionssteigerungen verkoppelt werden mit Mehrarbeit und geringerem Konsum. Das "Naturgesetz" lautet da: Je höher die Produktivität, desto niedriger die Löhne. Der "selbstverwertende Wert" fordert seinen Tribut.

Die mit der Globalisierung von Produktion wieder voll hergestellte wertgesetzliche Eigendynamik ist in der ökonomischen Theorie (und Lebenspraxis der Massen) in dieser oder jener Weise gespiegelt worden. Man hat es für eine "Erfindung" der Chicagoer Schule, der Monetaristen gehalten, als sich mit dem Jahr 1980 "Reagonomics" und "Thatcherismus" durchsetzten. Die Rückbesinnung auf reine Marktwirtschaft, die Abkehr von keynesianischer Regulierung wurden aber nicht erfunden, sondern von den materiellen Verhältnissen zur vorherrschenden Ideologie gemacht. Übernommen wurde sie von Christdemokraten wie von Sozialisten, von rechten wie linken Keynesianern, und im orthodoxen Zentrum des "wissenschaftlichen Sozialismus" führten die wertgesetzlich diktierten Trends zur "Erfindung" der "sozialistischen Marktwirtschaft".

Selbstverständlich stecken wir selbst auch mit drin im Trend. Ich fürchte z.B., die Renaissance der Wertgesetz-Theoretiker, die vergleichsweise große Resonanz, die sie innerhalb der Restlinken finden, rührt daher. Allerdings: die von den marktwirtschaftlichen Verhältnissen nahegelegte Erkenntnis, daß Wirtschaft und Gesellschaft der Logik einer Ökonomie der Zeit unterliegen, sagt zunächst noch gar nichts aus über den kritischen Charakter solcher Erkenntnis. Es wird "nur" den Realitäten nachgespürt, und die besonders Konsequenten entdecken am Ende, daß Wertgesetz und Ökonomie der Zeit nicht nur das A und O von Wirtschaft sind, sondern generell Gesellschaftlichkeit prägen – vom Alltagsleben und -bewußtsein über die Moral bis hin zu allgemeinsten Ideologien. Dieses Verfahren ist durchaus nicht das Monopol der von Marx herkommenden Wertgesetzler. Wir finden dasselbe auch im bürgerlichen Lager.

Für die Entdeckung, daß die Moral der warenproduzierenden Gesellschaft auf wertgesetzlichen Kalkülen beruht, wurde 1992 der Chicagoer Ökonom Gary S. Becker mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Vernunft ist für ihn identisch mit richtigem ökonomischem Verhalten. Rassismus z.B., so bewies er in einer seiner ersten Studien, ist ökonomisch unvernünftig, weil er den Wohlstand sowohl der Diskriminierten als auch den der Rassisten mindert. Oder: Die Strafjustiz sollte sich nicht von moralischen Normen und Rache leiten lassen, sondern vom Kalkül, wie der durch Verbrechen entstandene Schaden ökonomisch zu minimieren ist. Und dieselbe ökonomische Vernunft waltet, nach Becker, auch bei der Auswahl von Ehepartnern, beim Kinderwunsch, im Freizeitverhalten. Überall geht es um Tauschwert-Entscheidungen, die wiederum an einer gesamtgesellschaftlich herausgebildeten Ökonomie der Zeit bemessen werden. Insgesamt kennzeichnet Becker seine Variante einer affirmativen Entschleierung wertgesetzlichen Verhaltens so:

"Der ökonomische Erklärungsansatz ist offensichtlich weder auf materielle Güter und Bedürfnisse beschränkt noch auf den Marktsektor. Preise, seien sie geldlicher Art im Marktgeschehen oder seien es angenommene 'Schatten'preise außerhalb des Marktes, messen die anfallenden Kosten beim Verbrauch knapper Ressourcen, und das ökonomische Vorgehen unterstellt dasselbe Verhalten bei Schattenpreisen wie bei Marktpreisen. Man betrachte z.B. eine Person, deren knappe Ressource in ihrem beschränkten Zeitpotential besteht. Diese Zeit wird genutzt für verschiedene Annehmlichkeiten, die Präferenzfunktion haben, und das Ziel ist es, Nützlichkeit zu maximieren. Auch ohne Marktsektor hat jede Bedürfnisbefriedigung, direkt oder indirekt, einen relevanten Grenznutzen-Preis: vor allem die Zeit, die erforderlich ist, um eine Einheit davon herzustellen; im Gleichgewicht muß die Ratio dieser Preise identisch sein mit der Ratio des Grenznutzens."

Sicher sind hier theoretische Ausgangspunkte und Begrifflichkeit entschieden andere als bei den Wertgesetzlern. Aber das Anliegen, bürgerliche Moral oder Werturteile unmittelbar und quasi naturgesetzlich auf ökonomische Nützlichkeitskalküle zurückzuführen und diese wiederum an die Ratio (Äquivalente) einer Ökonomie der Zeit zu binden, ist das identische Verfahren; gemeinsam auch das Anliegen, aufklärerisch die Verhältnisse zu "entschleiern" und eine Theorie zu formulieren, die der globalisierten Marktwirtschaft adäquat ist.

Kontrovers bleibt, welche Bewertung die Herrschaft des Wertgesetzes erfährt. Die einen verurteilen es auf Grundlage marxistischer Analysen; während der bürgerliche Nobelpreisträger affirmativ zu Protokoll nimmt, was ist. Der eine glaubt, die Marktkalküle seien eine Logik für die Ewigkeit; die anderen sehen historische Schranken: Krisen und den mehr oder weniger nahen Zusammenbruch. Allerdings: daß da so etwas wie objektive Ratio waltet und Aufklärung hergestellt ist, wenn deren Wirkungsweisen entschlüsselt werden, ist beiderseitige Annahme.

Ob die Sache auf Dauer funktioniert oder zusammenbricht, ist durchaus nicht unwichtig, aber irgendwie nur eine "technische" Frage. – Was übrigens auch daran bebildert werden kann, daß die jahrzehntelangen Prognosen der "Gesetz-Marxisten" über den notwendigen "Zusammenbruch des Kapitalismus" schlimmstenfalls dadurch ad absurdum geführt wurden, daß nach den Katastrophen (1918, 1929, 1945) die Wertproduktion jeweils neu gestartet werden konnte, meist recht erfolgreich. Und das verweist erneut auf das von Brick/Postone in Bezug auf "Staatskapitalismus" erörterte Problem der Transzendenz kapitalistischer Wertproduktion. Also: Welche Gesetze und welche Werte liegen jenseits der Ratio des Wertgesetzes?

Darauf können alle Wertgesetzler mit ihrem kategorialen Rahmen (Kategorie des Tauschwerts, der alles Individuelle wie Persönliche entschleiert) keine Antwort geben. Brick/Postone z.B. schreiben zur Frage der Transzendenz der wertorientierten Gesellschaft:

"In einer Gesellschaft, in der der stoffliche Reichtum auch die Form des gesellschaftlichen Reichtums ist, führt steigende Produktivität entweder zu einer größeren Masse des Reichtums, bzw. die Arbeitszeit kann entsprechend reduziert werden... (205) *Das Potential der Produktivkräfte würde dann reflexiv genutzt, um die materielle Form der Produktion umzuwandeln. Damit würde die menschliche Arbeit aus ihrer fragmentierten und entleerten Gestalt befreit... Das gesellschaftliche Mehrprodukt wäre nicht mehr Produkt der unmittelbaren Arbeit einer Klasse von Menschen...*(209) *Dadurch wären die Menschen vom entfremdenden Bann ihrer eigenen Arbeit befreit; Arbeit wäre wiederum, befreit vom Joch ihrer 'zusätzlichen' synthetisch-gesellschaftlichen Funktion, so transformiert, daß sie jedes Individuum bereichern könnte."* (210)

Diese Antworten umschiffen allerdings die eigentlichen Fragen: Kann stofflicher Reichtum überhaupt identifiziert werden mit gesellschaftlichem Reichtum, wie behauptet; oder ist die Jagd nach stofflichem Reichtum nicht gerade Ursache gesellschaftlicher Verarmung? Was heißt "reflexiv genutzt", was sind die Kriterien von Reflexion, und was wäre "ganzheitliche" bzw. "gefüllte" Gestalt menschlicher Arbeit? Daß Brick/Postone diese Fragen, jedenfalls nicht abschließend, reflektiert haben, belegt die Tatsache, daß sie einerseits die Arbeit als frei und bereichernd definieren, andererseits Arbeitszeitverkürzung als Chance zur Befreiung bewerten. Da zeigt sich, daß die wertgesetzliche "Ökonomie der Zeit" durchaus nicht überwunden wurde, nicht einmal gedanklich. Und so fällt der Vorwurf gegen die Kritische Theorie, die Totalität der staatskapitalistischen Gesellschaft nicht transzendieren zu können, auf die AutorInnen zurück.

Wertgesetz und "Dialektik der Aufklärung"

Nun sind es interessanterweise gerade Adorno und Horkheimer, die in einer von Brick/Postone nicht analysierten Schrift zur Frage der Totalität und Transzendenz warenproduzierender Gesellschaften Aufschlußreiches gesagt haben. In ihrer *"Dialektik der Aufklärung"* wird der Frage nachgegangen, wie sich im Kontext von Produktivkraftentfaltung und Produktionsverhältnissen der Mensch als historisches Wesen konstituiert:

In den Urgesellschaften, so Adorno/Horkheimer, spiegeln die Riten und Tabus der Naturreligionen einen qualitativen, von Glück und Versagung geprägten Austauschprozeß mit der Natur. In der klassischen Antike war er zum Mythos geronnen, der erzählte, wie der Ablösungsprozeß vom Glückszusammenhang zwischen äußerer und innerer Natur vonstatten ging. Die Odyssee bebildert, wie sich der Heros der warenproduzierenden Gesellschaft durch

Verinnerlichung von Versagung den Verführungen triebhafter Natur (Sirenen, Kirke) entzieht und der Bestrafung für die der äußeren Natur angetane Gewalt (Mord am Zyklopen) dadurch entgeht, daß er sich den gebrauchswertlosen, austauschbaren Namen "Niemand" zulegt. Der entscheidende Schritt zur strikten Versachlichung der Mensch/Naturbeziehungen wurde schließlich in der Aufklärung vollzogen, am systematischsten in Kants Schriften zu Vernunftkritik. Und an dem Punkt, der Definition "reiner" Logik, angelangt, waren alle emotionalen und qualifizierenden Naturbezüge getilgt, ging es nur noch um abstrakte Folgerichtigkeit. Die moralischen Konsequenzen aus der so errichteten Herrschaft der "reinen Vernunft", die kein Gut und Böse mehr kennt, demonstrierten danach z.B. der Marquis de Sade mit seiner tödlichen Logik gewaltorientierter Sexualität oder Nietzsche mit seinem alle moralischen Skrupel beiseite schiebenden "Übermenschen", dessen Moral erstrangig lehrte, "kein Mitleid mit den Schwachen" zu haben. Und nach Adorno/Horkheimer kulminiert diese geistesgeschichtliche Entwicklung im 20. Jahrhundert einerseits in der völlig mathematisierten Logik (Russel, Wittgenstein), andererseits in Formen totalitärer politischer Herrschaft. Zusammenfassend urteilen Adorno/Horkheimer:

"Nicht bloß mit der Entfremdung der Menschen von den beherrschten Objekten wird für die Herrschaft bezahlt: mit der Versachlichung des Geistes wurden die Beziehungen der Menschen selber verhext, auch die jedes Einzelnen zu sich... Der Animismus hatte die Sache beseelt, der Industrialismus versachlicht die Seelen. Die Herrschaft der Monopolisten, wie früher die der Einzelkapitalisten, äußert sich nicht unmittelbar im Kommando der Herren. Der ökonomische Apparat stattet schon selbsttätig, vor der totalen Planung, die Waren mit den Werten aus, die über das Verhalten der Menschen entscheiden. Seit mit dem Ende des freien Tausches die Waren ihre ökonomischen Qualitäten einbüßten bis auf den Fetischcharakter, breitet dieser wie eine Starre über das Leben der Gesellschaften in all seinen Aspekten sich aus. Durch die ungezählten Agenturen der Massenproduktion und ihrer Kultur werden die genormten Verhaltensweisen dem Einzelnen als die allein natürlichen, anständigen, vernünftigen aufgeprägt. Er bestimmt sich nur noch als Sache, als statistisches Element, als success or failure... Seine Brutalität, die den Einzelnen bei der Stange hält, stellt so wenig die wahre Qualität der Menschen dar wie der Tauschwert die der Gebrauchsdinge." (51)

Auch hier also wird die Eigengesetzlichkeit der warenproduzierenden Gesellschaft hervorgehoben; wird, wie bei den Wertgesetzlern, der "Politizismus" bestimmter Staatstheorien, Herrschaftsmodelle oder Ideologien denunziert. Aber indem sie nicht nur bestimmte (bürgerliche) Ideologien als Spiegelungen wertorientierter Produktion ausmachten, sondern die logischen Kategorien unseres Denkens schlechthin, waren sie theoretisch konfrontiert mit der Frage, welches "Wertesystem" denn jenseits produktivistischer Logik existiert.

Die theoretische Möglichkeit zur Transzendenz der Totalität einer wertbestimmten formalen Logik entdeckten sie bekanntlich bei Freud: seiner Theorie, daß jenseits unserer "rationalen" Handlungsweisen Antriebskräfte eines "psychischen Apparates" wirksam sind, die einer anderen Logik folgen, also auch andere, nicht quantifizierbare "Werte" kennen.

Vom Wertgesetz zum Naturgesetz

Das ist, im wörtlichen Sinne, der springende Punkt der Diskussion um "gültige Wertmaßstäbe". Der bürgerliche Fachökonom Becker ging den Weg, schlicht alle "menschlichen" Werte zu negieren und selbst den "Grenznutzen" des Lebens ökonomisch zu kalkulieren. Als letzte Determinanten menschlichen Verhaltens bleiben für ihn nur soziobiologische Gesetzmäßigkeiten. Damit wird am Ende alle menschliche Geschichte zur Naturgeschichte. Interessanterweise ist es bei vielen wertgesetzlichen Linksmonetaristen kaum anders. Bei der Frage nach der Natur des Menschen rekurrieren sie zunächst auf Marx (Hegel) und dessen Begriffe vom Fetischcharakter, von Entfremdung, Erster und Zweiter Natur des Menschen.

Der Kerngedanke bei Marx ist, daß der Mensch kein zeitlos substantielles (göttliche Herkunft etc.) Wesen ist, sondern er sich als konkretes Wesen historisch selbst hervorbringt; daß sich das, was er denkt und fühlt, im Kontext seiner materiellen Tätigkeit verändert bzw. weiterentwickelt. Ein Element davon ist, daß er sich im Zuge der komplizierter werdenden Tauschgesellschaft immer weiter vom rationalen Ausgangspunkt ökonomischer Bedürfnisbefriedigung (Gebrauchswertproduktion) entfernt; somit seiner Natur entfremdet wird. Modellhaft veranschaulicht sich das an der ökonomischen Kategorie "Geld", dem von der bürgerlichen Ökonomie eine zauberhafte Wertsubstanz (Fetischcharakter) zugesprochen wird, obwohl es nur bestimmte Austauschbeziehungen regelt, letztlich also eine substanzlose Spiegelung gesellschaftlicher Verhältnisse darstellt. "Entfremdung" und "Fetisch" werden somit weitgehend als kognitive Phänomene behandelt; sind nahezu identisch mit dem, was sonst als "Ideologie" im Sinne von falschem Bewußtsein bezeichnet wird. Die Tatsache allerdings, daß Marx auf die "psychologisierenden" Begriffe Entfremdung und Fetisch zurückgreift, zeigt, daß für ihn mehr dahintersteckt als nur falsches Bewußtsein.

Etliche Wertgesetzler nun vereinseitigen und verballhornen die Marxschen Definitionen. Indem sie die Subjekte durch ihre jeweiligen gesellschaftlichen Tauschbeziehungen als vollständig entschlüsselt ansehen, werden "Natur" und "Entfremdung" von ihnen quasi als mechanische Zusammenhänge dargestellt. Die Erste Natur ist demnach Menschen eigen, die (historisch oder aktuell) außerhalb der Tauschgesellschaft stehen; sie sind als Menschen im "Rohzustand" eher noch der Naturgeschichte zuzuordnen. Die Zweite Natur ist der Mensch der Moderne, der rational kalkuliert – auch wenn er noch nicht, wie die Wertgesetzler, die Welt natur- oder wertgesetzlich entschleiern kann.

Daß die derart "naturgesetzlich objektivierte" Sicht von Mensch und Geschichte im politischen Sinne nicht ganz wertfrei ist, zeigen dann die Anwendungen von solchem Wertgesetzlichen: Kurz hat z.B. gelernt, daß Kapitalakkumulation ein rationaler Prozeß ist und die Gleichheit beim Tausch die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit hervorbringt. Also schlußfolgert er, daß die krisengeschüttelten osteuropäischen Länder unter rationalen Verwertungsgesichtspunkten keine lohnenden Märkte sind und es mithin keine völkisch bestimmte imperialistische Machtpolitik geben könne. Ganz im Gegenteil, wegen ihrer Weltmarktorientierung sind BDI und Großkonzerne hierzulande geradezu das Hauptbollwerk gegen Rassismus und Faschismus.

Die Herrschaft der Irratio wird außerhalb ausgeübt; z.B. dort, wo Wahnsinnige versuchen, gegen das Wertgesetz Politik zu machen. Dort spricht Kurz gern von "Voodoo-Ökonomie". Und damit will er nicht nur ausdrücken, wie er den Trikont ökonomisch bewertet, sondern auch, was er von östlichen Konzepten hält, die immer noch mit Staat und Plan argumentieren.

Im Trikont dominierte – nach dieser Mechanik – jahrhundertelang und bis fast in unsere Tage eine Subsistenzökonomie, die die Erste (rohe) Natur prägt. Und dort bricht sich, nach einem kurzen warenproduzierenden Intermezzo, heute wieder Archaisches Bahn: Zum Vorschein kommen *"stoppelbärtige Banditen"* (Kurz), *"versoffene Banditenhäuptlinge"*, *"Heuschreckenschwärme moderner Nomaden"*

(Gerd und Holger). Insgesamt herrschen "Regression" und "Barbarei".

Die andere Spezies "Erste Natur" ist weniger gewalttätig. Es sind die Frauen. Sie haben ein ähnliches historisches Schicksal wie die "Eingeborenen": Sie wurden gerade erst in letzter Minute qua Erwerbstätigkeit in Richtung "Zweite Natur" gebracht. Aber der Feminismus, der diese Wandlung spiegelt, muß mit Eintritt in die "Zweite Natur" erstmal deren Gesetze lernen. Türcke klärt auf:

"Das System der Gattungen und Arten..., dessen Konturen die platonisch-aristotelische Ideenlehre herausarbeitete, strukturiert tatsächlich die erscheinende Natur. Keine Naturaneignung kommt umhin, sich danach zu richten, auch keine weibliche. Entsprechendes gilt für die Gesetze der Logik. Daß der Mann Aristoteles es war, der den Satz vom zu vermeidenden Widerspruch zuerst formulierte, spielt keine Rolle; er ist auch für jede Frau verbindlich. Frauen, die ihn als männliches Herrschaftsinstrument denunzieren,... leugnen ihr eigenes Vernunftvermögen und schließen sich von der Menschheit aus." (Gewalt und Tabu, 82.)

Daß der globale Gegensatz zwischen "Menschheit und Frauen" keine emanzipativen Nischen kennt, muß von Frauen erst noch gelernt werden. Türcke sagt deshalb offen, vor welchem Dilemma der Feminismus steht: *"Fordert er volle Gleichberechtigung, so verlangt er nur die Verschärfung des ohnehin stattfindenden Konkurrenzkampfes. Empfiehlt er die Rückkehr zur natürlichen Weiblichkeit des Gebärens und Nährens, so fällt er auf jene vegetative Bestimmung der menschlichen Natur zurück, gegen die das Patriarchat zu Recht aufbegehrte..."* (88)

Der andere Wertgesetzler, der auch gelernt hat, daß Wertgesetz, Logik und Männer identische Sachen sind, belehrt den Feminismus nicht nur über sein Dilemma, er nimmt auch zivilisatorisch Partei: *"Die abstrakten Individuen beginnen moralisch zu verwildern... Schon die... begrenzte Emanzipation der Frau in die bisher männlich dominierten Räume von Markt und Staat hinein löst die ‚heimliche Voraussetzung' der Warengesellschaft auf, nämlich die nicht warenförmigen Zuweisungen an die Frau, deren warenförmige Emanzipation die letzten Streicheleinheiten aus der Welt verschwinden läßt... Sexualität und Erotik werden nicht 'befreit', sondern endgültig in Waren ... verwandelt. Massenhaft wachsen in eine solche Welt gesetzte Kinder zu monströsen, psychisch verwahrlosten und unberechenbaren Wesen heran."* (Kurz, Die Dritte Kraft)

So sieht sie aus, die wertgesetzlich gespiegelte Welt: Inkarnationen der Vernunft hier, verwahrloste Monster dort. Dazwischen die vernunftlose Natur, das "Vegetative": die Frau!

Es ist müßig darüber zu rätseln, ob Kurz, Türcke etc. reaktionäre Absichten verfolgen. Die Resultate sind eindeutig. Und der theoretische Kernpunkt dabei ist, daß sie alle Geschichte und Gesellschaft wertgesetzlich objektivieren und überall dort, wo erkennbar Irratio (im Sinne von: nicht verwertungsorientiert) herrscht, auf die Kategorie "rohe Natur" zurückgreifen. Dort aber entdecken sie dann plötzlich Dinge, die es, werttheoretisch, in der "aufgeklärten Tauschgesellschaft" gar nicht gibt: Die Kategorien der (Un)Moral (Monster), der (Un)Anständigkeit (Stoppelbart); oder (als "Spezifikum" der Frauen) Sexualität und Erotik. Sogar Rassismus wird dort, nach Türcke, naturgesetzlich erklärbar.

Insgesamt bebildern diese Wertgesetzler punktgenau (siehe Türckes Definition von "Logik"), wohin die wertgesetzliche "Versachlichung der Seelen" führt; mit Adorno/Horkheimer gesagt: *"Was als Triumph subjektiver Rationalität erscheint, die Unterwerfung alles Seienden unter den logischen Formalismus, wird mit der gehorsamen Unterordnung der Vernunft unters unmittelbar Vorfindliche erkauft."* (Dialektik der Aufklärung, 49)

Schlüsse

Das Anliegen der Wertgesetzler herauszuarbeiten, daß der Kapitalismus nicht "reduktionistisch" durch schlichte Änderung der Eigentumsverhältnisse oder eine politisch motivierte Planwirtschaft zu transzendieren ist, teile ich. Wir wissen, wohin der Versuch, den Kapitalismus planwirtschaftlich zu überholen, geführt hat. Wir wissen auch, wie erdrückend der "Fetischcharakter" nicht nur der Ware Geld, sondern aller "westlichen" Waren für die Massen in den östlichen und südlichen Ländern bei "nachholender Entwicklung" gewesen ist – und welche "Abstimmungen mit den Füßen" deshalb stattgefunden haben. Das zeigt uns auch, wie weitgehend die "Natur" des Menschen, seine "Wertmaßstäbe" durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, also von Maßstäben der Produktivität geprägt sind. Generell sahen und sehen wir, wie Gesellschaftlichkeit (Geschlechterrollen, Familienstrukturen, Nationen etc.) ökonomisch determiniert und verändert werden.

Der Grunddissens entsteht aber bei der Frage, ob Wertgesetzliches den gesamten logischen Raum einnimmt; was unterstellt, daß letztlich alle menschliche Kultur bzw. Geschichte auf die Aneignung der äußeren Natur, also auf Produktivkraftentfaltung ausgerichtet ist. Gibt es also kein anderes Ziel als die Reduktion der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bzw. der Ausweitung der Güterproduktion, so ordnet sich tatsächlich die Welt nach Maßstäben von Kurz, Türcke etc: Die Kategorie des Werts weist den Weg der Logik, außerhalb herrschen Naturgesetze oder der schlichte Wahnsinn.

Phänomene wie Faschismus oder auch Stalinismus werden so gedeutet als Krisenphänomene, als Resultate von Rückständigkeit und Irrtum. Und im Umkehrschluß herrscht die Erwartung, daß Wohlstand und gesellschaftlicher Fortschritt (Zivilität) zusammengehen. Die große theoretische Herausforderung, die in der "Dialektik der Aufklärung" formuliert wird, besteht nun aber in der Gegenthese, daß es die "Aneignung der äußeren Natur" selbst ist, die in ihrer Verabsolutierung zu totalitärer Herrschaft, zur Barbarei führt. Demnach ist der von ihnen analysierte "Staatskapitalismus" kein historischer Unfall, sondern Resultat der systematischen Unterordnung der Menschen unter produktive Zwecke, ihrer Zurichtung als Arbeitstiere und Warenkonsumenten.

Das unterstellt gleichzeitig einen Begriff von der "Natur des Menschen", der nicht Produktivität mit Vernunft und Moral in eins setzt, sondern konkurrierende Antriebskräfte gesellschaftlichen Handelns und mithin "Werte" definiert. Daß dies eine "theoretische Notwendigkeit" ist, lehrte eben die historische Lektion des Faschismus. Ökonomisch, weil er den Widersinn einer die Wertproduktion verabsolutierenden (Plan)Wirtschaft sichtbar machte; ideologisch, weil er Mensch und Gesellschaft auf Naturgesetzliches reduzierte und so zu seinen Definitionen von "Menschenmaterial", "Rassen" oder "unwertem Leben" kam.

An Kurz und Türcke ist ablesbar, daß schlimmeres als "hilfloser Antifaschismus" dabei herauskommt, wenn Wertproduktion mit Vernunft identifiziert und gesellschaftliche Phänomene ("Rasse") als naturgesetzlich ausgegeben werden.

Wir registrieren derzeit nahezu täglich, daß Bürgerkrieg und Gewalt, rassistische Ideologien und rechte Wahlerfolge überhandnehmen. Sie theoretisch korrekt zu verorten, ist deshalb handlungsrelevant. Es kennzeichnet den Mainstream zu behaupten, daß Gewalt und Rechtsradikalismus "von außen" kommen. Die Täter sind danach mal unzivilisierte Fremde; mal Kinder, Jugendliche und Opfer der "Plattenbauweise", die noch nicht richtig dazugehören, nachholend sozialisiert werden müssen. Dahinter steht die Sicht: Arbeit zivilisiert bzw. Arbeit macht frei. So wird der produktivistische Kern für "gesund" erklärt – auch wenn inzwischen z.B. halb Rom faschistisch wählt und der Monopol-

kapitalist Berlusconi die Neue Ordnung anführt.

Wenn also die Gegenannahme richtig ist, daß der Faschismus aus dem produktivistischen Kern herauswächst, so bleibt als Erklärung dafür einmal die bekannte Theorie, daß die Massen durchs Monopolkapital verführt seien; und Antifaschismus sich darauf konzentrieren müsse, das Proletariat auf seine wahren Interessen hinzuorientieren. Darauf will ich hier nicht mehr eingehen. Zum anderen bleiben "ideologische" Erklärungsmuster. Sie unterstellen, daß Menschen durch mehr als nur materielle Interessen (die übrigens der Staatskapitalismus vielleicht ganz gut bedienen könnte; was bliebe dann an "materialistischer Kritik"?) geleitet werden.

Die Frage danach beschäftigt bekanntlich momentan die Nation: die Wertediskussion; die bürgerliche Gesellschaft auf der Suche nach ihrer Moral. Sie mündet, wie man weiß, bei uns traditionell beim Lieben Gott, bei den Deutschen Tugenden oder, im Bildungsbürgertum, bei Kantianischer Vernunft (s.o.). Es sind aber alles Ideenkonstrukte, deren praktischer Nutzen leicht auszumachen ist; denn immer geht es um Tugend und Pflicht, um Ordnung und Sauberkeit; weiter oben auch noch um Kreativität und Innovationsfreude. Der Hinweis auf ihre göttliche, deutsche oder vernünftige Herkunft kann nicht kaschieren, daß es schlicht um "Arbeitsmoral" geht.

Wenn wir die bürgerliche Ethik auf diese materielle Basis zurückholen, bleibt die Frage, ob Arbeit tatsächlich das A und O von Moral ist. Wenn nicht, bleibt ein Rest – getreu der Losung von Brecht: Erst kommt das Fressen, dann die Moral! Aber woher kommt dann letztere; wiederum vom Himmel? Nein, richtigerweise muß es lauten: Erst kommt die (Arbeits)Moral, dann das Fressen – und mehr gibt es dann nicht. Es sei denn, ich finde andere materielle Fundierungen "menschliche Natur", außerhalb von Arbeit, Produktivkraftentfaltung etc., die menschliches Verhalten motivieren und mithin gesellschaftliche Moral konstituieren.

Hier nun hat die Kritische Theorie auf Freuds psychoanalytisches Modell zurückgegriffen. Ihre (Un)Vereinbarkeit mit dem Marxismus ist von Erich Fromm so gekennzeichnet worden:. *"Die Soziologie, mit der die Psychoanalyse die meisten Berührungspunkte, aber auch die meisten Gegensätze zu haben scheint, ist der historische Materialismus. Die meisten Berührungspunkte – denn sie sind beide materialistische Wissenschaften. Sie gehen nicht von "Ideen" aus, sondern vom irdischen Leben, von Bedürfnissen aus. Sie berühren sich im besonderen in ihrer gemeinsamen Einschätzung des Bewußtseins, das ihnen weniger Motor menschlichen Verhaltens, als Spiegelbild anderer geheimer Kräfte zu sein scheint.*

Aber hier, bei der Frage nach dem Wesen dieser eigentlichen, das Bewußtsein bestimmenden Faktoren scheint ein unversöhnlicher Gegensatz zu bestehen. Der historische Materialismus sieht im Bewußtsein einen Ausdruck des gesellschaftlichen Seins, die Psychoanalyse einen des Unbewußten der Triebe." (Über die Methode und Aufgabe einer analytischen Sozial-Psychologie, in: Dialektischer Materialismus und Psychoanalyse, Raubdruck, o.D., S. 71f.)

Aus diesem Dualismus von materiellen Interessen und unbewußten Trieben erwächst nun ein dialektisches Spannungsverhältnis, das von einzelnen Mitgliedern der Frankfurter Schule sehr unterschiedlich interpretiert wurde. Während z.B. Marcuse in *"Triebstruktur und Gesellschaft"* die Vereinbarkeit von (lustvoller) Arbeit und Triebbefriedigung – im Kommunismus – unterstellte, konstatiert die *"Dialektik der Aufklärung"* zwischen beidem einen unversöhnlichen Gegensatz, der inhaltlich begründet, was Brick/Postone in anderem Zusammenhang als "Unfähigkeit zur Transzendenz" analysierten.

Ich will in Einzelheiten dieser Debatte nicht einsteigen; auch offenlassen, ob Freuds psychoanalytisches Modell die Vorgänge richtig beschreibt, ob die Darstellung des "potentiell faschistischen Charakters" bei Adorno korrekt ist oder ob Arbeit und Triebe prinzipiell vereinbar sind. Nur scheint mir für die hier angerührte Debatte zentral, daß gerade bei Annahme eines alles durchdringenden, katastrophal "naturgesetzlichen" Wertgesetzes materielle Bezugspunkte oder Werte außerhalb von Arbeit und Produktivität verortet werden müssen. Brick/Postone tun es nur empirisch-beispielhaft. Im Anschluß an die oben zitierte Passage über die transzendierte warenproduzierende Gesellschaft nehmen sie u.a. Bezug auf Forderungen der Emanzipations- und Ökologiebewegung.

Das ist nicht verkehrt. Aber beide Zielsetzungen implizieren, daß gesellschaftliche Beziehungen eben nicht auf ökonomische Wertkalküle reduzierbar sind: daß es auch "unökonomische" Naturbeziehungen gibt; oder Geschlechterbeziehungen, mit ebenfalls eigener "Logik" (und nicht nur als "Nebenwiderspruch"). Wer mithin zum Zwecke der Transzendenz "nichtwarenförmige gesellschaftliche Beziehungen" definieren oder veranschaulichen will, muß systematisch den Bereich ökonomischer Effizienz verlassen und andere Normen bzw. Ziele gesellschaftlichen Fortschritts benennen. Das führt mich zur provokativen Wendung, daß Kommunismus (auch: Planwirtschaft) auf alternativen "moralischen" Kategorien basieren muß; jenseits von Effizienz und Arbeitsmoral. Und das verweist auf keine "höheren Werte", sondern wäre materialistisch zu füllen im Sinne konkurrierender materiell-menschlicher Werte wie Wohlbefinden, Beziehungsreichtum, nicht konsumtiver Naturgenuß etc.

Das ist ein reichlich "philosophischer" Schluß. Aber ganz pragmatischer Hintergrund davon ist, daß nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus jedes kommunistische "Versprechen", den Kapitalismus in einem zweiten Anlauf doch noch einzuholen, um ihn zu überholen, nur noch die Lacher auf seiner Seite hat. Und andererseits bin ich überzeugt, daß materielle Interessen allein immer zugunsten kapitalistischer Effizienz ausschlagen werden, und deshalb der Ausweg aus dem Elend mörderischer Konkurrenz demnächst wieder staatskapitalistisch gesucht und irgendwie auch gefunden wird. Eine Variante davon wird der Neofaschismus sein. Und ihm die ökonomische Effizienz abzusprechen, ist, gerade in Deutschland, ein ganz schwaches Argument.

Christian Schmidt

Nr. 4 Juni/ Juli

off limits

Antirassistische Zeitschrift

Legalisieren statt kriminalisieren

Illegalisierung von MigrantInnen

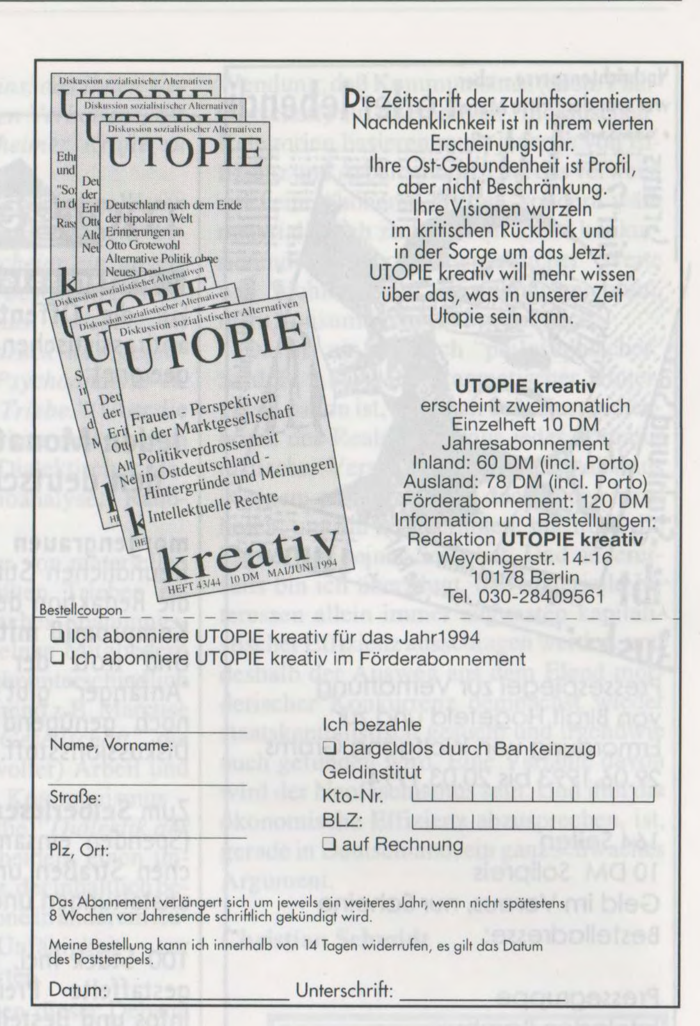
Erfahrungen aus anderen Ländern

Kirchenasyl

kostet 5,-dm

Bestellungen an :
off limits
c/o Haus für Alle
Amandastr. 58
20357 Hamburg

oder telefonisch:
Antirassistisches Telefon
Hamburg 040/ 43 15 87
Fax: 040/ 430 44 90



Die Neue



ist da!!!

aus dem Inhalt:
Eugenik und Ethik, RAF-Debatte, Kurdistan, Hexenverbrennungen, OLGA,...

UnsereneueAdresse:
Verein Zentralamerikakomittee,
PF 7402, CH-3001 Bern
(mit doppeltem Umschlag,
auf den Inneren "ZK" schreiben)
oder **simplycontactyourlocaldealer...**

KAMPF DER FAP!

Dem organisierten Neofaschismus entgegentreten!



aus dem Inhalt:
- Zur Funktion faschistischer Parteien
- Die FAP - eine Bestandsaufnahme
- 15 Jahre FAP - eine Chronologie
- 15 Artikel zu regionalen FAP-Aktivitäten
- Friedhelm Busse - eine braune Biographie
- Biographien von Martin Pape und Arnd-Heinz Marx
- Für die militante Initiative! Aktionen gegen die FAP
- Gegen die faschistischen Zentren vorgehen! - Rückblick

erhältlich ab Mitte Juni in Buch- und Infoläden, oder direkt bestellen über:
Autonome Antifa (M), c/o Buchladen,
Rote Straße 10, 37073 Göttingen
Preis: voraussichtlich 6 DM (+ Porto)
WeiterverkäuferInnen erhalten die üblichen Rabatte



im Rahmen der Kampagne AKTION 94

